

DRINGLICHKEITSANTRÄGE

1) Bahnübergang Weixelbaumstraße; Errichtung einer Unterführung

GRin. Mag.^a Bauer stellt namens von SPÖ, KPÖ und FPÖ folgenden Dringlichkeitsantrag:

Mag.^a Bauer: Werte Kolleginnen, werte Kollegen! Ich darf jetzt unseren gemeinsamen dringlichen Antrag von SPÖ, KPÖ und FPÖ einbringen. Es geht, wie schon berichtet, um den Bahnübergang Weixelbaumstraße, Errichtung einer Unterführung. Der Sachverhalt ist allen GemeinderätInnen, glaube ich, mittlerweile gut bekannt. Es geht um ein Stadtviertel, um Bewohnerinnen und Bewohner der Weixelbaumstraße, denen die Beweglichkeit genommen wurde durch die Schließung des Bahnüberganges. Räumlich auf der einen Seite ist die Wiener Straße, auf der anderen Seite befinden sich die Bahngleise, so dass die Bewohnerinnen und Bewohner gezwungen sind, weiträumig auszuweichen und die kurzen Wege somit nicht mehr gemacht werden können, nämlich die kurzen Wege, die im täglichen Leben notwendig sind. Die Wege zur Bank, die Wege zur Bäckerei, die Wege zum Geschäft und zur Busstation.

Somit darf ich jetzt seitens der SPÖ-, der KPÖ- und der FPÖ-Gemeinderatsfraktionen den

d r i n g l i c h e n A n t r a g

einbringen, dass die zuständigen Magistratsabteilungen beauftragt werden mögen, die für die Errichtung einer Unterführung für FußgängerInnen und RadfahrerInnen notwendigen Vor- und Planungsarbeiten in Angriff zu nehmen, damit ein entsprechendes Projekt spätestens im Dezember dieses Jahres dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorgelegt wird (*Applaus SPÖ*).

GR. **Mayr** zur Dringlichkeit: Wir haben im Grunde die Sache eigentlich ergiebig diskutiert. Ich möchte nur noch einmal das auch wirklich unterstreichen, dass alle Fraktionen, der Eindruck ist ja sicher gegeben, unsere Fraktion natürlich im Besonderen bei unserer Wortmeldung, die berechtigten Anliegen unterstützen und es hier nur darum geht zu signalisieren, dass alle notwendigen Maßnahmen in Planung sind, in Umsetzung sind und daher für uns die Dringlichkeit dieses Antrages nicht gegeben ist. Sehr wohl ist für uns natürlich die Dringlichkeit des Problems gegeben und wir unterstützen natürlich die Anliegen, wir haben das ausgiebig ja vorher schon diskutiert, aber wie gesagt, zu diesem Antrag, der eigentlich Maßnahmen einfordert, Planungen einfordert und auflistet, die bereits mitten in Bearbeitung sind, da sehen wir jetzt keine Dringlichkeit mehr (*Applaus ÖVP*).

GR. **Grosz**: Hoher Gemeinderat, sehr geehrte Damen und Herren! Es wurde schon einmal zum Bahnübergang Weixelbaumstraße gesprochen und das, was jetzt offensichtlich ÖVP und Grüne planen, ist wie in anderen Bereichen auch etwas auf den Sankt-Nimmerleinstag zu schieben. Ich habe auf diesem Pult (*Applaus SPÖ, FPÖ und BZÖ*) als einen meiner ersten Anträge in diesem Gemeinderat von der Vizebürgermeisterin gefordert, die Verkehrssituation am Lindweg zu lösen. Die Vizebürgermeisterin hat mir in einem persönlichen Gespräch gesagt, ich mache das, im September ist das erledigt, ein Dreck ist erledigt, bis heute haben die Leute dort die gleichen Probleme wie bis jetzt und erst im Vorfeld dieser Gemeinderatssitzung habe ich unzählige Mails bekommen, dass bis auf einen feuchten Händedruck die Menschen dort überhaupt nichts von dieser Regierung von Schwarz/Grün bekommen haben. Und daher höre ich Ihre Worte wohl, aber uns fehlt der Glaube. Weil Sie uns schon so oft enttäuscht haben mit Ankündigungen von diesem Pult aus, von der Regierungsbank aus und Sie haben de facto nichts zusammengebracht. Und das ist auch bei der Überführung bei der Bahnüberführung Weixelbaumstraße so beziehungsweise bei einer geplanten Unterführung. Sie kündigen heute an, dass irgendwann am Sankt-Nimmerleinstag vielleicht eine Unterführung kommt, aber jetzt, wo ein konkreter dringlicher Antrag von drei Parteien, der auch unsere Unterstützung als vierte Partei findet, hier im Gemeinderat liegt und Sie binden würde, machen Sie nicht mit. Denn jedes Schriftl ist ein Giftl und da es Schwarz auf Weiß ist, da können

Sie sich dann nicht so herauswinden wie bei allen anderen Dingen, das ist die Wahrheit, warum Sie hier bei der Unterführung nicht mitmachen. Ein wenig Opium für den Bezirk, Opium fürs Volk, beruhigen wir sie, streicheln wir sie zu Tode, wir werden es schon tun, wir werden schon machen und am Ende des Tages bleibt nichts übrig, denn Sie sind eines von ihren hunderten Versprechen den Menschen dort auch schuldig geblieben, wie in den Monaten zuvor auch. Lindweg ist ein gutes Beispiel, die Situation um viele andere Probleme dieser Stadt lässt sich stundenlang hier von diesem Pult aus auch fortsetzen. Aber ich sehe den Antrag, den dringlichen Antrag der SPÖ sehr positiv, aber wir wollen da noch etwas hinzufügen, weil wir glauben, diese Diskussion gehört auf mehreren Etappen geführt, denn am Ende des Tages muss eine Lösung für die Bewohnerinnen und Bewohner des Bezirkes Gösting herauskommen und das heißt, dass wir den Bahnübergang solange wieder öffnen auf Kosten der ÖBB, bis wir die Unterführung fertig errichtet haben. Und dafür ist aus meiner Sicht die ÖBB zuständig, vielleicht kann Genosse Herper hier ein wenig auf seinen Bundesparteivorsitzenden Faymann einwirken, dass er das halt aus seinem Inseratenetat zahlt, ob er jetzt 1,5 Millionen Euro an die Krone peckt oder endlich den Bürgerinnen und Bürgern von Gösting gibt, da fällt ihm auch kein Stein aus der Krone und aus diesem Grund bringe ich einen Abänderungsantrag ein: „Die ÖBB-Holding wird vom Gemeinderat der Stadt Graz im Rahmen einer Petition aufgefordert, den Bahnübergang Weixelbaumstraße in Graz solange wieder öffnen zu lassen, bis eine Ersatzlösung zur Aufrechterhaltung der Mobilität errichtet ist.“ Ich ersuche um Ihre Zustimmung. Danke (*Applaus FPÖ und BZÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Mag.^a **Bauer:** Herr Kollege Mayr, ich muss noch einmal an dich replizieren, zum einen, weil ich auch weiß, dass du immer sehr bemüht bist, sachliche Lösungen zu finden und genau in diesem Punkt kann ich es absolut nicht verstehen. Ich möchte es hier jetzt noch einmal oder ich muss es hier auch noch einmal betonen, du hast auch gesprochen von den Signalen, auch das ist ein Signal. Es wäre schön gewesen, der Bevölkerung zu signalisieren, wir arbeiten an einer Lösung, wir haben

das Ziel terminisiert, wir wollen eine Lösung bis zu, nicht wir wollen sie verträsten und es sind die Planungen in etwa im Laufen und es wird weiterhin Gespräche geben (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*). Es ist sehr bedauerlich, auch zumal der ehemalige Bezirksvorsteher-Stellvertreter, auch einmal Bezirksvorsteher, dem auch entgegen der Bevölkerung stimmt entgegen seinen Ankündigungen in der Bezirksregion.

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Ich wollte die vorsitzführende Vizebürgermeisterin darauf aufmerksam machen, dass das Wahlergebnis, so wie von ihr protokolliert nicht stimmen kann, weil dann kämen wir in ihren Intentionen nicht zu einer Verkleinerung und Verringerung der Demokratie. Ich vermute aber eher, es war ein Rechenfehler. Daher ersuche ich um nochmalige Auszählung.

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Ich ersuche davor, eine gewisse Sitzordnung einzuhalten, weil es ist von da herunten sehr unübersichtlich, wenn es da oben sehr viel Bewegung gibt während des Zählvorganges. Also bitte noch einmal, wer stimmt für die Dringlichkeit? 25 und jetzt die Gegenstimmen bitte: 31 und 25 ergibt 56, wir sind im richtigen Maß, also der Antrag wurde abgelehnt und damit auch der Abänderungsantrag des Herrn Gemeinderates Grosz.

Zwischenruf GR. Grosz: Jetzt habe ich eine Depression.

2) Alkoholverbot auf Spielplätzen

GR. **Kolar** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Kolar:** Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, werte Stadtregierung! In den vergangenen Monaten gab es wieder vermehrt Beschwerden von Eltern, dass Kinderspielplätze oftmals dazu genutzt werden, dort mehr oder weniger feuchtfröhliche Runden abzuhalten. Wobei es gar nicht mehrheitlich Jugendliche sind, die die Spielplätze mit Schanigärten verwechseln und dort Alkohol konsumieren: Sehr oft sind das leider Erwachsene, die diese Einrichtungen dazu benutzen.

Nun kommt es ja nicht von ungefähr, dass in Hinblick auf den Alkoholkonsum von Kindern und Jugendlichen ExpertInnen davor warnen, dass es im Kampf gegen den Alkoholmissbrauch natürlich zu allererst auf Vorbildwirkungen zu achten und alkoholische Getränke nicht bereits für die Jüngsten „salonfähig“ zu machen. Wenn etwa Eltern von Fachleuten davor gewarnt werden, dass das Glas Bier oder das Glas Wein am Mittagstisch besser zu überdenken seien, da für die Kinder damit Alkohol als etwas ohnehin „Normales“ dargestellt würde, welche Wirkung muss dann erst haben, wenn Alkohol und Bierkonsum neben den Spielrutschen, Sandkisten und anderen Spieleinrichtungen auf den Kinderspielplätzen ihren Platz finden. Und was müssen sich die Jüngsten dabei denken, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wenn sie zwischen Bierdosen und Weinflaschen spielen, ja, manchmal diese Gebinde sogar zum Spielen verwenden.

Deshalb verstehe ich auch, und ich nehme an, auch viele von Ihnen, die Eltern, die der Meinung sind, dass auf öffentlichen Spielplätzen Alkoholkonsum untersagt werden müsste. Natürlich ist uns allen klar, dass die Überwachung eines solchen Alkoholverbotes alles andere als leicht ist; und zudem sind Verbote sicher nicht das allein wirksame Mittel – zusätzlich müsste, natürlich neben einer Überwachung, durch eine Intensivierung der Spielplatzbetreuung über mobile Kinder- und Jugendarbeit das Bewusstsein noch intensiviert werden. Dennoch wäre als ein erster Schritt, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ein generelles Verbot, auf öffentlichen Spielplätzen Alkohol zu konsumieren, zu untersagen und hier ein Signal zu setzen.

In diesem Sinne stelle ich den

dringlichen Antrag,

die zuständigen Stadtsenatsreferenten werden beauftragt, den Bedarf und die Umsetzungsmöglichkeit eines Alkoholverbotes auf Spielplätzen - wie im Motivenbericht beschrieben - zu prüfen und bis zur Gemeinderatssitzung im November dieses Jahres einen Bericht vorzulegen (*Applaus SPÖ*).

GR. **Sippel** zur Dringlichkeit: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Unsere Fraktion findet diesen dringlichen Antrag unterstützenswert, auf alle Fälle, das ist positiv. Es ist wichtig, dass auf Spielplätzen, die weiterhin auch Freiraum, das Wort hören Sie ja besonders gerne, soll das dort keine Gelage wie auch immer stattfinden. Was man sich natürlich fragen muss an dieser Stelle ist, wie schaut es eigentlich mit unserer Gesellschaft aus, weil vor 20 Jahren hätten wir das noch sicher nicht gebraucht, so ein Verbot, das ist natürlich so eine Entwicklung, die auch sehr traurig ist. Aber ich glaube, es ist etwas, was man hier auch anfügen kann, dass es nicht nur ein formales Verbot bleiben sollte, sondern dass man auch daran gehen muss, das dann auch in weiterer Folge zu kontrollieren und hier kann es nur eine Bekräftigung auch in diese Richtung geben, dass man sagt, es muss zu einer Ausweitung der Ordnungswache kommen, weil die ist ja dann am Ende jene Instanz, die das auch kontrollieren sollte und da gebe ich zu bedenken, dass wir Freiheitliche auch den Vorschlag hier eingebracht haben, dass die Ausweitung der Ordnungswache so sein sollte, dass zwei Ordnungswachebeamte pro Bezirk abgestellt werden. Es gibt ja fast in jedem Grazer Bezirk Spielplätze, die in dieser Weise überwacht werden können. Also das ist noch eine wichtige Ergänzung danke (*Applaus FPÖ*).

GR. **Hohensinner**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Ich habe mit dem Herrn Kolar vorher ein Gespräch geführt, er hat mir gesagt, es waren einige Beschwerden bei ihm persönlich und diese Ängste der Leute und diese Beobachtungen müssen wir ernst nehmen. Deshalb haben wir auch gefordert und beantragt, dass wir in diesen Antrag einarbeiten lassen eine Prüfung, ob der Bedarf da ist und vor allem wie die Umsetzung vonstatten gehen kann, weil einfach ein Verbot zu erlassen und wenn es dann keine Mittel gibt zu kontrollieren, das ist natürlich sinnlos. Der Herr

Gemeinderat Sippel hat es schon angesprochen, man muss beim Bewusstsein arbeiten. Man muss aber die Kirche im Dorf lassen und die Grazer ÖVP sieht jetzt nicht den dringlichen Handlungsbedarf, aber noch einmal, wir bedanken uns bei der SPÖ, dass unser Anliegen, unsere Forderung eingearbeitet worden ist auf Prüfung und auch Prüfung der Umsetzung. Danke (*Applaus ÖVP und Grüne*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

StRin. **Kahr** zum Antrag: Ganz kurz nur, weil die Problematik mir seit längerer Zeit bekannt ist und ich den Antrag sehr begrüße. Ich muss aber auch dem Kollegen von der FPÖ durchaus Recht geben, dass das natürlich auch nur einen Sinn hat, wenn in den Bezirken das auch einer gewissen Kontrolle unterliegt, also in welcher Weise man das macht, das ist zu überlegen, aber es geht da nicht nur um Spielplatz, muss ich sagen, sondern sehr viel auch um Örtlichkeiten, das ist oft vor Geschäften, das geht zwischen Wohnhausanlagen und das stößt bei BewohnerInnen auf Unmut. Man muss das nicht flächendeckend in der gesamten Stadt machen, aber es sind manche Bezirke besonders belastet, um das so zu sagen und wenn es wen interessiert, habe ich durchaus eine Liste, in welchen Wohnhausanlagen und auf welchen Plätzen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

3) Schulwegsicherheit /Kooperation Verkehrsplanung mit Elternvereinen/ Schulen

GR. **Eichberger** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Eichberger:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Stadtsenatsmitglieder! In meinem dringlichen Antrag geht es um eine bessere, intensivere Kooperation der Verkehrsplanung der Stadt Graz mit Elternvereinen und Schulen im Zusammenhang mit Verbesserungen und Erhöhung der Sicherheit für die Kinder auf den Schulwegen. Allein bei der Grazer Polizei liegen aus dem vorigen Schuljahr Anzeigen im Ausmaß von 25 über Verkehrsunfälle vor, bei denen Kinder auf dem Schulweg verletzt wurden. Doch die Dunkelziffer, vor allem das Gefahrenpotential, dürfte natürlich weit höher sein, denn nicht jeder Unfall auf dem Weg zur Schule wird auch als solcher deklariert und automatisch als Schulwegunfall registriert. Ganz zu schweigen, wie gesagt, auch bei diesen Situationen von den vielen Schrecksekunden, die Schulkinder unterwegs immer wieder durchmachen, nicht zu reden von den Sorgen, Problemen der Eltern, die immer wieder bangen, ob ihre Kinder auch gesund und wohlauf wieder zu Hause ankommen.

Zwischenruf GR. Baumann: Schneller Autofahren wäre die Devise.

GR. **Eichberger:** Herr Kollege, das hätten Sie sich ersparen können, also das war jetzt so etwas von unpassend, weil wenn man keine Ideen hat für den Individualverkehr, dann soll man das auch bekennen und sagen, uns fällt nichts ein (*Applaus SPÖ*). Nicht zuletzt deshalb war im Sommer von Stadtrat Wolfgang Riedler in Zusammenarbeit mit VerkehrsexpertInnen, dem ARBÖ, mit Bezirksvertretern und Eltern im Sommer eine Initiative, die vielleicht auch Sie bemerkt und gelesen haben, hinsichtlich des „Sicheren Schulweges“ in der Stadt Graz und dabei wurden in allen Grazer Stadtbezirken diverse Schulen unter die Lupe genommen, wo es einen entsprechenden Handlungsbedarf, wo es Nachjustierungen, Verbesserungen etc. gäbe.

Hier ist es so, dass das Ergebnis dieser, unserer, mit Experten gemeinsam durchgeführten Aktion alles andere als zufriedenstellend und erfreulich war, es gab zum Teil, und da erzähle ich euch ja, die ihr tagtäglich auch in den Bezirken seid (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*), nicht unbedingt etwas Neues, es gibt da

oder dort verblasste Zebrastreifen, nicht ausreichend durchgängige Gehsteige oder zu wenig Tempobeschränkungen oder unübersichtliche Kreuzungen, verparkte Gehsteige und, und, und. Und nach den ersten Medienberichten und über diese Mängelliste, die wir erstellt haben, gehen jetzt natürlich zahlreiche Hinweise auf Grund der erst vor wenigen Tagen neu gestarteten Schultage und des Schulbeginns natürlich jetzt laufend solche Meldungen über weitere Verbesserungswünsche ein.

Was natürlich auch eines wieder deutlich zeigt: In Sachen Verkehrssicherheit sollten zu allererst jene Gehör finden, die tagtäglich mit dem Schulweg zu tun haben und hier natürlich insbesondere in erster Linie die Kinder und deren Eltern. Umso wichtiger wäre es, die Eltern und Kinder konsequent in die Schulwegsicherung einzubinden: Etwa, indem die Verkehrsplanung alle Elternvereine, alle Schulen, nämlich insbesondere hier die Volks- und Hauptschulen ersucht, die aus ihrer Sicht gefährlichen beziehungsweise problematischen Brennpunkte an den Schulwegen zu den jeweiligen Schulen zu nennen. Gerade jetzt, zu Schulbeginn, wäre dies auch aus Sicht vieler Eltern ein dringendes Bedürfnis, die Sicherheit auf den Schulwegen verbessern zu können. Denn eines, und ich glaube, da sind wir uns über alle Parteigrenzen hinweg einig und ist es unumstritten, jeder Schulweg-Unfall ist einer zuviel – und nur wenn dieses Schuljahr unfallfrei über die Bühne geht, und das ist das Ziel, das wir natürlich auch mit diesem dringlichen Antrag verfolgen, dann dürfen wir als Stadt, als Gemeinderäte dieser Stadt auch zufrieden sein. Deshalb ist auch die Verkehrspolitik in Graz da gefordert, endlich deutlichere Initiativen zu setzen.

Daher stelle ich daher namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion den

dringlichen Antrag:

Die für Verkehrsplanung und Verkehrssicherheitsmaßnahmen zuständigen Magistratsabteilungen werden beauftragt, im Sinne der Erhöhung der Verkehrssicherheit auf den Schulwegen alle Elternvereine der Grazer Volks- und Hauptschulen sowie die Schulen selbst zu ersuchen, die aus ihrer Sicht gefährlichen beziehungsweise problematischen Verkehrsbrennpunkte im Umfeld der jeweiligen Schulen zu nennen, um in der Folge entsprechende Gegenmaßnahmen setzen zu können. Dankeschön (*Applaus SPÖ*).

GR. Mag. **Spath** zur Dringlichkeit: Frau Vizebürgermeisterin, hoher Gemeinderat! Der Schutz unserer Kinder hat für uns als ÖVP natürlich oberste Priorität. Aber es gibt ja bereits schon Maßnahmen, die gesetzt worden sind, wie zum Beispiel in Abstimmung mit den Leiterinnen und Leitern unserer Schulen und unter Einbindung der Elternvereine ja bereits zahlreiche Schulwegsicherungen, die auch von der Stadt Graz finanziell unterstützt werden. Weiters kann man feststellen, dass vermehrt Polizisten die Schutzwege sichern, dort wo Schülerlotsen nicht stehen. Es gibt auch Broschüren vom Kinderbüro, die Tipps für Eltern enthalten, wie man die Kinder auf den Schulweg vorbereitet. Ganz aktuell jetzt zu Schulbeginn wurde auch der Verkehrssicherheitskalender vom Verein „Große schützen Kleine“ in Abstimmung und in Zusammenarbeit mit dem Land Steiermark, Referat Landesrätin Edlinger-Ploder, allen Schulen zugestellt, in dem die Pädagoginnen und Pädagogen gebeten werden, im Unterricht mit den Kindern die Gefahren des Schulweges zu besprechen und eben auch darauf hinzuweisen. Nichtsdestotrotz ist es natürlich unser Herzensanliegen, die Kleinsten unserer Gesellschaft zu schützen, die Zukunft unserer Stadt und daher stimmen wir der Dringlichkeit als auch dem Antrag zu (*Applaus ÖVP*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

StRin. Mag.^a Fluch übernimmt um 17.25 Uhr den Vorsitz.

Bgm.-Stvin. **Rücker** zum Antrag: Wir werden diesem Antrag zustimmen. Es ist ein wichtiges Anliegen von uns, scheint auch ein beliebtes Wahlkampfthema zu sein immer wieder. Ich möchte ein paar Dinge beschreiben, die momentan passieren zum Thema Schulwegsicherheit und die wir auch forcieren. Regelmäßig wird zu Schulbeginn die Überwachung bei den 30-km/h-Zonen um die Schulen herum von der Polizei verstärkt wahrgenommen, letzte Woche wieder mit der Polizei besprochen, dass wir das auf alle Fälle auch unter dem Jahr punktuell immer wieder

verstärkt machen und nicht nur zu Schulbeginn, es geht ja nicht nur um den Schulbeginn. Ein zweiter Bereich, der wichtig ist und den ich sehr wesentlich halte ist, dass wir mit verschiedenen Vereinen, die in dem Bereich sehr gute Arbeit leisten, direkt in den Schulklassen zum Thema Schulwege, Kindermobilität Programme laufen haben, wo es darum geht, den eigenen Schulweg kennenzulernen, die Gefahrenquellen zu entdecken und gemeinsam zu lernen, wie ich den Schulweg so sicher wie möglich zurücklegen kann und auch so unabhängig wie möglich vom Elterntaxi. Das Elterntaxi ist übrigens eines der Verkehrsbrennpunkte im Umfeld von Schulen, das möchte ich auch dazusagen. Leider ist es so, dass viele Eltern aus Sicherheitsgründen ihre Kinder in die Schule bringen und dann sehr nahe an der Schule parken, oft die Sicht für andere Kinder und auch für die eigenen Kinder verstellen, das ist leider auch eine Realität. Auch Lehrer und Lehrerinnen parken ganz gerne in der Nähe von der Schule, wenn es in der Schule keinen Parkplatz gibt und nicht immer so, dass die Sichtverhältnisse für die Kinder stimmen. Eine weitere Maßnahme, die ich für sehr wichtig halte, weil sie hier auch angeführt ist, die Frage der Sichtbeziehungen, was Mülleimer anbelangt, die auf Augenhöhe stehen, haben wir gerade auch in verschiedenen Bereichen einige schon umgestellt, also das ist ein Bereich, den ich mit den Wirtschaftsbetrieben immer wieder als Thema habe und ein weiterer Bereich ist die Markierung natürlich, wobei wir es leider nicht flächendeckend schaffen, aber immer wieder schauen, dass gerade vor Schulbeginn wieder Markierungen um die Schulen herum aktualisiert werden, aber ich sehe natürlich so wie hier aufgelistet, dass nach wie vor eine Menge Probleme bestehen und bin natürlich gerne bereit, mich hier auch weiterhin engagiert einzusetzen und danke der SPÖ für ihren dringlichen Antrag und wir werden ihn natürlich gerne unterstützen.

Bgm.-Stvin. Rücker übernimmt um 17.30 Uhr den Vorsitz.

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Ich wollte Folgendes sagen: Zuerst einmal, ich habe nicht gewusst, dass es ein Verbot für bestimmte Anträge vor Wahlzeiten gibt, weil wenn es

danach ginge, dass du meinst, dass immer in Wahlzeiten bestimmte Anträge kommen, muss ich dir ein bisschen auf die Sprünge helfen. Es gab in der Vergangenheit ein reges Interesse und auch eine sehr intensive Auseinandersetzung der sozialdemokratischen Fraktion mit Fragen der Verkehrssicherheit und es gibt auch eine sehr, sehr große Reihe von hervorragenden Anträgen aus dieser Zeit. Das was mir sehr viel wichtiger ist, ist, dass ich meine, dass sich genau dieses Thema für keine politische Auseinandersetzung eignet, daher bin ich auch sehr froh und sehr dankbar dafür, dass es zu dieser breiten Zustimmung zu unserem Antrag kommen wird. Ich habe auch in unserer Medienarbeit mehrfach angekündigt, dass wir hier nicht vorhaben, eine Speerspitze in Form einer politischen Attacke gegen dich oder sonst wen zu richten, sondern es uns darum gegangen ist, das, was wir in Erfahrung gebracht haben, was uns mitgeteilt wird, was auch der Redaktion der Zeitschrift „Der Grazer“ mitgeteilt wird, dir und deinem Amt zur Verfügung zu stellen, um die entsprechenden Maßnahmen einleiten zu können und zu reagieren. Es wird sicher auch notwendig ein, die eine oder andere Situation noch mit den Experten des Kuratoriums für Verkehrssicherheit zu überprüfen und ich glaube, dass wir alle aufgefordert sind, unsere Augen offen zu halten, weil wir natürlich alle nicht wollen, dass es zu Verkehrsunfällen kommt. Es gab im letzten Jahr eine ganze Reihe von Verkehrsunfällen, leider auch welche mit sehr schweren Verletzungen, im Jahr davor sogar mit tödlichen Verletzungen, und genau das gilt es zu vermeiden. Ich danke dir also für deine Bereitschaft, diese Anregungen anzunehmen und aufzunehmen und möchte auf ein Problem ganz besonders hinweisen, das mir selbst auffällt nämlich, dass die Bereitschaft von Autofahrern, die Abstände zur Kreuzungsschnittpunkten und vor allem auch zu Schutzwegen einzuhalten, extrem vermindert ist. Das ist also hier so, dass es praktisch keine Disziplin mehr gibt, was sowohl für Radfahrer und Radfahrerinnen, ganz besonders aber für Kinder, deren Augenhöhe deutlich niedriger ist als die von Erwachsenen, natürlich ein großes Gefahrenpotential darstellt und es ist daher, glaube ich auch, gut und richtig, mit den zuständigen Personen der Exekutive genau diese Zebrastreifenparker vor allem nicht nur abzumahnern, sondern auch rigoros zu bestrafen. Das Problem ist nur, und das ist eine Rückmeldung, die wir von den Polizeidienststellen bekommen haben, dass es leider zu wenig Fußstreifen gibt, um auch diese Arbeit zu erledigen und das führt uns dann zu weiteren Anträgen in der heutigen Gemeinderatssitzung. Ich glaube, dass da auch soviel Zivilcourage dazugehört, dass private Anzeigen in dem Fall nicht als

Denunziation missverstanden werden dürfen, sondern als Maßnahmen zur Sicherung von Schulwegen. Wir werden als sozialdemokratische Partei jedenfalls diese Maßnahme über das ganze Jahr weiterführen und hoffen auf einen guten Kontakt mit der Verkehrsreferentin und den anderen zuständigen Stellen innerhalb und außerhalb der Stadt. Noch einmal danke für die Zustimmung zu diesem Antrag (*Applaus SPÖ*).

GR. **Eichberger**: Wolfgang Riedler hat euch ja, schon uns, insbesondere der Verkehrsreferentin gedankt, ich möchte es auch in Namen der Eltern und der Kinder tun, dass ihr diesem Antrag hier zustimmt, der Frau Bürgermeisterstellvertreterin gratulieren, dass sie anscheinend doch Ihre Wahlkampfthemaphobie insofern überwunden hat, dass sie auch diesem Antrag entsprechend zustimmen kann. Danke und gratuliere dir (*Applaus SPÖ*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

4) Bedarfsorientierte Bereitstellung von Betreuungspersonal für SchülerInnen mit Behinderungen/Beeinträchtigungen in allen Schultypen

GRin. **Haas-Wippel** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Haas-Wippel**: Hohes Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen! In meinem dringlichen Antrag geht es um die bedarfsorientierte Bereitstellung von Betreuungspersonal für SchülerInnen mit Behinderungen für alle Schultypen. Die Integration von Schülerinnen und Schülern mit Beeinträchtigung wird durch entsprechende Integrations- und StützlehrerInnen in allen Schultypen von den Schulerhaltern sichergestellt.

Diese Integration durch Integrations- und StützlehrerInnen beinhaltet jedoch nicht in jedem Fall die bedarfsgerechte Beistellung von Pflege- und Hilfspersonal für pflegerisch-helfende Tätigkeiten im Rahmen des Unterrichts und der Tagesbetreuung. Für diese körperlichen Hilfestellungen und den Betreuungsbedarf ist gemäß § 35a des Steiermärkisches Pflichtschulerhaltungsgesetzes 2004 in den öffentlichen Pflichtschulen der Schulerhalter verpflichtet, entsprechendes Personal bereitzustellen. Gemäß § 1 des Pflichtschulerhaltungsgesetzes reduziert sich die Anwendung dieser Verpflichtung nur auf Volks-, Haupt- und Sonderschulen während der Pflichtschulzeit und ist diese Verpflichtung nicht gesetzlich geregelt für Schultypen, für die der Bund im Sinne des Schulorganisationsgesetzes zuständig ist, beziehungsweise diese Regelung gilt auch nicht für Privatschulen.

Dies bedeutet, dass in Bundes- und Privatschulen sowie der Unterstufe der Höheren Schulen diese Leistungen subsidiär über die Behindertenhilfe sichergestellt werden müssen, da sonst körperlich behinderten Kindern und Jugendlichen die Teilnahme am Unterricht nicht möglich ist. In den Oberstufen der Höheren Schulen sowie den Hochschulen werden die Kosten für die Betreuung zurzeit noch vom Bundesamt für Soziales und Behindertenwesen übernommen.

Diese Kostenübernahmen für dieses Betreuungspersonal stellen grundsätzlich keine Leistung der Behindertenhilfe dar.

Für die Kostenübernahme aus Mitteln der Behindertenhilfe fehlen einerseits die Leistungsart und die gesetzliche Grundlage, andererseits sollten Leistungen, die von der Schule zu erbringen sind und in Teilbereichen auch erbracht werden, generell einheitlich geregelt werden und nicht auf die Behindertenhilfe überwältzt werden.

Pflegerisch-helfendes Personal wird also nur in öffentlichen Pflichtschulen, das sind Volks-, Haupt- und Sonderschulen und Polytechnikum, beigestellt und vom Schulerhalter finanziert.

Die Privatschulen, AHS und Berufsschulen werden von dieser Regelung nicht erfasst und in diesen Schulen wird kein Pflege- oder Hilfspersonal zur Verfügung gestellt.

SchülerInnen mit Behinderungen, welche eine Bundes- oder Privatschule besuchen, haben keinen gesetzlichen Anspruch auf Betreuungspersonen.

Hier liegt eine Ungleichbehandlung vor, die zur Folge hat, dass körperlich beeinträchtigte SchülerInnen kaum eine andere Schule als eine öffentliche Pflichtschule besuchen können, beziehungsweise werden diese unter anderem vom Besuch einer AHS ausgeschlossen.

Ich stelle namens des Gemeinderatsklubs der SPÖ folgenden

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat der Stadt Graz möge im Wege einer Petition an die Bundesregierung herantreten, mit dem Ziel, körperlich beeinträchtigten SchülerInnen die gleichen Chancen und Rahmenbedingungen durch eine bedarfsorientierte Bereitstellung von Betreuungspersonal in allen Schultypen zu ermöglichen und eine einheitliche gesetzliche Regelung der Kostentragung zu veranlassen. Ich bitte um Zustimmung (*Applaus SPÖ*).

GR. **Hohensinner** zur Dringlichkeit: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, das ist ein ernstes Thema, ein wichtiges Thema, deswegen bitte ich auch alle Gemeinderäte und Gemeinderätinnen zuzuhören. Erst gestern habe ich unabhängig zu diesem Antrag mit einer Mutter telefoniert, die ihr Kind in einer betroffenen Schule hat und es ist absoluter Handlungsbedarf da und diese Ungleichstellung gehört so rasch als möglich beseitigt. Die Leute, die in der letzten Periode hier im Gemeinderat, waren wissen, dass ich unzählige Male zum Bundesbehindertengleichstellungsgesetz Stellung genommen habe und Sie wissen alle, dass wir uns gerade in den Übergangsbestimmungen und Übergangsfristen befinden und da ist jede Gebietskörperschaft gefordert, Rahmenbedingungen zu schaffen, dass behinderte Menschen möglichst selbstbestimmt leben können in allen Lebenssituationen und da gehört vor allem der Bildungsweg dazu. Diese Übergangsfristen werden bald verstrichen sein, dann muss sich die Stadt Graz bei der Nase nehmen, das Land Steiermark und vor allem der Bund, der dieses Bundesbehindertengleichstellungsgesetz beantragt hat. Liebe SPÖ, ein bisschen was verwundert mich trotzdem bei dem Antrag, weil meiner Meinung nach sind ja

folgende Minister zuständig, hier eine Änderung herbeizuführen: das wäre Ministerin Berger und Minister Buchinger, und mit diesem Antrag unterstützen wir die Grazer SPÖ, die zuständigen, aber leider säumigen Minister aufzufordern zu handeln. Danke (*Applaus ÖVP*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GRin. **Haas-Wippel**: Wesentlich ist bei diesem Antrag, dass es um die Gleichstellung geht, dass wirklich behinderte SchülerInnen und Schüler die Möglichkeit haben, jede Schultype frei zu wählen und es geht weiters um die finanzielle Entlastung der Behindertenhilfe und wirklich um die Indiepflichtnahme der Schulerhalter und des Schulerhaltungsgesetzes (*Applaus SPÖ*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Jetzt meldet sich der Klubobmann Herper zu einem dringlichen Antrag, den er nicht stellen wird, kurz zu Wort.

GR. **Herper**: Frau Vizebürgermeisterin, werte Kolleginnen und Kollegen! Nachdem mein dringlicher Antrag, den ich gestern zur Aussendung gebracht habe, zu Eingang dieser Gemeinderatssitzung diskutiert wurde, der Bürgermeister ad personam mir und uns zugesagt hat und durch die zusätzliche Zusage der beiden Klubobleute von ÖVP und Grün in dieser Gemeinderatssitzungssaal, dass in Zukunft die Dringlichen und Ferialstücke elektronisch sofort übermittelt werden an die Klubs, sehe ich, dass mein Antrag erfolgreich behandelt wurde und ziehe ihn deshalb zur Diskussion zurück jetzt (*Applaus SPÖ*).

5) Nachhaltiges regionales Energiekonzept für den Großraum Graz, Petition an das Land Steiermark

GRin. Mag.^a **Pavlovec-Meixner** stellt namens der Grünen und der ÖVP folgenden Dringlichkeitsantrag:

Mag.^a **Pavlovec-Meixner**: Werte Stadtsenatsmitglieder, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste auf den Rängen! In unserem dringlichen Antrag geht es um ein nachhaltiges regionales Energiekonzept für den Großraum Graz. Es scheint so, dass die Steiermärkische Landesregierung derzeit die Energiepolitik den EnergieversorgerInnen überlässt. Im Großraum Graz boomen Großkraftwerke: Die Verbundtochtergesellschaft ATP will in Mellach ein Dampfkraftwerk mit mehr als 800 Megawatt Leistung errichten, die Energie Steiermark treibt ein Heizkraftwerk am Standort Graz Puchstraße mit 400 MW Leistung voran und plant gleichzeitig die Errichtung von vier Mur-Staustufen, zwei südlich von Graz und zwei nördlich von Graz.

In allen genannten Fällen wird nicht auf die tatsächlichen Bedürfnisse und Ziele der Stadt Graz, wie sie zum Beispiel im Kommunalen Energie-Konzept aus dem Jahr 1996 formuliert sind, Rücksicht genommen.

Die Emissionen des auf Stromexporte ausgerichteten geplanten Kraftwerksparks würden den sensiblen Großraum Graz übermäßig belasten. Dieser unbefriedigende Zustand zeigt, dass in der steirischen Energiepolitik das Pferd vom Schwanz her aufgezäumt wird: Kraftwerke werden in die Landschaft gestellt, ohne den Bedarf an Energie abzuklären. Abwärme, die Kraftwerke erst wirtschaftlich macht - wenn sie genutzt wird - verpufft sinnlos. Die tatsächlichen Bedürfnisse der Menschen einer nachhaltigen Energieversorgung, Versorgungssicherheit und Preisstabilität werden vollkommen ignoriert.

Das Arbeitsübereinkommen der Steiermärkischen Landesregierung aus dem Jahr 2005 formuliert als Ziel eine möglichst energieautonome Steiermark. Der Bau der geplanten Kraftwerke - ohne Nutzungskonzept für Abwärme und ohne Effizienzbemühungen - weist einen anderen Weg und ignoriert zusätzlich sämtliche Klimaschutzziele. Die Stadt Graz hat als Ballungsraum besondere Bedürfnisse und

besondere Rahmenbedingungen, die mit der Energiepolitik des Landes im Stile dieses „Laisser-faire“ nicht zusammengehen, sondern große, neue Probleme aufwerfen und gleichzeitig folgende Fragen aufwerfen:

- Wie passen die geplanten Großprojekte zum unlängst vom Landtag festgelegten Klimaschutzziel des Landes?
- Wie wird das Ziel der Energieautonomie verfolgt, welche Maßnahmen werden für Energiesparen in großem Maßstab getroffen?
- Wie sieht die Planung für die Nutzung von Abwärme der Großprojekte aus?
- Welche Voraussetzungen hat Landeshauptmann Voves als Beteiligungsreferent und Verfechter all dieser Projekte dafür geschaffen, dass die große Menge an Abwärme genützt wird?
- Was ist bezüglich der jetzt bestehenden Kraftwerke Mellach und Werndorf geplant?
- Wie ist sichergestellt, dass erneuerbare Energie so schnell wie möglich fossile Energie ersetzt?
- Wie wird der zunehmende Interessenskonflikt der EVUs politisch gelöst, wenn die Fernwärmeversorgung beginnt, Strom- und Gasheizungen zu ersetzen?

Bereits 1984 wurde im entsprechenden Entwicklungsprogramm des Landes Steiermark für Rohstoff- und Energieversorgung festgehalten. Ich zitiere: "Auf der Basis dieses Entwicklungsprogrammes sollen kommunale und regionale Energiepläne erstellt werden" und auch der Landesenergieplan 2005 sieht die Erstellung eines regionalen Energiekonzeptes vor.

Ein nachhaltiges regionales Energiekonzept für den Großraum Graz hat folgende Fixpunkte zu enthalten:

Effizienz steigern:

Die Stromsparpotentiale, die sich mit Gewinn für Umwelt und Wirtschaft umsetzen lassen, sind gewaltig. Wie nationale und internationale Analysen der Effizienzpotenziale zeigen, kann davon ausgegangen werden, dass in allen Sektoren Einsparungsmöglichkeiten von zumindest 25 bis 30% des Stromverbrauchs

bestehen. Die kostengünstigste und umweltfreundlichste Energie ist jene, die durch kluges Handeln eingespart wird. Die Tarifstrukturen der EVUs können genauso Baustein von Effizienzpolitik sein wie die von den Grünen schon mehrmals vorgeschlagenen intelligenten Stromzähler, Energieberatung in Haushalten und Firmen, neue Technologien beim Heizen, Kühlen und bei der Beleuchtung. Erste kleine Schritte in die richtige Richtung wurden getan, viel mehr wäre noch nötig. Nur effiziente Energienutzung macht von schwankenden Energiepreisen und -importen unabhängig und garantiert langfristig den günstigsten Energiepreis.

Umwelt- und menschenfreundlich Energie erzeugen:

Die erneuerbare Energie stellt das zweite Standbein einer nachhaltigen Energiepolitik dar. Die zur Deckung des nach der Realisierung von Effizienzmaßnahmen verbliebenen Energiebedarfes benötigte Energiemenge muss vorrangig aus erneuerbaren Energieträgern bereitgestellt werden: Im Sinne des Klimaschutzes, der regionalen Wertschöpfung und der Versorgungssicherheit.

Energiepolitischen Verträglichkeitsprüfung für Großkraftwerksprojekte

Die derzeitige Umweltverträglichkeitsprüfung beinhaltet keinerlei Instrumente, um das Kriterium der Energieeffizienz bei der Standortwahl zu berücksichtigen. Alle Kraftwerksprojekte müssen daher künftig einer energiepolitischen Verträglichkeitsprüfung unterzogen werden. Effizienz und der Nutzung erneuerbarer Energien muss dabei absoluter Vorrang eingeräumt werden.

Die Steiermärkische Landesregierung ist aufgefordert, aktiv und offen Position zu beziehen. Das Regierungsprogramm in Sachen Energieversorgung ist offensichtlich gescheitert. Der Großraum Graz und die gesamte Steiermark brauchen klare und verlässliche Leitlinien für eine nachhaltige, sichere und leistbare Energieversorgung.

Im Namen des Grünen und des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich daher den

d r i n g l i c h e n A n t r a g ,

der Gemeinderat möge folgende Petition an den Steiermärkischen Landtag beschließen:

Der Landtag wird ersucht, von der Landesregierung ein nachhaltiges regionales Energiekonzept für den Großraum Graz einzufordern, welches gemeinsam mit der Stadt Graz und unter Mitarbeit unabhängiger ExpertInnen ehestmöglich im Sinne der Vorschläge im Motivenbericht entwickelt und umgesetzt wird.

Dadurch wird auch ein Schritt zur Umsetzung des unlängst beschlossenen Klimaschutzzieles gesetzt. Ich bitte um Ihre Unterstützung.

GR. **Herper** zur Dringlichkeit: Frau Vizebürgermeisterin, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Gemeinderätin Mag.a Andrea Pavlovec-Meixner! Das ist durchaus etwas, was uns zu beschäftigen hat ab sofort und dauernd und auch in Zukunft, nur mit den Benennungen, wie überlässt die Energiepolitik den EnergieversorgerInnen, unbefriedigender Zustand, das Pferd vom Schwanz aufgezümt, nämlich die steirische Energiepolitik vollkommen ignoriert und am Schluss noch offensichtlich gescheitert. Das ist das Fazit der steirischen Energiepolitik, ich habe also, nachdem die ÖVP den von dir vorgetragenen Dringlichen habe ich auch dem Klubobmann Drexler zur Übermittlung geschickt und dem Präsidenten der Industriellenvereinigung Pildner-Steinburg, damit man sich ein bisschen ein Bild machen kann. Denn, wahr ist, dass es in der Steiermark nicht nur den Energieplan 2/5, 2/15 gibt mit den Schwerpunkten Energieeffizienz, Energieeinsparung und erneuerbare Energie und bei der erneuerbaren Energie, du wirst es am besten wissen, du bist einer der Experten, mit denen ich schon seit 20/25 Jahren miteinander positiv streite, derzeit gibt es an Solarkollektoren, die Warmwasser und zunehmend auch Heizungen speisen, 450.000 m² in der Steiermark. Also die Steirer setzen auf die Kraft der Sonne, die Zuwachsraten sprechen eine deutliche Sprache, wir haben allein im Jahr 47.000 m² Kollektorfläche neu installiert in der Steiermark, das Siebenfache gegenüber 2004, 2008 ein weiterer Anstieg auf rund 60.000 m². Wenn man die Fördermittel in die Hand nimmt und zusammen mit den Investitionen kommt man in der Steiermark auf ein Investitionsvolumen von 38 Millionen Euro allein in der Solarwirtschaft derzeit. Jeder kennt die Region Weiz – Gleisdorf, vor allem die Grüne Fraktion wird sie noch am besten kennen. Ich sage nur, liegt im Spitzenfeld, bei den Zuwachsraten und bei der Fördereffizienz pro Euro pro Quadratmeter Kollektorfläche. Dasselbe gilt nicht für Graz, ich sage nur für die steirischen Bezirke,

Biomasse-Kleinfeuerungsanlagen sind wir im Jahr 2007 auf eine Wärmeleistung von 60.000 Kilowatt gekommen, das ist eine Verdoppelung gegen 04, Fördervolumen im letzten Jahr 3,45 Millionen Euro insgesamt Investitionsvolumen für die steirische Wirtschaft, Kolleginnen und Kollegen von der ÖVP, 29 Millionen Euro. Ich sage das nur, weil auch die steirischen Gemeinden inzwischen mit Nah- und Fernwärmenetzen versorgt werden, derzeit 380 kleinere und mittlere Fernwärmeanlagen, auch hier gibt es für die steirische Wirtschaft und für die Kommunen entsprechende ökonomische Impulse. Insgesamt sind in der Steiermark im Bereich Solarwärme und Biomasse im vergangenen Jahr rund 86 Millionen Euro investiert worden. Nur damit wir ein bisschen bei der Klarstellung bleiben. Es ist gar keine Frage, dass es notwendigerweise, und es sieht ja der Energieplan Steiermark vor, dass es regionale Energiekonzepte geben muss, Graz und Graz Umgebung abgestimmt, also Großraum Graz, und ich sehe auch in der Intention den Fernwärmeausbau, so wie wir das schon immer gesagt haben, auch die letzten Jahre zu forcieren auch im Sinne der Luftqualität, eine richtige Linie. Trotzdem wird es notwendig sein, notwendige Energie, die die Wirtschaft und die Industrie braucht, notwendigerweise herbeizuschaffen, das wird mit Biomasse allein aus Rohstoffgründen und Logistik nicht gehen, das heißt, es ist auch klarerweise in Graz als dem höchstbelasteten Feinstaubgebiet der Steiermark mit dem städtischen Kerngebiet unzumutbar, den Einsatz von Biomasse zu forcieren. Darüber sind wir uns klar. Dann werden einige Fragen aufgelistet und dann werden am Schluss, auf Seite 2 wird dann gesagt: „und folgende Fixpunkte sind in diesem nachhaltigen regionalen Energiekonzept zu enthalten“. Ich hätte mir gewünscht und die Frau Vizebürgermeisterin wird das bestätigen, weil es eine konsequente Fortsetzung der vorangegangenen Funktionsperiode ist, die Zusammenarbeit bei der Feinstaubbekämpfung und -belastung gemeinsam zwischen Land und Stadt ist eine sehr effiziente. Wie halten wir das, und Georg Topf wird das bestätigen, er ist Vorsitzender, wir holen uns die Fachleute, die Experten, die BeamtInnen vom Land, konfrontieren sie mit unserem Forderungskatalog, lassen sie Antworten geben, wenden sie sich bei ressortspezifischen Fragen an unseren Ausschuss und handeln dann die Beschlusslage aus, weil ich würde mir wünschen, dass nicht mittels eines Dringlichen, sondern nach klarer Klärung mit vorheriger Kontaktnahme mit der Landesseite dann der Umweltausschuss gemeinsam eine Beschlusslage zustande bringt. Wir haben eine Gemeinsamkeit, Georg, du wirst es bestätigen, haben wir in

den letzten Jahren fraktionsübergreifend, gerade in Umwelt- und Energiefragen am meisten Wert gelegt und in der Feinstaubbelastung im Besonderen. Also würde ich mir wünschen, dass nicht mittels eines Dringlichen ein paar Fixpunkte da, die ja nur ein Teil sein können von Fixpunkten eines solchen nachhaltigen regionalen Energiekonzeptes, im zuständigen Ausschuss vorbesprochen und vorbehandelt und vorbeschlossen werden. Dann sehe ich einen Sinn drin, an das Land heranzutreten, um gemeinsam mit dem Land ein solches regionales Energiekonzept zu ermöglichen. Ich sage das auch nur deshalb, weil ich kann mir nicht vorstellen, dass das Land die Zustimmung geben wird und ich bin sozusagen auch sehr vorsichtig, wenn ich weiß, welchen Bedarf es gibt auch im Großraum Graz und wenn es zu einer Ablehnung der meiner Meinung nach derzeit saubersten Form der Stromerzeugung, nämlich der Wasserkraft kommt, wo wir dann den Strombedarf herbeiführen werden oder ist die Grüne Fraktion dafür, dass wir Atomstrom verstärkt einführen oder dass wir den Bedarf aus Kohlekraftwerken decken? Ich bitte, diese Fragen im Fachausschuss zu behandeln, uns klar zu werden, wo will die Stadt Graz hin, erst dann an das Land heranzutreten und gemeinsam zu einem regionalen Energiekonzept gemeinsam mit Expertinnen und Experten zu machen. Das ist wirklich das, was du schreibst in deinem Motivenbericht, das Pferd am Schwanz aufgezäumt. Wir werden dieser Vorlage nicht die Zustimmung geben und auch nicht der Dringlichkeit (*Applaus SPÖ*).

GR. Mag. **Mariacher**: Wenn man sich den Antrag durchliest, sind natürlich einige Passagen drinnen oder einige Worte, die natürlich uns auch am Herzen liegen. Ich denke da zum Beispiel an das Thema Versorgungssicherheit, Versorgungsautonomie im Bereich Energie ist für uns Freiheitliche sicher ein wesentlicher Punkt. Wenn ich mir den ganzen Text aber durchlese, so denke ich mir, dass er in sich nicht schlüssig ist. Die Grünen sind von ihrer Bewegung her immer, ich denke an 78, an die Volksabstimmung, wo ja Grüne und Freiheitliche und viele Sozialdemokraten und andere, auch aus dem ÖVP-Bereich für diese erfolgreiche Anti-Zwentendorf-Volksabstimmung gestimmt haben, die Grünen haben sich ja seitdem eigentlich komplett mit der EU-Politik verabschiedet in diesen Anti-Atomstrom, sie sind mit dem Atom-Vertrag ja eigentlich zur Atom-Lobby-Partei

geworden. Wo wir mit den Grünen etwas übereinstimmen, ist natürlich, dass wir auch dafür sind, dass wir etwas stärker wegkommen von dieser Abhängigkeit im Öl- und Gasmarkt, ich glaube, da sind auch die Sozialdemokraten mit dabei, das wird aber nicht von heute auf morgen gehen, das wird nur sukzessive im Laufe der Jahre möglich sein. Was mir auffällt ist, wenn ich mir anschau, und das ist auch so vorgetragen worden jetzt im Antrag, dass die Grünen grundsätzlich gegen Kraftwerke sind, also egal welche Art von Kraftwerken, ob das sogar die heimische Wasserkraft ist, die als naturfreundlichste, heimische Kraft gilt und eigentlich parteiübergreifend jahrzehntelang eigentlich gepredigt und auch eine große Anhängerschaft in der breiten Bevölkerung hat, das man sich hier dagegen wendet. Und wenn ich sehe, dass auch da drinnen steht als Ziel, als ein grünes Ziel oder auch ein Ziel, das eigentlich natürlich weltweit in gewisser Weise verfolgt wird, ich denke an das Kyoto-Protokoll etc., dass man im Bereich Klimaschutz etwas macht, dann verstehe ich einfach nicht, und bitte das aufzuklären, wie man gegen ein Murkraftwerk in Kalsdorf sein kann, wie man gegen ein Murkraftwerk in Gössendorf sein kann, wenn dort allein der CO₂-Ausstoß von allen sämtlichen Pkw, die im Bezirk Graz-Umgebung fahren, das sind 15.000 Pkw mit Kilometerleistung 15.000 Kilometer im Jahr auf Basis eines VW-Golf, einsparen kann, die man ansonsten über Öl oder Gas oder sonst irgendwie herstellen müsste diese Energie. Und wenn ich mir da anschau, dass hier erwähnt wird, dass wir angeblich ausgehend von einer Senkung des Energiebedarfs, einen Strombedarf um 18 %, dann denke ich mir, na wie unrealistisch ist das. Wie der Bürgermeister gesagt hat, na ja Graz geht auf 400.000 Einwohner zu statt 240.000, wo werden die Leute dann die Energie herhaben, um ihre Wohnung zu heizen und die Büros zu heizen, um die Gewerbebetriebe zu beheizen, das wird nicht allein nur aus der Steckdose möglich sein, da stecken Kraftwerke dahinter. Und ich denke mir, allein aus wirtschaftlicher Sicht und auch aus umweltpolitischer Sicht wird es wohl allemal besser sein, wenn ich effizient geführte Kraftwerke habe, die entsprechende Leistungen haben, wo wir entsprechend ausreichende Basisabnahme haben, um dort entsprechend, sage ich einmal, wirtschaftlich effizient, aber auch umwelteffizient mit entsprechenden Filteranlagen die Energie zu erzeugen, als wie anno dazumal in jeder Wohnung einen eigenen Gasbrenner zu haben oder Kohleheizung oder Ölheizung im Keller, das kann doch nicht effizient sein, was man als moderner Mensch sich vorstellt. In Graz müssen wir daher andere Ziele verfolgen. Wir müssen die nachhaltigen, die vorhandenen

Ressourcen unseres Landes stärken, wenn wir nicht Energie aus dem Nahen Osten importieren möchten oder aus dem Kaukasusgebiet oder Georgien oder sonst woher, wir müssen auf diese Ressourcen zugreifen, die unser Land hat. Und das ist im weitesten Sinn die Wasserkraft, die zugegebenermaßen schon in hohem Maße genützt wird in der Steiermark, wir müssen aber auch setzen auf die Solarenergie, wir leben Gott sei Dank in Breiten, wo die Solarenergie durchaus effizient geführt werden kann. Wir haben ein technologisches Zentrum in der Steiermark, das zwar an Boden bereits verloren hat, das aber immer noch gute Arbeit leistet und wir müssen, und da bin ich ein bisschen anderer Ansicht als der Karl-Heinz Herper von der SPÖ, zumindest steiermarkweit gesehen, sehr stark auf die Ressource Wald setzen, auf Biomasse, da ist Österreich wirklich in vorderster Stellung, das ist gut für unsere Arbeitsplätze, gut für die Wirtschaft und das Geld bleibt im Lande und das sollte uns ja nicht egal sein. Danke (*Applaus FPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit angenommen.

GR. **Hagenauer** zum Antrag: Karl-Heinz Herper, das ist richtig, dass wir schon einige Male in unserem Leben zusammengesessen sind zur Energiepolitik. Für die, die es nicht wissen, ich war vor Jahrzehnten Koautor eines Parteiprogramms der steirischen Sozialdemokraten. Und das ist ein guter Einstieg, weil in der Tat ist es gut, wenn man sich daran erinnert, was wir schon vor Jahrzehnten niedergeschrieben haben und gefordert haben und uns heute anschauen, was ist denn dabei herausgekommen. Und genau das war der Inhalt dieses Antrages. Dass man sich nämlich die Frage stellt, ja war es das jetzt nach Zwentendorf, Herr Kollege Mariacher, und nach Hainburg und nach all diesen schönen Programmen? Ich denke, das war bei diesen Wortmeldungen jetzt hier wieder sehr schön sichtbar, was das eigentliche Problem ist, nämlich, dass man alles in einem Atemzug zusammen erwähnt, das was in den Programmen steht, was am Papier steht, das ist richtig, im zitierten steirischen Energieprogramm steht drinnen, was gut und teuer ist und das was die Kollegin Pavlovec-Meixner zitiert hat, was in dem Antrag hier drinnen steht, das ist das, was in der Praxis jetzt ansteht. Das ist nicht dasselbe. Und das genau ist das Problem.

Jetzt könnte man hier lange reden über die politische Kultur in dem Lande, dass man nämlich nicht in der Lage ist, diese Dinge auseinander zu halten und dabei sehr viel Schaden anrichtet, könnte man, ist aber nicht notwendig. Wir wissen im Grund genommen hier als politisch Tätige ohnehin zu gut, wovon wir da reden. Es wird dann immer die zitierte Solarenergie erwähnt, um es etwas zu verkürzen, der Umstand, dass die Steiermark bei Solarkollektoren Spitze ist europaweit, ist nicht passiert wegen der Politik, sondern trotz der Politik. Das waren aktive, initiative Bürger in der Oststeiermark in der Tat und irgendwann hat dann auch die Politik nicht anderes könne und das auch fördern. Und die Steiermark hat es geschafft, auf Grund des Engagements dieser Leute zurückzufallen auf den letzten Platz unter allen Bundesländern und erst in der letzten Zeit hat sie wieder aufgeholt einigermaßen. Aber kommen wir zum Punkt. Bei dem Antrag geht es um ein paar Dinge, einerseits, und das ist an sich klar und deutlich dargelegt worden und steht drinnen, einerseits geht es da drum, dass das gültige Regierungsprogramm auf Landesebene und diverse andere Festlegungen ausdrücklich beteuern, die Steiermark soll sich von der Energieversorgung her selbständig machen und sind dann diese Gasgroßkraftwerke, die jetzt errichtet werden, sind die ein Beitrag zu unserer Energieautonomie? Am Vorabend von wirklich absehbaren schweren Versorgungskrisen setzen wir so gewissermaßen fünf nach zwölf noch rechtzeitig auf das falsche Pferd, in dem wir eben Großkraftwerke errichtet, die eben nun einmal von importierten Energieträgern abhängig sind. Es nutzt dann nichts, wenn man irgendwo im Stil von Sonntagsreden groß beschwört die Solarenergie und die Biomasse und weiß der Teufel was alles, das nutzt mir nichts. Bei über 800 Megawatt, das sind 800.000 Kilowatt, wenn man davon ausgeht, dass die Heizung einer durchschnittlichen größeren Wohnung und eines heutigen Einfamilienhauses acht KW hat, dann sind das eben 100.000 solche Häuser. Das ist nur die elektrische Leistung dieses Kraftwerks, die Kesselleistung ist das Doppelte davon. 200.000 Häuser mit einer Gasheizung, das ist nicht nichts, und der Verbund sagt schon wieder, er denkt an ein zweites in derselben Größenordnung in Zeltweg und dann eben das zitierte in der halben Größe auch nicht ohne, hier in Graz. Und worum es hier geht in dem Antrag und völlig berechtigt, ist das, dass man sich fragt, ja bitteschön, wie passt denn das alles zusammen? Die erste Frage ist also, werden wir da jetzt wirklich energieunabhängig, indem wir auf Erdgas setzen im großen Stil, können wir das verantworten, ist das im Sinne eines Ziels Pellets statt Putin, um das

so zu formulieren, ist das heute verantwortbar, das ist die eine Frage und die andere Frage, wenn man sagt, na gut, machen wir das, riskieren wir das, wir sind nicht der Meinung, aber wenn, dann stellt sich noch immer die ganz banale pragmatische Frage, da habe ich also jetzt zwei Gasgroßkraftwerke und vielleicht noch Voitsberg dazu, ist ja auch im Gespräch. Dann kann ich nicht mehr davon reden, dass ich sage, ja, wir haben einen steigenden Stromverbrauch, ist ein Problem und ist die Frage, wie ich damit umgehe. Ob ich da nur Kraftwerke baue oder ob es da andere Möglichkeiten gibt. Karl-Heinz wir waren damals vor 30 Jahren der Meinung, es gibt andere Möglichkeiten auch, gut, aber wenn ich, wie gesagt, diese Kraftwerke schon hinstelle, ja wie passt denn das zusammen von der Abwärmenutzung, das ist der Inhalt dieses Antrages. Und daher der Focus da drauf, dass man sagt, die Landesenergiepolitik, verdammt noch einmal, hat das zu lösen, das kann nicht das Versorgungsunternehmen alleine machen, dazu haben wir die Politik nun einmal, wenn man überhaupt noch uns dazu bekennen, dass es so was wie Politik gibt. Dann ist genau das der Job und da ist halt der Herr Landeshauptmann jetzt gefordert, ob das der Sozialdemokratie in diesem Moment so angenehm ist oder nicht, ist so. In dem Sinne denke ich, dass dieser, unser Antrag berechtigt war, mehr als berechtigt und schließt natürlich nicht aus, dass wir uns auch in einem Ausschuss da drüber noch unterhalten. Jede Gelegenheit, jede Stelle ist willkommen und sinnvoll, weil es ja um eine sehr ernste Sache geht. Eine kleine abschließende Bemerkung, wenn ich noch darf, Herr Kollege Mariacher. Wir importieren kein Gas aus Georgien, Georgien ist nur ein Transitland für Gas und die Georgier würden sich glücklich schätzen, hätten sie solche Vorkommen. Ich bin ein alter Freund dieses Landes und daher erlaube ich mir mit diese kleine Anmerkung. Danke für die Aufmerksamkeit (*Applaus Grüne*).

StRin. Mag.^a Fluch übernimmt um 19.15 Uhr den Vorsitz.

Bgm.-Stvin. **Rücker:** Ich fühle mich durch den Antrag und auch vor allem die Kritik daran auch persönlich angesprochen, weil es auch in meiner Ressortverantwortung

liegt, die Energiepolitik in der Stadt wesentlich mitzugestalten. Man kann auch einen Antrag bewusst missverstehen, weil halt zufällig der Name Voves drinnen steht. Ich habe den Eindruck, ein bisschen ist es in diese Richtung gegangen, ich werde jetzt in dem Zusammenhang versuchen zu erklären, was von Stadtseite ...

Zwischenruf unverständlich.

Bgm.-Stvin. **Rücker:** Bartenstein gehört auch hineingeschrieben, stimmt. Für das, was in Österreich energiepolitisch momentan nicht passiert auf Bundesebene, ist der Herr Bartenstein zuständig, das unterschreibe ich voll und ganz. Aber ganz kurz zum kommunalen Energieplan. Was geplant ist, weil der Gemeindeumweltausschuss angesprochen wurde und weil es ja auch darum geht, was für eine Diskussion findet auf Stadtebene statt (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*). Es wäre doch langsam an der Zeit, dass wir hier doch sehen, dass das Energiethema einerseits das Zukunftsthema ist, weil wenn wir dort keine Lösungen finden, werden wir angewiesen auf Energieversorger, an denen wir nicht gerne dranhängen werden in Zukunft, weil sie nämlich uns die Möglichkeiten zum Handeln abdrehen, weil es uns zu teuer kommen wird, auf der anderen Seite ist es so, dass es auch eine Antwort wäre auf viele Fragen, die sich gerade im Wahlkampf so aktuell stellen, wie zum Beispiel die Preissteigerungen, die haben ja viel mit Energie zu tun, die einfach in die falsche Richtung geht. Was der Antrag will, ist nichts anderes, als dass das Land auf seiner Seite eine Energiepolitik, für die es Ziele gibt, die formuliert sind, eine Umsetzungsstrategie vorzugeben, damit auch die vielen Akteure, die in dem Bereich durchaus mit ganz konkreten Interessen unterwegs sind, auch einen Rahmen haben, in dem sie sich bewegen sollen, das ist der Antrag. Die EVU, ich habe mit vielen EVU, mit allen, schon Kontakt gehabt, wir haben auch den ersten Gipfel schon mit ihnen veranstaltet, um einmal zu klären, wie weit die EVUs bei einer energiepolitischen Strategie der Stadt unsere Ansprechpartner sein werden. Immer wieder kommt, das Land hat keine klare Strategie, das heißt, das ist der Antrag, in diese Richtung soll er gehen. Auf der anderen Seite sind wir in der Stadt dabei, einen

Vorentwurf zu entwickeln, der natürlich im Gemeindeumweltausschuss in die Diskussion eingebracht werden wird, das wird uns noch die nächsten Monate begleiten, es wird das überarbeitete Kommunale Energiekonzept geben, das den aktuellen Anforderungen, die uns heute ins Haus stehen, gerecht werden wird und genau dazu beitragen soll, dass diese Stadt ihre Klimaschutzziele genauso erreicht, wie alle anderen Ebenen dazu verpflichtet sind. Denn auch das wird eine Kostenfrage in der Zukunft sein, ob wir uns das leisten können, die Strafzahlungen zu finanzieren, die sich ableiten lassen, wenn wir nichts tun. Also es wird etwas geschehen, es wird auf Stadtebene sowieso was geschehen, wir arbeiten daran, es gibt ein Papier, wie wir bereits die anderen zwei Stücke, die heute zur Abstimmung kommen, rechtzeitig vorgelegt haben, um sie inhaltlich zu bearbeiten und da wird es einen längeren Diskussionsprozess geben und da geht es auch darum, wie die Kraftwerksituation sich auf Graz auswirkt, das ist nicht unwesentlich für uns, wie wir uns dann bewegen können und ob wir uns überhaupt bewegen können. Und um nichts anderes geht es, darum bitte ich auch die sozialdemokratische Fraktion in diesem Sinne noch einmal sich zu überlegen, ob sie dem Antrag nicht zustimmen kann, denn schließlich geht es um eine der wesentlichsten Fragen für die Zukunft der Steiermark und eben auch von Graz.

Bgm.-Stvin. Rücker übernimmt um 19.18 Uhr den Vorsitz.

Mag.^a **Pavlovec-Meixner**: Danke, das Thema scheint kontroversiell zu sein. In aller Kürze, wir hatten auch Gespräche mit EVUs und ich zitiere aus dem Gespräch von einem der Vorstände und das Zitat ist: „Wir kennen keine Energiepolitik des Landes Steiermark“ und das finde ich sehr traurig, weil es Aufgabe der Politik ist, da Richtlinien festzulegen. Es geht in diesem Antrag um die Zusammenarbeit mit dem Land, die wir dringend brauchen im Bereich der Wohnungsförderung, Raumordnungsgesetz, um nur einige Punkte zu nennen, um das, was wir an Klimaschutzzielen in der Stadt Graz verwirklichen wollen, durchführen können. Es geht hier um die Versorgungssicherheit und es geht um die Preisstabilität. Das ist ein

Punkt, der uns sehr wichtig ist, weil wir nur damit günstige Energiekosten für die Menschen in Zukunft sicherstellen können und in diesem Sinne bitte ich um Ihre Zustimmung (*Applaus Grüne*).

Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

6) Höchst besorgniserregender Anstieg der HIV-Neuinfektionen in der Steiermark – Gegenmaßnahmen seitens des Gesundheitsressorts der Stadt Graz

GRin. Dipl.-Ing. Mag.^a **Grabe** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

Mag.^a **Grabe**: Bei diesem Antrag geht es um den besorgniserregenden Anstieg der HIV-Neuinfektionen in der Steiermark. Es ist medial durch Aussendungen und der Steirischen AIDS-Hilfe aber durch das Sozial- und Generationenministerium immer wieder Thema (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*), dass nicht nur österreichweit die Anzahl der Neuinfektionen im Anstieg ist, sondern speziell in der Steiermark besonders besorgniserregend ist, und bisher auch noch nicht wirklich geklärt, was die Ursachen sind. Allein im Jahr 2007 hat sich die Anzahl der HIV-positiv-Getesteten, also Neuinfektionen, von 37 auf 76 mehr als verdoppelt, über die Dunkelziffer kann es nur Schätzungen geben. Als Vergleichszahl, in Wien etwa oder österreichweit ist der Anstieg 17 Prozent, was auch sehr erschütternd ist, aber zumindest in der Steiermark ist es wirklich noch eine traurige Steigerung.

Wie schon gesagt, die Gründe dafür sind nicht ganz klar, es gibt Vermutungen, dass es einerseits mit dem zu lockerem Umgang mit der Krankheit zu tun hat, dass also der Gebrauch von Kondomen im Rückgang ist und auch solche Fehlannahmen wie, es sei heilbar, durch die Kombinationstherapie sei das keine tödliche Krankheit mehr, dass man also praktisch einfach ein bisschen Medizin kriegt und dann hat sich die Sache schon, so ist es auf keinen Fall. Aber insgesamt sind die Gründe noch nicht

wirklich klar. Es ist sicher auch kein Vorteil, dass in der Steiermark die gut funktionierende Internetkampagne Stopp AIDS mangels finanzieller Zusagen zwischendurch ihre Arbeit einstellen musste, aber insgesamt ist ein Bündel von Gründen auch zu untersuchen.

Aus diesem Anlass halten wir es für äußerst dringlich, nachdem auch dieser Anstieg schon seit Ende des letzten Jahres bekannt ist, sehr schnell Maßnahmen zu ergreifen und ich möchte da auf eine Ankündigung von Herrn Stadtrat Riedler zurückkommen, der einen AIDS-Gipfel zu diesem Thema im Sommer einmal angekündigt hat und bitten, dieses Vorhaben in die Tat umzusetzen und stelle daher den

dringlichen Antrag,

der Gemeinderat möge beschließen:

Das Gesundheitsamt wird beauftragt, noch in diesem Herbst einen AIDS-Präventions-Gipfel zu veranstalten, dessen Ergebnisse sein sollen:

- 1) der Start konkreter Projekte zur Ursachenerforschung unter Berücksichtigung der jeweiligen Unterschiede bezüglich Geschlecht und sexueller Orientierungen,
- 2) die Erstellung eines Masterplanes für HIV-Prävention sowohl im Jugend- als auch im Erwachsenenbereich und
- 3) erste konkrete Maßnahmen zur Intensivierung und Ausweitung bestehender Präventionsaktivitäten.

(Applaus Grüne).

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 19.25 Uhr den Vorsitz.

StR. Mag. Dr. **Riedler** zur Dringlichkeit: Ich bin der Frau Gemeinderätin Dipl.-Ing. Mag.a Daniela Grabe sehr, sehr dankbar für diesen Antrag. Faktum ist, dass die

Zahl der Neuinfektionen im letzten Jahr einen dramatischen Anstieg erfahren hat. Faktum ist auch, dass das geschehen ist, obwohl wir in der Steiermark ein relativ gut ausgebautes Präventionssystem haben und auch in diesem Land exzellente Experten und Expertinnen zu Hilfe und zu Rate ziehen können. Der Grund für den Anstieg ist in Expertenkreisen relativ klar und ist, obwohl man darüber Bescheid weiß, relativ schwer in den Griff zu kriegen. Trotzdem und gerade deshalb habe ich, wie Sie richtig ausgeführt haben, angekündigt, dass es im Herbst einen Präventionsgipfel geben soll und ein Informationspaket entwickelt werden soll. Leider, von der kompetenzrechtlichen Lage sind die Möglichkeiten der Stadt Graz des Gesundheitsamts relativ bescheiden und beziehen sich im Großen und Ganzen darauf, die NGOs, in diesem Bereich sehr erfahrene und sehr gut funktionierende NGOs, zu unterstützen. Der Gipfel, den Sie sich wünschen, ist bereits terminisiert und zwar mit dem 30. September 2008, so wie von mir versprochen und ich möchte sehr gerne die von mir eingeladenen Teilnehmer dieses Gipfels, es soll ein Expertenkreis sein Ihnen nennen. Bereits zugesagt und von mir eingeladen sind: Dr. Kronawetter und Dr. Kapper, Dr. Kapper vom LKH West, Dr. Lola Fleck für die AIDS-Hilfe, Herr Kurt Cernig für den Verein Stopp AIDS und aus dem Kreis des Gesundheitsamtes Dr. Künstler und Dr. Ulf Zeder, die im Gesundheitsamt mit den Fragen der AIDS-Prävention und der Non-Profit-Organisationen und nicht nur der Non-Profit-Organisationen befasst sind. Wir werden sehr gerne die von Ihnen detailliert angeführten drei Fragen mitbehandeln. Ich bitte aber um Verständnis, dass wir natürlich, soweit das möglich ist, auf bereits vorhandene Untersuchungsergebnisse und Evaluierungen zurückgreifen werden in diesem Zusammenhang, um nicht zusätzliche Arbeit zu leisten, sondern unsere Kraft darauf zu konzentrieren, was aus Sicht der Stadt Graz möglich ist. Im urbanen Umfeld und das ist ein Faktum, ist die Zahl der Neuerkrankungen, der AIDS-Raten augenscheinlich höher, was mit den urbanen Lebensverhältnissen unmittelbar zusammenhängen dürfte. Wir, und ich habe vor, im Zuge der Budgetverhandlungen, und ich fasse Ihren Antrag auch als Auftrag in diesem Zusammenhang auf, eine Sonderdotierung vorzuschlagen, vor allem durch Pflichtleistungen, bei den gebundenen Budgets des Gesundheitsamtes sind zusätzliche Leistungen nicht machbar ohne wesentliche andere Dinge, wie zum Beispiel das Frauengesundheitszentrum, das sich peripher ja auch zum Beispiel auch mit diesem Thema befasst, zu kürzen. Also weitere Leitungen zu kürzen in diesem Bereich ist

eben nicht möglich, daher ist eine Schwerpunktaktivität in diesem Themenfeld nur dann möglich, wenn auch zusätzliche Budgetmittel zur Verfügung stehen und ich werde versuchen, mit dem Herrn Finanzreferenten eine solche zusätzliche Dotierung zu verhandeln und zwar auf Basis der vorgeschlagenen Maßnahmen dieses Expertenkreises. Ich werde auch, und habe bereits mit dem Gesundheitsreferenten des Landes, Landesrat Dr. Hirt, Kontakt aufgenommen, um einen Abgleich unserer Aktivitäten und Maßnahmen zu erreichen. Ich denke also, dass wir sehr gut vorbereitet sind, die von mir angekündigten Maßnahmen tatsächlich ja auch bereits eingeleitet sind. Nichtsdestoweniger finde ich Ihren Antrag im Prinzip unterstützenswert, natürlich unterstützenswert. Ich möchte auch vorschlagen, über die Ergebnisse dieser Fachdiskussion im geeigneten Rahmen etwa im Gesundheitsausschuss dann zu berichten, oder wenn das gewünscht ist, auch dem Gemeinderat darüber Bericht zu erstatten. Unser Vorschlag ist nun, dass wir auf Grund der bereits eingeleiteten Maßnahmen zwar der Dringlichkeit nicht zustimmen, aber inhaltlich diesen Antrag durchaus für korrekt und richtig halten. Er deckt sich, wie ich vorhin schon ausgeführt habe, zu 100 Prozent mit meinen eigenen Intentionen, wir werden daher der Dringlichkeit nicht zustimmen, weil es ja widersinnig wäre, eine bereits eingeleitete Maßnahmen mit einer Dringlichkeit zu versehen, sollte, was ich nicht weiß, auf Grund der Absprachen die Dringlichkeit trotzdem gewährt werden, ist es für mich auch kein Beinbruch (*Applaus SPÖ*).

GR. Mag. **Mariacher**: An die geschätzte Frau Magister Grabe und liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Thema HIV-Infektion ist natürlich seit vielen, vielen Jahren ein besonders virulentes, vor allem in der Öffentlichkeit. Nicht unbedingt von den Fallzahlen her, wenn man es sich anschaut, aber in der öffentlichen Wahrnehmung, weil AIDS natürlich eine besondere Brisanz hat. Es sind, wenn man es rückblickend anschaut bei den ersten AIDS Kampagnen, die, ich schätze, vor zirka 20 Jahren gemacht worden sind, ist wahnsinnig viel Geld reingeflossen in diese AIDS-Informationenkampagne, weil das damals ein völlig neues Thema war und hier eingebunden besonders im jugendlichen Bereich, also junge Burschen, junge Mädchen und Frauen. Das Thema hat sich aber dann so entwickelt, dass eigentlich nicht alle Bevölkerungsschichten unmittelbar betroffen sind, sondern dass es

gewisse Risikogruppen gibt, ich denke zu der damaligen Zeit waren es zum Beispiel die Bluter, die über Blutkonserven damals mit dem Virus zum Teil angesteckt worden sind und dann leider relativ schnell verstorben sind, es hat auch keine Medikamente seinerzeit gegeben, um den Ausbruch dieser Erkrankung zu verzögern, das heißt, hier hat man natürlich medikamentös viel geschafft, aber es ist so und da gebe ich der Frau Mag. Grabe Recht, dass die Wahrnehmung in der Öffentlichkeit einfach eine so ist, na ja, man kann damit leben. Das ist vollkommen richtig. Wir haben vor diesem Problem eigentlich über Jahre, in den letzten Jahren gewarnt und ich denke, dass jetzt mit auch steigenden Fallzahlen, zwar auf niedrigem Niveau noch, ein Wahnsinn sichtbar wird, der anscheinend erst genügend groß werden kann, und die Zahl der Sterbezahlen oder der durch AIDS Umgekommenen ist ja de facto nur die Spitze des Eisberges. Wir wissen nicht, wie viele infizierte Menschen in unserer Gesellschaft sich befinden, wir wissen auch nicht, welches Gefahrenpotential wirklich davon ausgeht. Ich denke aber und ich habe mir den Antrag sehr gut durchgelesen, dass zwar Inhalte dabei sind, die wir durchaus unterstützen würden, dass man nämlich auf Risikogruppen spezifische Informations-Präventionsprogramme entwickelt, aber ich denke, dass es zuvor unbedingt notwendig wäre, hier entsprechend die Situation erst einmal zu analysieren, um hier wirklich genaue Kenntnisse zu haben hinsichtlich der Inzidenz und der Prävalenz auf diesem Gebiet. Weil ohne diese konkreten Daten brauche ich nicht aus einer Sicht einen Kongress einberufen, wo dann über das Thema geredet und das möglicherweise zerredet wird und hier keine wirklich treffsicheren Maßnahmen stattfinden. Ich bin aber sehr froh, dass Stadtrat Riedler, und ich habe ihm genau zugehört, hier entsprechend Maßnahmen bereits entwickelt, setzt, weil ich sage, das Thema Prävention auf welchem Gebiet auch immer ist ja nicht ein Akt eines Antrages, sondern diese Bereiche sind eigentlich im Laufe der täglichen Arbeit zu bewältigen und voranzutreiben. Wir werden daher wegen dieser fehlenden Basisdaten diesem Antrag unsererseits nicht diese Zustimmung erteilen (*Applaus FPÖ*).

GRin. Mag.^a **Ennemoser**: Die Steigerung der HIV-Neuinfektionen in der Steiermark ist erschreckend und daher kann es in dieser Sache nie genug Aufklärung geben. Das Thema wurde ja bis jetzt im Gesundheitsressort der Stadt Graz sehr

stiefmütterlich behandelt und daher freue ich mich, dass es bereits einen Termin für diesen Gipfel gibt und daher hoffe ich auch, dass es in diesem Jahr noch Ergebnisse gibt und Maßnahmen gesetzt werden und aus diesem Grund stimmt unsere Fraktion der Dringlichkeit zu (*Applaus ÖVP*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit angenommen.

Mag.a **Grabe**: Ich danke für die Annahme der Dringlichkeit, sei es durch Handzeichen, sei es durch mündliche Zusicherung, dass das Thema vorrangig auch behandelt wird und bitte um Annahme des Antrages.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich habe vorhin die Wortmeldung des Kollegen Riedler überhört, deswegen darf ich ihm noch einmal das Wort erteilen.

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Ich wollte nur darauf hinweisen, mit welcher Konsequenz die ÖVP unterschiedliche Behandlungen vornimmt, nämlich auch die Grünen im Übrigen. Als es um die Unterführung gegangen ist in der Weixelbaumstraße, da waren wir der Meinung, die Dringlichkeit ist nicht notwendig, obwohl noch nichts zu sehen ist. Bei mir gibt es den Termin schon und sind die Maßnahmen gesetzt worden, ist die Dringlichkeit dann doch wieder da.

Zwischenruf GRin. Binder: Wir haben nicht einmal eine Einladung.

StR. Dr. **Riedler**: Na gut, es ist eh formal, es ist relativ wurscht, weil es eh passiert. Eines muss ich doch sagen, liebe Sigi Binder, und da muss ich der Gemeinderätin Ennemoser heftig widersprechen, die Behauptung, dass im Gesundheitsamt etwa unter meiner Vorgängerin Wilfriede Monogioudis das Thema HIV-Infektion stiefmütterlich behandelt worden wäre, entbehrt jeder Grundlage und ist einfach nur eine politische Attacke. Also da muss ich mich vor die Wilfriede stellen, die gerade auch dieses Thema sehr, sehr interessiert behandelt hat. Ich selber bin in der AIDS-Hilfe und in diesem Thema seit meiner frühesten politischen Aktivität tätig, früher als Sie, Frau Kollegin Ennemoser überhaupt davon gewusst haben dürften. Also dieser Vorwurf geht schlicht und einfach ins Leere (*Applaus SPÖ und KPÖ*).

Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

7) Ausweitung des Zuständigkeitsbereiches des Grazer Altstadtanwaltes auf alle Schutzzonen

GR. Mag. **Fabisch** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

Mag. **Fabisch**: Lieber Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren! Seit Jahren fordert die KPÖ in Graz einen sensibleren Umgang mit unserer Altstadt. Die Erhaltung kulturellen Erbes muss in unserer Stadt mehr wiegen als oberflächliche Profitinteressen.

Das Grazer Altstadterhaltungsgesetz von 1980 erwies sich leider oftmals als zahnloses Instrument. Die Novellierung vor wenigen Monaten mit der Einrichtung eines weisungsfreien unabhängigen Altstadtanwaltes, der im Gegensatz zur ASVK Parteienstellung genießen kann, ist zweifellos ein Fortschritt, jedoch mit gravierenden Mängeln versehen: Seine Zuständigkeit umfasst bloß die Schutzzonen 1 und 2.

Doch auch außerhalb des Grazer Kerngebietes befindet sich wertvolle Bauten und Schützenswertes aus unserer Vergangenheit. Dies haben Beispiele in jüngster Vergangenheit am Lendplatz, in der Schützenhofgasse und in Straßgang (alle drei in

Schutzzone 3) teilweise schmerzlich - weil unwiederbringlich verloren - in Erinnerung gerufen.

Deshalb stelle ich namens des Gemeinderatsklubs der KPÖ folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat der Stadt Graz wendet sich mit folgender Petition an den Landtag:
Die Zuständigkeit des Grazer Altstadtanwaltes wird sofort auf alle Schutzzonen erweitert (*Applaus KPÖ*).

GR. **Herper** zur Dringlichkeit: Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen! Natürlich treibt uns dies auch seit Jahren, uns alle in allen Fraktionen, wie mit Bausubstanz und nicht nur historischer, sondern auch andere Bausubstanz oft umgegangen wird, ohne dass wir es so rasch merken. Ich kann mich noch erinnern, als ich noch als Journalist tätig war, als es beim Lechnerhaus über Nacht zum Abbruch kam und dadurch erst die Aktion der Kleinen Zeitung entstand, „Rettet die Grazer Altstadt“, also ich bin in der Materie schon seit langem tätig. Der jetzige Dringliche ist spiegelbildlich die Abbildung der Debatte mutmaßlicherweise im Landtag, als KPÖ und Grüne gegen SP und ÖVP votierten beim Landtagsbeschluss Anfang Juli, ich gehe davon heute auch aus. Wir haben uns mit der ÖVP im Land darauf geeinigt oder einigen können, dass in der ersten Geschäftsführungsperiode der Altstadtanwalt nur die Schutzzonen 1, 2 und 3 laut Weltkulturerbeplan und künftig auch im Weltkulturerbe hoffentlich auch das Schloß Eggenberg mit Beschwerdelegitimation vor dem Verwaltungsgerichtshof vertritt, alle anderen Zonen ohne Beschwerdelegitimation. In der zweiten Periode, also in den folgenden drei Jahren, hat er dann die volle Beschwerdelegitimation vor dem Verwaltungsgerichtshof in allen Zonen. Also in allen fünf Zonen. Erst im siebenten Jahr kommt es dann zur Evaluierung. Deswegen werden wir, Andreas, verständlicherweise auch aus inhaltlichen Gründen diesem Dringlichkeitsantrag nicht die Zustimmung erteilen (*Applaus SPÖ*).

GR. Dipl.-Ing. **Topf**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, lieber Kollege Fabisch! Auch von unserer Seite wird die Dringlichkeit abgelehnt, Karl-Heinz Herper hat schon die Position auch unserer Fraktion dargestellt. Ich denke mir auch, dass dieses Gesetz, das ja doch einige Zeit auch in der Entstehung gedauert hat, vielleicht kann sich der eine oder andere noch entsinnen, wir haben einen runden Tisch im Jahre 2006 zum Entwurf dieses Gesetzes gehabt und es hat auch durchaus kritische Stimmen von unserer Fraktion zu diesem Altstadtanwalt gegeben. Letztendlich ist aber das Gesetz, das erst vor wenigen Tagen auch kundgemacht wurde, das Gesetz vom 12. September 2008, mit Inkrafttreten 1. Dezember des heurigen Jahres wird es hier wirksam. Ich denke, dass es nicht sinnvoll ist, jetzt schon dieses Gesetz, das ja in der Entstehung doch einige Geschichte hinter sich gebracht hat, hier mit einem dringlichen Antrag im Bereich der Übergangsbestimmungen, die ja hier angeschnitten wurden, bereits jetzt schon hier eine Gesetzesänderung herbeizuführen. Ich möchte vielleicht ganz kurz noch einmal anschneiden, was diese Altstadtanwaltschaft mit sich bringen sollte, damit man auch klar sieht, in welchen Bereich Möglichkeit gegeben ist. Die Behörde ist verpflichtet, und ich lese hier den Gesetzestext vor, weil mir der sehr wichtig erscheint, die Altstadtanwältin oder den Altstadtanwalt im Verfahren erster Instanz dann beizuziehen und zur Stellungnahme aufzufordern, wenn sie beabsichtigt vom Gutachten der ASVK, die nach wie vor, na selbstverständlich, in der gewohnten Art und Weise tätig sein wird, abzuweisen. Ab diesem Zeitpunkt hat die Altstadtanwältin/Altstadtanwalt Parteienstellung im Verfahren im Anwendungsbereich dieses Gesetzes, ausgenommen Strafsachen, weiters das Recht, gegen letztinstanzliche Bescheide, und das ist das, was hier in Bezug auf das Beschwerderecht beim Verwaltungsgerichtshof angeschnitten wurde, die Beschwerde beim Verwaltungsgerichtshof zu erheben. In Verfahren, in denen Gutachten der ASVK eingeholt wurde ist eben diese Berufungsbeschwerde auf die Bescheide beschränkt, die diesem Gutachten widersprechen. Ich glaube, und das ist die Meinung auch unserer Fraktion, dass die Vorgangsweise der Übergangsbestimmungen mit den Drei-Jahres-Schritten durchaus sinnvoll ist, die Evaluierung ist hier auch schon angeschnitten worden, die Vorgangsweise scheint aus unserer Sicht nach wie vor die richtige (*Applaus ÖVP*).

GRin. Dipl.-Ing. Mag.^a **Grabe**: Wie schon erwähnt wurde, haben wir auf Landesebene ja auch die Argumentation der KPÖ unterstützt, dass es die Ausweitung erstens auf alle Zonen geben soll, zweitens jetzt und inhaltlich auch ausgeweitet, dass es nicht um reinen Objektschutz geht, sondern auch Ensembleschutz, dass also die Gebäude auch in ihrer Gesamtheit betrachtet werden. Wie die letzten Beispiele gezeigt haben der letzten Jahre, die auch zitiert worden sind, ist es dringlich, dass hier Maßnahmen zum Schutz der Altstadt ergriffen werden, wobei die Altstadt sich eben nicht nur auf oder die schützenswerte Altstadt auf den Bericht der inneren Stadt und Umgebung beziehen soll, sondern eben, wie erwähnt, auf sämtliche Schutzzonen, denn auch im Lend, auch in Jakomini, auch in Leonhard gibt es sehr wohl schützenswerte Gebäude und Ensembles. Der Zeitraum bis zur Ausweitung, wie er vorher von Karl-Heinz Herper auch zitiert wurde, erscheint uns einfach zu lang, denn es muss jetzt etwas geschehen, es soll ab gleich gelten, denn in diesem Zeitraum von ein paar Jahren kann sehr viel geschehen und viel von diesem Geschehenen wird nicht wieder ungeschehen gemacht werden können. Deswegen stimmen wir der Dringlichkeit zu (*Applaus Grüne*).

GR. Mag. **Fabisch**: Ich bedanke mich bei Frau Kollegin Grabe für die Zustimmung. Ich kann mit der Position der Sozialdemokratie allerdings sehr wenig anfangen. Ich erinnere an die durchwachsene Einstellung dieser Faktion zu diesem Thema, das ist noch nicht so lange her, dass hier Frau Kollegin Sprachmann und Herr Kollege Haßler für ein Objekt klar Position bezogen haben, das sich in Straßgang befindet. Ihr widersprecht euch, liebe Kollegen, wieder einmal selbst. Das ist der Stil der Sozialdemokratie. Was davon am Lendplatz zu halten ist, sehen wir, ich möchte es fast schon als Abbruchorgie bezeichnen. Der Lendplatz, von der ASVK noch bezeichnet als Ort mit biedermeier-vorstädtischem Flair, ist gerade dabei, das zu verlieren und da hat die Sozialdemokratie in den letzten Jahren nichts dagegen getan. Zur Volkspartei möchte ich nur eines sagen, Sie gerät sicher nicht in Verdacht, sich in diesem Thema zu profilieren. Die einzig konservative Kraft, das heißt: bewahrende Kraft in Graz zu diesem Thema, das sind die Kommunisten. Ich möchte die ÖVP an ihre Schwesterpartei in Deutschland erinnern, die nach dem zweiten Weltkrieg ein sehr fortschrittliches Programm, zumindest auf dem Papier verfasst hat,

mit dem Kernsatz, Eigentum verpflichtet. Ich bitte auch daran zu denken. Dankeschön (*Applaus KPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Bürgermeister erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

8) Keine Übertragung der Wirtschaftsbetriebe und des Kanals an die Graz AG

GRin. **Bergmann** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. **Bergmann**: Sehr geehrte Damen und Herren! Die Grazer Wirtschaftsbetriebe haben sich in den vergangenen Jahren zu einem kommunalen Vorzeigebetrieb mit hoch motivierten Mitarbeitern entwickelt. Trotzdem kommen immer wieder Berichte über Pläne, die Wirtschaftsbetriebe und auch den Kanal in die Graz AG der früheren Stadtwerke AG zu übertragen.

Ich frage mich, aus welchem Grund sollte dies notwendig sein (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*)?

Nach der Ausgliederung der Stadtwerke und dem Verkauf des Energiesektors kam die Stadtwerke AG immer wieder finanziell in Turbulenzen. Ganz offensichtlich dabei ist die Schwierigkeit, den öffentlichen Verkehr zu finanzieren. Gab es in der Vergangenheit die Einnahmen aus dem Energiebereich, mit welchem die Verluste des öffentlichen Verkehrs wettgemacht werden konnten, so muss heute die Stadt dafür zusätzliches Geld in die Hand nehmen.

Bei der letzten Stadtregierungssitzung am Dienstag zum Thema Budget wurde ganz klar unter anderem auch der Verkehrsdienstleistungsvertrag in Höhe von 50 Millionen Euro jährlich, welche die Stadt an die Graz AG zahlt, als eine Ursache für das Steigen des Budgetdefizits genannt.

Die Überlegungen, für die Stadtwerke neue gewinnbringende Geschäftsfelder zu schaffen, haben immer wieder auch in der Vergangenheit die Wirtschaftsbetriebe und den Kanal ins Gespräch gebracht. Nun soll dies laut Koalitionsvertrag Tatsache werden.

Nach einer Ausgliederung gibt es jedoch keine demokratische Kontrolle durch den Gemeinderat mehr. Das würde auch bedeuten, dass die Stadt Graz den Einfluss auf die Tarifgestaltung bei den Müll- und Kanalgebühren verliert und natürlich auch Einnahmen für den städtischen Haushalt. Weiters ist die Privatisierung von lukrativen Teilbereichen, wie in der Vergangenheit das Beispiel Energie Graz zeigt, in der Zukunft zu erwarten, um einmalige Gelder zur Budgetfinanzierung zu bekommen. Immerhin ist Müll heute ein begehrtes Wirtschaftsobjekt.

Ein weiterer Punkt wurde bei der Stadtregierungssitzung angesprochen. Effiziente Personalbewirtschaftung, eine neue Wortwahl. Dies wird mit der Ausgliederung der Wirtschaftsbetriebe und des Kanals auf alle Fälle erreicht. Für die Beschäftigten jedoch sind wesentliche Verschlechterungen zu erwarten.

Die Personalkosten werden nur verlagert, die Stadt zahlt die Rechnung so oder so.

Das ist weder im Interesse der Grazer Bevölkerung noch der Beschäftigten der betroffenen kommunalen Betriebe und auch nicht im Interesse des Gemeinderates als politische Vertretung der Bürger und Bürgerinnen. Wir haben bei den Stadtwerken bereits ein negatives Beispiel dafür, wohin Umfärbelungsaktionen und intransparente Vorgangsweisen führen können.

Ich stelle daher im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

In einer der nächsten Sitzungen wird dem Gemeinderat ein umfassender Bericht hinsichtlich der Auswirkungen der geplanten Ausgliederung der Wirtschaftsbetriebe und des Kanals an die Graz AG vorgelegt (*Applaus KPÖ*).

GR. **Herper** zur Dringlichkeit: Also, Ina, ich bin dir und deiner Fraktion sehr dankbar, dass du diesen dringlichen Antrag stellst, denn das, was sich da auch im Zusammenhang mit der Graz AG in den letzten Wochen medial abgespielt hat, geht ja auf keine Kuhhaut. Das schädigt den Marktwert, das schädigt das Image der vormaligen Stadtwerke, jetzige Graz AG, belastet die Bediensteten und wirft kein gutes Licht auf jene, die hier Verantwortung tragen. *Unverständlich...*über Personalaktion oder Rochaden und Durchstechereien medialer Art, wo Dinge aus dem intimen Kreis oder Briefverkehre wiedergegeben werden in Medien, das ist ja wirklich eine Situation. Ich verstehe, dass die Vizebürgermeisterin auch zwischendurch sagt, ihr ist der Geduldsfaden gerissen und sie entsprechende Aufklärung verlangt. Deswegen finde ich den Dringlichen so wichtig und notwendig, wir werden ihn unterstützen, wir werden ihn nämlich sowohl dringlich als auch inhaltlich unterstützen und noch etwas schärfer fassen, etwas konkreter machen, was die Ina im Motivenbericht dargelegt hat. Nämlich mit einem Abänderungsantrag, dass wir auf Grund der Informationen, die wir in der Regierungsklausur bekommen haben und jetzt wissen, dass am 16. Oktober eine mittelfristige Budgetplanung vorzulegen sein wird seitens der Regierungskoalition, wir in dieser Oktobersitzung, also am 16. Oktober, einen umfassenden Bericht hinsichtlich der Auswirkung einer möglichen Ausgliederung der Wirtschaftsbetriebe und des Kanals verlangen, insbesondere betreffend die finanziellen Auswirkungen für die Grazerinnen und Grazer in Bezug auf allfällige Kostenveränderungen, betreffend die Auswirkung einer solchen Ausgliederung für die Bediensteten dieser Einrichtungen in dienst- und besoldungsrechtlicher Hinsicht und betreffend die Auswirkungen auf die Gebühren und Vorschreibungssituation für die Grazer Haushalte. Danke (*Applaus SPÖ*).

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Sehr geehrte Damen und Herren! Es gibt Themen, die sehr wichtig sind, die sehr ernst diskutiert gehören, die genau angeschaut gehören. Dieses Thema ist zum Beispiel, wie organisiert man Graz, das Haus Graz, ausgegliederte Betriebe neu. Für solche Themen ist eines etwas ganz eindeutig nicht geeignet, dringliche Anträge. Das ist ein Thema, was einfach genau angeschaut gehört, wo es geht, Konzepte zu erarbeiten, wo es gilt, Ruhe hineinzubringen, selbstverständlich sind die Mitarbeiter in den Betrieben verunsichert, warum, durch solche dringliche Anträge, durch Wortmeldungen da rundherum, hier bedarf es einfach einer strukturellen Arbeit. Mich wundert dieses Vertrauen der Antragsteller an die Graz AG. Ich bin nicht so überzeugt, dass dort alles effizient ist, das muss man sich genau anschauen, hier muss man Strukturen schaffen und prüfen...

Zwischenruf GR. Grosz: Rücker ist stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende.

Dr. **Wohlfahrt**: Ja, wie lange gibt es diesen Betrieb und wie schnell glaubt da jemand, dass man das ändern kann? Es ist ein kleiner Wunderwuzzi und wenn er sagt, alles ist neu, so einfach geht es halt nicht, das sind einfach schwerwiegende Probleme, wo man einfach Zeit benötigt, das zu ändern. In diesem Sinne wird die Grüne Fraktion die Dringlichkeit des Antrages eindeutig ablehnen, das Thema ist wichtig, am Thema wird gearbeitet und wir werden dazu berichten (*Applaus Grüne*).

GR. Mag. **Frölich**: Hoher Gemeinderat, Herr Bürgermeister, geschätzte Frau Klubobfrau! Es war heute Vormittag im Finanzausschuss, als Sie Ihre Stimme zu einem Schritt der Eingliederung in die Stadt, wir haben von einer hochprofitablen Großtochter Gesellschaftsanteile erworben und in unserem Messecenter Genossenschaft aufgenommen, das war ein Ergebnis aus einer klaren Untersuchung der Vorteile, die es uns bringen könnte, diesen Schritt zu gehen. Wie überhaupt ich glaube, Kollege Wohlfahrt, da bin ich ganz bei Ihnen, man muss über alles

nachdenken dürfen, aber es wird Ihnen auch nicht entgangen sein, es gibt ein ganz klares Bekenntnis der Frau Vizebürgermeisterin und des Herrn Bürgermeister bei allem, was getan werden sollte oder müsste, es gilt, und das ist vereinbart und es wird immer der zuständige Stadtsenatsreferent, es werden die Zuständigen und Betroffenen als Allererste informiert, wenn Untersuchungen Pro- und Contraerwägungen, in welche Richtung auch immer zu Verlagerungen von Beteiligungen oder Eingliederungen oder Ausgliederungen führen sollten. Im Moment gibt es weder Prüfungen, es gab keine Prüfungen, es sind keine konkreten Schritte im Gange und daher wird auch von unserer Fraktion die Dringlichkeit hier abgelehnt. Danke (*Applaus ÖVP und Grüne*).

GRin. **Bergmann:** Wir haben uns diese Situation genauso vorgestellt. Zur Grünen Fraktion möchte ich eines bemerken. In der Vergangenheit wurden wie in so vielen Dingen andere Töne angeschlagen und ich kann mich noch sehr gut erinnern, Sigi, wie oft du hier gestanden bist und genau dieses Wort, was jetzt dein Kollege gesagt hat, eigentlich kritisiert hast, das Thema ist wichtig, aber die Dringlichkeit werden wir ablehnen. Und zwar welche Möglichkeit hat man hier im Gemeinderat, ein Thema zur Diskussion zu bringen, ohne dass man einen dringlichen Antrag einbringt? Das heißt, wir haben in der Vergangenheit viel zu oft die Erfahrung gemacht, dass hier Themenstücke eingebracht wurden, wo wir dann überfahren wurden, wo das ganz schnell gegangen ist, wo wir eigentlich hier im Gemeinderat keine Möglichkeit gehabt haben, über wichtige Themen zu diskutieren. Überhaupt einmal einen Austausch zu machen, das heißt, wir wurden dann immer vor die Tatsachen gestellt. Und genau das ist auch das, warum wir diesen dringlichen Antrag hier und jetzt einbringen, weil wir genau wissen, dass auch mit der Budgetarbeit, mit der mittelfristigen Finanzplanung, wie es der Karl-Heinz auch schon gesagt hat, ganz einfach in allernächster Zeit zum Thema gemacht wird und wir ehrlich gesagt das Vertrauen nicht haben, dass wir über diese Schritte hier informiert werden und dass wir überhaupt zu Informationen kommen. Bei den Stadtwerken, bei der Graz AG ist die Situation wie schon oftmals angesprochen, dass der Aufsichtsrat ausschließlich von den Koalitionsparteien besetzt ist, das heißt, auch hier kommen kaum Informationen an die Oppositionsparteien und genau das wollen wir hier mit diesem Antrag eben

unterbinden, sodass der Gemeinderat als gesamte Institution über diese Vorgänge und über diese wichtigen Schritte hier informiert wird. Zum Kollegen Frölich möchte ich sagen, ich glaube, eines ist für uns als KPÖ-Fraktion immer klar gewesen, wir haben uns immer gegen die Messe ausgesprochen. Bei der Messe muss sich die Wirtschaft engagieren und so wie es momentan ist, hat die Stadt also die absolute Mehrheit mit einer 80%-Beteiligung und da frage ich mich schon, warum engagiert sich die Wirtschaft in dieser Messegenossenschaft nicht mehr, wo es doch ihr ureigenstes Interesse sein muss (*Applaus KPÖ*). (*Unverständlich*)...einen Teil hat Interesse natürlich die Stadt, das möchte ich hier nicht absprechen, aber wirklich dort kann es nur eine Minderheitsbeteiligung sein und es macht uns schon stutzig, wenn dann private Wirtschaftstreibende praktisch nicht mehr mitgehen und die Stadt sozusagen alles auffangen soll, das möchte ich eigentlich nur dazu deponieren (*Applaus KPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Bürgermeister erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

9) Durchführung einer Volksbefragung zum Moscheenbau

GR. **Sippel** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Sippel**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Mein Thema behandelt mit Sicherheit die Dringlichkeit, das ist einmal, glaube ich, vordergründig, gerade jetzt in einer Zeit, wo man vermehrt in Kontakt mit den Bürgern steht und die Sorgen und Ängste auch wirklich wahrnimmt, merkt man, was die wirklichen Sorgen diesbezüglich in der Grazer Bevölkerung auch sind. Wir haben medial und das auch im schwarz/grünen Regierungsübereinkommen und die

eigentlichen Wahlversprechen der ÖVP feststellen müssen, dass Schwarz/Grün sich für den Bau einer Moschee in Graz einsetzt.

Sakralbauten dieser Art, Moscheen mit oder ohne Minarette sind jetzt aber nicht nur herkömmliche Bauvorhaben, sondern sind auch politische Signale.

Das muss man auch in diesem Sinne dann in der politischen Dimension beurteilen. Die Frage, die sich hier auch grundsätzlich stellt, ist, braucht eine säkularisierte Gesellschaft, wie wir sie ja Gott sei Dank seit zwei Jahrhunderten haben, wo Religionen aus vielen, fast allen Bereichen des Staates verdrängt sind, zusätzliche Sakralbauten? Und sollte man nicht auch die Frage stellen, ob das nicht falsche Signale an bestimmte Teile der Bevölkerung sind? Es geht ja grundsätzlich auch darum, einen derartig wichtigen und grundlegenden Eingriff in das Stadtbild, in das Erscheinungsbild unserer Stadt darstellt, dass so eine Entscheidung nicht ohne ein entsprechendes Bürgervotum stattfinden darf.

In der Bevölkerung, wenn man hineinhört, gibt es viele kritische Stimmen und die gilt es einfach zu hören. Es besteht vielfach der Wunsch, auch hier persönlich die Meinung zu diesem Thema kundtun zu dürfen.

Ich glaube auch, innerhalb oder vor einer Volksbefragung ergibt sich dann für alle Seiten die Möglichkeit, hier auch alle positiven und negativen Aspekte dieses Vorhabens aufzuzeigen. Solche grundlegende Maßnahmen sind in der demokratischen Willensbildung oder bedürfen einer demokratischen Willensbildung, der sie unterzogen gehörten. Auch nicht zuletzt deswegen, um den sozialen Frieden in Graz nicht zu gefährden. Und es geht hier, und das ist der Sinn, mit diesem Bürgervotum eine Entscheidungsgrundlage für jedwedes weitere Vorgehen herbeizuführen. Ganz egal auf welcher Ebene das dann auch in weiterer Folge behandelt wird, baurechtlich oder sonst irgendwie, aber es geht einfach um eine Entscheidungsgrundlage, um eine Wegweisung und um mehr geht es in diesem Antrag nicht.

Deshalb stelle ich auch namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat wolle beschließen, im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten, eine Volksbefragung durchzuführen und die zuständigen Stellen mit der raschen Umsetzung derselben zu beauftragen.

Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle weiters beschließen, dass gegenständliche Volksbefragung wie folgt formuliert wird:

„Sind Sie dafür, dass im Stadtgebiet der Landeshauptstadt Graz eine Moschee errichtet wird?“ (*Applaus FPÖ*).

Zwischenruf GR. Mag. Kvas: Jetzt gibt's Saures.

GRin. **Binder** zur Dringlichkeit: Würstelbudeatmosphäre nehme ich wahr, eh schon seit einiger Zeit da hinten, aber es sei euch unbenommen.

Zwischenruf GR. Grosz: Man kann es einer Oberlehrerin halt nicht Recht machen.

GRin. **Binder**: Ja, Herr Klubobmann Sippel, Sie haben Recht, dieses Thema hat eine politische Dimension, die richtig zu beurteilen ist. Wie halt so viele Themen, aber selbstverständlich auch dieses. Lassen Sie mich erstens einmal Folgendes sagen: Der Antisemitismus war wahrscheinlich die älteste Form der Diskriminierung auf Grund einer religiösen Zugehörigkeit. Wie der Antisemitismus, na der hat ja nicht geendet, aber welche Auswirkungen er hatte, wissen wir, rauchende Schloten in Konzentrationslagern und Vernichtungslagern. Zweitens: Gerechtigkeit. Gerechtigkeit ist ein zentraler Begriff unserer Gesellschaft und ist auch so etwas wie ein moralisches Kriterium für menschliches Zusammenleben. Und auch die Menschenrechte stellen sozusagen eine Definition dar in einem Dreieck Freiheit –

Gleichheit – Gerechtigkeit. Die Justitia hat verbundene Augen, das heißt, das Symbol ist, Gerechtigkeit zu finden, ohne zu sehen, um welche Person oder um welche Personengruppen es sich handelt. Drittens: Anders als der Rassismus ist das Identifizierungsmerkmal der Diskriminierung in der Religion nicht die Hautfarbe, aber Merkmale oder ein wesentliches Merkmal dabei ist eben die Zuschreibung einer gesamten Gruppe von Menschen, wobei das Individuum auf seine Zugehörigkeit zu einer Gruppe reduziert wird. Und es ist schon klar, verstärkt durch so globale Ereignisse wie der Nahost-Konflikt oder auch sowieso die internationale Migrationsbewegung sind dazu angetan, dass Muslime vermehrt Diskriminierung auf Grund ihrer religiösen Zugehörigkeit hinnehmen müssen. Die Islamfeindlichkeit ist in der öffentlichen Debatte etabliert, da haben die Medien ihren Anteil, alles was fremd ist, ist bedrohlich und rückständig und Muslime werden immer wieder sozusagen oder dienen immer wieder als Projektionsfläche von Vorurteilen, Klischees und Stereotypen. Wenn Sie sagen in Ihrem Antrag, die Bevölkerung sollte eigentlich mitreden können und drum machen wir doch eine Volksbefragung. Dann komme ich noch einmal darauf zurück, wo ich den Begriff Gerechtigkeit kurz angeschnitten habe und die Menschenrechte. Denn, wie Sie ja auch wissen, in der Europäischen Menschenrechtskonvention ist es sehr klar festgelegt, dass die anerkannten Religionen ein Recht auf öffentliche Ausübung ihres Glaubens haben. Aber das ist nicht nur in der Menschenrechtskonvention festgelegt und wir haben sie ja ratifiziert, es ist eben auch gerecht, was der einen Religionsgemeinschaft zusteht, der anerkannten, muss der anderen auch zustehen. In Österreich leben 340.000 MuslimInnen, das sind 4,2 %, die Musliminnen und Muslime sind die größte Religionsminderheit in Österreich. Und der Islam ist eine Religion, in der es ein breites Spektrum an Meinungen und Sichtweisen gibt und Religionskritik muss in unserer Gesellschaft möglich sein, das ist zweifelsohne so. Aber diese Kritik darf nicht dazu dienen, einer ganzen Gruppe ein Recht zu verwehren, wenn ich nur ein Beispiel nenne, wo Ihre FPÖ und andere rechtsradikale Gruppen sehr negativ die Menschen aufgehetzt...

Zwischenruf GR. Grosz: Herr Bürgermeister, Ordnungsruf.

GRin. **Binder**: Und andere rechtsradikale Gruppen, genau.

Zwischenruf GR. Grosz: Das heißt, die FPÖ ist auch eine rechtsradikale Gruppe.

GRin. **Binder**: Horchen Sie mir zu, Herr Grosz, dann werden Sie vielleicht eine andere Interpretation auch zulassen für sich selber. Wien-Brigittenau ist so ein Beispiel, wo die FPÖ enorm mobilisiert hat und enorm negative Stimmung gemacht hat, ja, ich denke, das würde Ihnen schon auch ein bisschen gefallen und das reizt Sie, das auch in Graz zu machen. Aber die demokratische Öffentlichkeit in Graz, hoffentlich, und auch davon bin ich übrigens überzeugt, wird Ihnen diese Möglichkeit nicht geben. Insofern wird es Sie nicht verwundern, dass die Grüne Fraktion Ihrem Antrag und auch nicht der Dringlichkeit zustimmen wird, denn ich sage Ihnen nur ein Beispiel. Heute müssen viele Musliminnen und Muslime in Graz ihr Gebet versteckt verrichten, erinnert mich an die Christenverfolgung in den Katakomben, versteckt in Räumen, ohne sichtbar machen zu können durch ein Gebetshaus, wohin sie gehören und was eines ihrer wichtigen Symbole ist. Und dazu eine Volksbefragung machen zu wollen, ist wohl ein geschmackloser Gipfel Ihres Populismus (*Applaus Grüne*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Frau Klubobfrau, ich verstehe durchaus die Verärgerung einiger hier im Gemeinderatssaal, dass von Ihnen die Bemerkung gefallen ist, die FPÖ und andere rechtsradikale Gruppen.

GRin. **Binder**: Nur als Aufzählung.

Zwischenruf GR. Grosz: Üble Nachrede.

Bgm. Mag. **Nagl**: Sie meinen es im Sinne von Aufzählung.

GR. **Herper**: Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen! Also, Armin Sippel, da kommen wir sicher nicht zusammen, das hat sich schon gezeigt auch, wie unsere beiden Bundesparteiohleute da diskutiert haben, da gibt es eine klare Kante des Unterschieds zwischen der FPÖ und der SPÖ und anderen Parteien. Wir sind für die Gemeinsamkeit, das prägt immer meinen Sinn seit 20 Jahren, dessen Fest wir ja übermorgen feiern des Friedensbüros von Graz. Diese Fragen des Miteinander, des Friedens in der Stadt prägen mich mehr als der Versuch, vorhandene Ängste zu fördern, zu stärken und vor allem vor Wahlkämpfen noch den Zunder dazuzugeben, um Feuer zu schlagen. Es hat sich schon bei der letzten Gemeinderatswahl gezeigt, dass solche Äußerungen deiner Spitzenkandidatin eher negative Auswirkungen landauf, landab, Inland, Ausland gegeben haben und eigentlich eure Chancen gemindert haben, weil die Grazerinnen und Grazer vernünftiger sind, als nur Feuer zu schlagen und Vorurteile auszubeuten und Ängste zu schüren. Es beschäftigt sich seit Jahren die vernünftige, ein großer Kreis, vor allem in der zivilbürgerlichen Gesellschaft mit diesen Fragen, ein guter Kreis von couragierten Mitbürgerinnen und Mitbürgern, die sich seit Jahren mit der Frage beschäftigen, weil es geht ja um eine seit 104 Jahren öffentlich-rechtlich anerkannte Religionsgemeinschaft in Österreich, die zu Zeiten der Monarchie öffentlich-rechtlich anerkannt worden ist mit allen Rechten und Pflichten, wie jede andere offizielle Religionsgemeinschaft in Österreich auch. Und diesen Rechten und Pflichten unterziehen sich unsere muslimischen Mitbürgerinnen und Mitbürger, gar keine Frage, und es geht darum, ihnen die Möglichkeit zu ihrer Identität zu geben, zur Integration, zur Partizipation und ihre rechtliche Gleichstellung zu ermöglichen. Wie Sigi Binder richtigerweise gesagt hat, geht es nicht darum, sie sozusagen zur Schau zu stellen und zu denunzieren, sondern es geht darum, sie aus den Hinterhöfen herauszuholen. Ich stimme zu all jenen, die dafür votieren, den Islam im Raume der Europäischen Union, in Europa zu

europäisieren. Die Rückwärtsgewandtheit zur Vorwärtsgewandtheit zu wandeln mit ihnen gemeinsam, nämlich zur Moderne, zu demokratischen Rechten, zu Frauenrechten, zu vielen Menschenrechten, die wir seit dem Erkenntnis der allgemeinen Menschenrechte Ende der 40er Jahre als unsere gültige Richtschnur anerkennen. Der interreligiöse Beirat kümmert sich um diese Fragen seit langem in der Gemeinschaft der Religionsgemeinschaften, es kümmert sich das Bürgerkomitee darum, darunter Altbürgermeister Stingl, Stadtrat Strobl, viele andere ehrenwerte Persönlichkeiten, die sich dieser Frage zuwidmen und ich möchte nicht, dass dieser Spalt von euch vorangetrieben wird. Ich sage das auch deshalb, weil im Motivenbericht drinnen steht, also ich spreche nicht dem Neoheidentum das Wort, ich bin selber als Vorsitzender der Gesellschaft Christentum und andere Religionsgemeinschaften immer der Ansicht gewesen, auch die Religionsgemeinschaften haben seit der französischen Revolution, seit der Moderne, ihren Weg der Wandlung, des Miteinanders, des Miteinanders in der Gesellschaft auch unter oft schwierigen Umständen und unter Einbußen ihre Glaubwürdigkeit wiedererlangt und stellen nicht nur historisch seit tausend Jahren, sondern sie stellen auch einen wertvollen und wichtigen Beitrag in unserem Gesellschaftsleben. Und das gilt für alle großen Religionsgemeinschaften. Und wenn du hier schreibst, ein zusätzlicher Sakralbau sei das falsche Signal an bestimmte Teile unserer Bevölkerung gewesen, was war den diese große Initiative der großen Religionsgemeinschaften in der Steiermark, die große Initiative von Persönlichkeiten, von politischen Parteien für die Wiederrichtung der Synagoge? Es war doch ein selbstverständliches Zeichen, ein menschliches, ein deutliches Zeichen, dass wir gelernt haben aus 1938 bis 1945 und dasselbe gilt es auch auf neuere Zeit und neuere Verhältnisse umzulegen. Wenn wir eine Moschee als einen Begegnungs-, Kultur- und Betraum sehen, dann ist es einer öffentlich-rechtlichen Religionsgemeinschaft nur billig und recht, diese Rechte zu haben, wie alle anderen auch. Und deswegen werden wir diesem Dringlichen die Zustimmung verwehren und ich appelliere nochmals, es wird eh nutzlos sein, aber nicht immer vor Wahlgängen den Zunder anzulegen und das Feuer hineinzuworfen, weil ich glaube, es wird euch nichts bringen und die Grazerinnen und Grazer sind vernünftiger als vielleicht anderswo, denn sie wissen es, dass wir gemeinsam diese schöne Stadt Graz gemeinsam erleben wollen in ihrer Vielfältigkeit und ihrer kulturellen und vielfältigen Identität. Danke (*Applaus SPÖ und Grüne*).

StRin. Mag.^a **Fluch**: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Grazer ÖVP wird diesem dringlichen Antrag der FPÖ nicht zustimmen, weil er aus unserer Sicht in keiner Weise die gebotene Ernsthaftigkeit an den Tag legt, die einfach mit einer sehr sensiblen Frage, die das Zusammenleben von Menschen verschiedener Herkunft und auch verschiedener Religionen in Graz betrifft, geboten ist. Ich kann es mir sparen, jetzt noch einmal auf ein paar Dinge einzugehen, die von den beiden Klubobleuten schon angesprochen worden sind, dass ein gewisser Geist des Wahlkampfes bei diesem Thema hereinweht, dass es einfach dem entgegentreten gilt, das Bevölkerungsgruppen stigmatisiert werden oder auch Gruppen auseinanderdividiert werden. Ich bemühe mich sehr, meine Worte sehr bedacht zu wählen und in diesem Sinne der Klubobfrau in einem Punkt doch zu widersprechen, weil ich denke, dass gerade bei einer Debatte, die darauf abzielt, dass wir einen respektvollen Umgang miteinander pflegen und in Fragen, die nicht nur in Österreich, sondern darüber hinaus in Europa, in der ganzen Welt immer wieder dazu führen, dass wirklich Munition geliefert wird, auch in unseren eigenen Worten sehr vorsichtig sind. Und deshalb schließe ich mich deiner Formulierung „der FPÖ und anderer rechtsradikaler Gruppierungen“ keinesfalls an (*Applaus FPÖ und BZÖ*), das ist für mich eine Art, wie man sozusagen auf der anderen Seite auch Emotionen schürt. Inhaltlich bin ich bei dir und ich darf trotzdem in meiner Argumentation zuerst einmal zwei formale Antworten geben, ich gehe dann durchaus auch inhaltlich auf die Frage ein. Klar ist, es gibt kein Projekt, das vorliegt. Nach meinem Wissensstand ist nirgendwo an einem konkreten Platz oder Privatgrundstück daran gedacht, dass wir in Graz eine Moschee bauen, denn es gibt Eigentumsrechte, es hat niemand von uns sozusagen eine Freude, wenn der Nachbar, wenn ihm das Erkerchen oder der Spitzturm nicht gefällt, festlegen könnte, was und wie dort gebaut werden dürfte. Also noch einmal, es gibt kein konkretes Projekt. Zweitens: Es gibt in unserer Republik natürlich das Menschenrecht auf freie Religionsausübung, ich habe heute von Seiten der FPÖ etwas ganz Erstaunliches gehört, nämlich aus der Säkularisierung der Bevölkerung abzuleiten, Armin, dass irgendwie Kirchenbauten nicht mehr nötig oder nicht mehr für die Stadt gebührend eingeschätzt würden, das läuft sozusagen auf ein Kirchenverbot hinaus, das mich von Seiten der FPÖ absolut wundert und ganz sicherlich nicht unserer Einstellung entspricht. Ich weise nur darauf hin, dass natürlich die Frage, wie einzelne Religionsgemeinschaften nebeneinander bestehen konnten, ja durchaus eine alte Frage ist. Ich habe heute im Klub gehört, dass zum

Beispiel die evangelische Kirchengemeinde am Kaiser-Josef-Platz lange darauf warten musste, einen Turm errichten zu dürfen, weil es damals auch zwischen katholischer und evangelischer Kirche um die Turmbauten gegangen ist, also diese Geschichten, die haben eine lange, lange Tradition, von der ich sage, ich habe eigentlich gehofft, dass wir in Graz mittlerweile ein Stück weiter sind. Nicht zuletzt auch, weil wir in Graz den interreligiösen Dialog hatten, nicht zuletzt auch, weil 2003 dem Thema des Zusammenlebens besondere Schwerpunkte gewidmet hat. Die Errichtung der Synagoge als ein Bauwerk, das europaweit und darüber hinaus sozusagen uns als Graz in die positiven Schlagzeilen gebracht hat, ist schon erwähnt worden, wir haben in Graz eine aktive buddhistische Gemeinde mit einer Stupa, bei deren Einweihung, glaube ich, viele von uns auch durchaus mit Freude dabei waren. Die ...Kirche hat ihre eigenen Gebetsräume, es gab eine ... und das waren nicht irgendwelche Fanatiker mit Rauschebärten, das sind hochgebildete, bestens integrierte Menschen, die über eine europäische Form des Islam nachdenken und darüber, gerade hier in unserer Stadt auch den Dialog und den Austausch gesucht haben. Das heißt, wir haben hier in unserer Stadt Graz eine gute Tradition von der ich denke, dass wir daran unbedingt anknüpfen müssen. Das heißt, warum spreche ich jetzt denn doch von einem Bau eines Gebetshauses in Graz, wenn es nicht einmal ein Projekt gibt. Deshalb, weil ich denke, dass die Aussage unseres Bürgermeisters, die er immer wieder in Gesprächen getätigt hat eine sehr wichtig ist. Es geht in diesen Fragen darum, jene Muslime zu stärken, die den Islam europäisieren und nicht jene, die Europa islamisieren wollen, das ist der entscheidende Unterschied (*Applaus ÖVP*). Und es geht auch nicht sozusagen um ein Auseinanderdividieren, sondern es geht um das Miteinanderleben hier in Graz, auch mit einer großen Anzahl von Muslimen, die auf Konsens ausgerichtet sind, die im Übrigen in vielen Berufen, die für uns sehr wichtig sind und die auch sehr prestigeträchtig sind, aber wirklich von den Pflegeberufen bis zur Wissenschaft, unter uns leben und bestens integriert sind. Davon sprechen wir, wenn wir davon sprechen, dass vielleicht eine islamische Gemeinde daran denkt, ein Kulturzentrum und ein Gebetshaus zu errichten. Ein paar Ausführungen seien mir bei dieser Frage noch gestattet. Graz hat insofern auch eine besondere Rolle, als auch Österreich in der Frage des Umgangs mit dem Islam eine andere Tradition hat als auch andere europäische Länder. Der Hintergrund ist, dass Bosnien, das ja Teil der österreichisch-ungarischen Monarchie war, sich die Bosniaken sozusagen als

besonders kaisertreu erwiesen. Das war mit der Hintergrund, warum der Islam in Österreich, in europäischer Perspektive gesehen, sehr früh anerkannt wurde, vor fast 100 Jahren. Damit ist der Islam seit 1912 eine offiziell anerkannte Glaubensgemeinschaft in Österreich, das ist eine lange Tradition, länger als in anderen europäischen Ländern. Ein weitere Grund, warum es heute hier in Graz besonders viele Muslime gibt ist, dass im Krieg im ehemaligen Jugoslawien wiederum besonders viele Menschen aus Bosnien den Weg nach Graz gefunden haben und seitdem hier leben und zwar bestens integriert leben. Ich kenne eine Zahl, wonach 70 % der Muslime in Graz sozusagen aus dem bosnischen Raum stammen, eine enorme Zahl, aber wie gesagt eine Besonderheit von Graz. Es gibt sozusagen diese Sichtweise, dass die Richtung eines islamischen Kulturzentrums mit einem Gebetshaus, einer Gebetsmöglichkeit, wie sie in vielen anderen Ländern Europas bestehen, den Respekt aller Christen und auch der andersgläubigen Grazerinnen und Grazer vor dem Islam sichtbar dokumentieren könnten und sehr gut an diese Tradition anknüpfen könnten. Das heißt, dass ein solches Kulturzentrum mit einem Gebetsraum unsere Unterstützung haben könnte, wenn eben gewährleistet ist, dass es genau um diese integrativen Kräfte geht. Klar ist, dass niemals daran gedacht ist, dass die öffentliche Hand ein Gebetshaus errichtet, sondern da geht es darum, dass es vielleicht wie anders wo auch, Sponsoren gibt. Entscheidend wäre, wer würde so ein Zentrum leiten, wir sprechen von integrierten Muslimen, wir sprechen von jenen, die sozusagen bei der europäischen Imamkonferenz auch ihre Grundsätze dargelegt haben, ich möchte empfehlen, diese Grundsätze auch einmal nachzulesen im Internet, die sind eine europäische Ausprägung des Islam und sind durchaus beachtenswert. Ich möchte noch einmal dazusagen, dass ich denke, dass wir einerseits an eine lange österreichische Tradition anknüpfen, wenn wir diesem Thema offen gegenüber treten. Wir haben eine spezielle Grazer Tradition, an die wir anknüpfen, wenn wir uns auch in solchen Fragen um ein Miteinander und um eine integrative Vorgangsweise bemühen und nicht zuletzt bin ich als eine, die für das Bauwesen in Graz zuständig ist, eine, die denkt, es wäre schon spannend, eine Architekturhauptstadt Graz darüber nachdenken zu lassen, wie tatsächlich so ein islamisches Kulturzentrum auch mit einer Gebetsmöglichkeit in Graz aussehen könnte, die allein von der Planung her und vom Geist, der dahinter steht, der nicht nur getragen wird sozusagen von der muslimischen Gemeinde, sondern von allen Glaubensgemeinschaften, die in Graz sind, vielleicht auch eine Ausformung und eine

architektonische Gestaltung finden würde, die beispielhaft ist, von der andere Städte in Europa wieder einmal etwas von uns lernen können. Danke (*Applaus ÖVP*).

GR. **Grosz**: Hoher Gemeinderat, sehr geehrte Damen und Herren! Ich muss ehrlicherweise sagen, kann Ihnen nur zustimmen in großen Teilen, Frau Stadträtin Fluch, weil Sie wahrscheinlich zu diesem durchaus schwierigen Thema und kurzweilig durch die eine oder andere vollkommen unpassende Aussage, Frau Klubobmann Sigi Binder, die es bald eh nicht mehr ist, das ist der einzige Vorteil bei der Geschichte, die Emotionen hier hochgegangen sind. Ich verstehe nicht, Frau designierte Altklubobfrau, mit welcher Berechtigung Sie sich de facto hierher stellen und von demokratisch gewählten Parteien, und ich bin wirklich der letzte Verteidiger der FPÖ...

Zwischenrufe unverständlich.

GR. **Grosz**: Geht dann später zum Oktoberfest, aber jetzt tun wir noch ein bisschen reden. Bei diesem Thema dann zu so einer Wortwahl greift, wie FPÖ und andere rechtsextreme Gruppen. Offensichtlich haben Sie es nicht kapiert, was mich auch nicht wundert...

Bgm. Mag. **Nagl**: Herr Gemeinderat, ich habe eine Bitte, wenn Sie jetzt den Zeigefinger erheben und nichts anderes tun, als wiederum wirklich herausfordern, ist das nicht in Ordnung. Ich würde mir wünschen, wenn diese ganzen Bemerkungen einfach nicht vorkommen würden, wir wollen über ein Thema diskutieren und nicht persönlich Beleidigungen aussprechen (*Applaus ÖVP*). Ich bitte, das wirklich zu berücksichtigen.

GR. **Grosz:** Herr Bürgermeister, ich hätte mir wirklich gewünscht, dass Sie in der gleichen Schnelligkeit, in der gleichen Reaktion während der Rede der Frau Klubobmann Binder das unterbunden hätten, was sie vorher gesagt hat. Da wird immer mit unterschiedlichem Maß gemessen.

Bgm. Mag. **Nagl:** Herr Gemeinderat, auch das ist unerträglich und ich sage jetzt einmal ganz wichtig etwas, weil das ja Gemeinderatssitzung für Gemeinderatssitzung vorkommt und wir einen solchen Stil in diesem Gemeinderatssaal nicht hatten, bis du gekommen bist. Ich sage das auch ganz deutlich und ich habe auch da jetzt zuwarten wollen und nachdem da wieder mit alt und designiert und all diese Dinge gekommen sind, habe ich noch gewartet, aber wie „nicht kapiert“ gekommen ist, habe ich eingegriffen, bei der Kollegin Binder habe ich abwarten können, weil da war es eine Geschichte, die ich gebeten habe zu korrigieren und das ist der Unterschied und da wird weder geschlafen noch sonst was, sondern ich passe sehr gut auf und es wäre einfach einmal schön, wenn man den Stil ändern würde, ich glaube, der ganze Gemeinderat wünscht sich das wirklich eindringlich auch von dir (*Applaus ÖVP und Grüne*).

GR. **Grosz:** Ich finde jedes Wort zu dem Thema ohnedies zu viel. Aber jetzt zur Frau Binder, offensichtlich, und das Kapiere lasse ich weg, offensichtlich reden wir am Thema vorbei. Die FPÖ mag es vielleicht missverständlich formuliert haben. Die FPÖ mag auch dafür vielleicht den falschen Zeitpunkt gewählt haben, weil wie Stadträtin Fluch richtigerweise gesagt hat, derzeit nichts am Tapet liegt, dass wir über das diskutieren sollen. Die FPÖ mag auch in ihrem Antrag zwischen Islam und Islamismus verwechselt haben, es kann alles sein, aber dann muss man auch differenziert argumentieren Gegen das, was ich mich wehre, mit Händen und Füßen, auch unter Einbeziehung der Bevölkerung in Graz, sind Ausprägungen des Islamismus in Europa und auch in Graz. Ich brauche keine verummten Frauen, die unterdrückt werden, das brauche ich nicht, keine geschändeten Frauen, ich brauche keine Minarette, wo wir von Sicherheitsberichten teilweise wissen, dass gerade das

auch die Keimzellen für extreme Auseinandersetzungen, auch terroristische Auseinandersetzungen, sein können, die will ich alle nicht, ich bin selber Katholik, distanziere mich in aller Form vor Kreuzzügen und Mord und Totschlag, was im Namen der katholischen Kirche passiert ist. Aus dem Grund kann ich mich auch davon distanzieren, dass ich sage, ich erkennen den Islam, na selbstverständlich, an, als Religion wie jede andere Religion auch, der der volle Respekt entgegenzubringen ist. Wenn man sich den Koran durchliest, der nicht weit von der Friedensbotschaft des Christentums entfernt ist, na warum soll ich das nicht schätzen, aber dass im 21. Jahrhundert eine Religion, die sich Islam nennt, dazu missbraucht wird, um im Namen des Islamismus unsere europäische säkularisierte Zivilisation nachhaltig und empfindlich zu stören, dagegen wehre ich mich. Und Frau Klubobmann, vielleicht finden Sie in Zukunft Zeit, den Koran zu lesen und da werden Sie dann unter anderem drinnen entdecken, dass von Minaretten beispielsweise keine einzige Zeile in einer Sure drinnen steht, dass man unbedingt Minarette bauen sollte. Dass sogar der türkische Staatspräsident Erdogan, selbst ein überzeugter Muslime bekannt gibt, für uns sind die Moscheen und Minarette nur Zeichen unserer islamischen Botschaft der Weltherrschaft. Er hat gesagt, die Moscheen sind unsere Kuppeln, die Minarette sind unsere Speere und, und, und. Das ist für mich keine friedliche Botschaft in einem säkularisierten Europa. Dann sage ich nur noch eines, die Religionen in Österreich, und wir sind sehr stolz auf unsere Religionsfreiheit, erkennen, und das haben Sie alle gemeinsam, erkennen etwas an. Auf der einen Seite gebt dem Fürsten das, was des Königs ist oder gebt in dem Fall in einer Demokratie dem, was des Volks ist, was Gottes ist, das ist das Wesen des Säkularisierten und keine einzige Religion, auch in Österreich, wird sich jemals trauen können und sollte sich auch nicht trauen, sich über die Demokratie und die Freiheit der Menschen in unserem Land zu stellen. Sie reden offensichtlich dem Islamismus nach, ich rede der Religionsfreiheit nach, betone aber, dass ich jede religiöse Ausprägung auch in Österreich verhindern werde mit vielen anderen, die eine Religion dazu missbrauchen, um sie über unsere demokratischen Gewalten zu stellen, das ist nicht akzeptabel. Wir werden als BZÖ dem Antrag, nicht dem Motivenbericht, dem Antrag zustimmen, weil ich der Meinung bin, es gibt kein Thema, das man nicht auch der Bevölkerung zur Beurteilung unterziehen kann. Ich sage auf der einen Seite etwas anderes, auch das ist leider Gottes ein technischer Fehler der FPÖ, wie sie es gemacht hat, wird es absolut sinnlos sein, denn wenn man solche Entwicklungen in

Österreich verhindern will, kann man das durchaus über die Bauordnung machen, über eine Änderung der Bauordnung, da brauchen wir keine Volksabstimmung dazu und keine Volksbefragung, das wird gemacht, so wie es zum Beispiel in Kärnten gemacht worden ist und wissen Sie, was der Vorteil bei der ganzen Geschichte ist, in Kärnten gibt's nicht mehr solche Diskussionen, wie wir sie heute führen, emotionale Diskussionen, das Thema ist vom Tisch. Und es wird weder von links, noch von rechts, noch von oben nach unten politisch missbraucht, das Thema gibt es nicht mehr und auch die...

Zwischenruf unverständlich.

GR. **Grosz:** Von den Ortstafeln können wir auch reden, dann sollten wir einmal den Landeshauptmann Voves fragen, warum er das Gesetz von 1955 bis heute nicht umgesetzt hat für die slowenische Minderheit in der Steiermark. Wenn man Butter am Kopf hat, immer ruhig bleiben möglicherweise. Das gleiche Volksgruppengesetz, aber egal, um das geht es nicht. Ich sage, wenn dann kann man so eine Geschichte ohnedies nur über die Bauordnung lösen, ich hoffe, dass wir zumindest das letztdiskutiert haben und nicht ein weiteres Mal diskutieren müssen, zumal ich der Frau Stadträtin Fluch Glauben schenke, dass es derzeit kein Thema ist und es auch derzeit keine Bestrebungen gibt, das ist vollkommen wahlkampfabhängig, jedenfalls für mich, ich diskutiere es dann, wenn es auf den Tisch kommt und erst dann, und dann zwar umfassend und auch fundiert, auch mit den nötigen Initiativen, aber sicher nicht jetzt in einem umfassende Ausmaß, wo es offensichtlich eh keine Bestrebungen gibt, den sozialen Frieden in Graz empfindlich zu stören. Ich danke (*Applaus FPÖ und BZÖ*).

GR. **Wippel:** Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, sehr geehrter Herr Bürgermeister! Unsere Fraktion hat natürlich immer große Sympathien

und Verständnis für direkte Demokratie, Volksbefragungen. Allerdings eine Volksbefragung ist unserer Ansicht nach völlig unzulässig und ich kann mir auch nicht vorstellen, dass unsere Verfassung so etwas zulassen kann. Es mag schon sein, dass in unserer Gesellschaft eine Spaltung besteht, es mag schon sein, dass Konflikte bestehen in Graz, allerdings diese Spaltung geht nicht zwischen Religionen, die geht nicht zwischen Ethnien, sondern die Spaltung ist zwischen Klassen, und wenn es Probleme gibt zwischen Religionen, dann ist wohl eine Volksbefragung in dieser Art das schlechteste Mittel, diesen Spalt wieder zu schließen. Das heißt ja nichts anderes, als Öl ins Feuer gießen. Wenn man aber Feuer haben möchte, dann ist das natürlich der beste Weg und darum glaube ich auch nicht, dass es der FPÖ tatsächlich ein Anliegen ist, die Interessen der Bevölkerung mit einer Volksbefragung zu vertreten, sondern genau das Gegenteil. Man versucht einen Spalt einen Keil zu treiben und das können und dürfen wir hier im Gemeinderat nicht unterstützen. Danke (*Applaus KPÖ*).

GR. **Sippel**: Es ist ja wirklich interessant, welche Debatte hier entbrannt ist, ich muss nur feststellen, dass der eine oder andere den Sinn des Antrages einfach nicht verstanden hat. Es geht hier nicht um Aufhetzung, es geht hier nicht um Differenzierung, um einen Keil in die Gesellschaft treiben, sondern es geht einzig und allein darum, die Bevölkerung um ihre Meinung zu fragen, ihre Sorgen und Ängste wahrzunehmen und ich lade wirklich einmal jeden ein, mit mir einen Spaziergang durch die Stadt zu machen und die Leute auch zu befragen, wie sie zu diesem Vorhaben denken und dann glaube ich, steigen sehr viele von ihrem hohen Ross herunter und nehmen auch einmal wirklich die Ängste und Befürchtungen der Bevölkerung wahr. Das ist ja wirklich zum Genieren da herinnen (*Applaus FPÖ*). Und ich stelle auch fest, Sie negieren einfach die...

Zwischenruf unverständlich.

GR. **Sippel**: Das ist so, Herr Klubobmann, ich weiß nicht, ob Sie Kontakt zu den Bürgern haben oder nicht...

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic unverständlich.

GR. **Sippel**: Es geht ganz einfach auch hier darum, den sozialen Frieden nicht zu gefährden und das habe ich in meinem Motivenbericht auch ausgeführt. Ich bringe nur das Beispiel Köln Ehrenfeld, eine Großmoschee einfach in ein Wohnviertel hineingepflanzt, jetzt schauen Sie sich einmal...

Zwischenruf unverständlich.

GR. **Sippel**: Nicht Graz, aber wir wollen ja diese Zustände in Graz nicht haben. Und dort ist jetzt so etwas, was man soziale Unruhe nennen kann, weil dort wird demonstriert, da herrscht Beängstigung, da herrscht Beunruhigung, da herrscht Angst in der Bevölkerung, wir erleben dort Menschen, die wegziehen usw. und das ist, glaube ich, nicht das, um das es hier geht, sondern es geht hier ganz einfach um das Ernstnehmen der Sorgen der Bevölkerung und um nichts anderes. Letztlich war der Sinn des Antrages hier eine Entscheidungsgrundlage mit einer Volksbefragung, eine Entscheidungsgrundlage für jede weitere Entscheidung und um nichts mehr und weniger ist es gegangen (*Applaus FPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Bürgermeister erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

10) Maßnahmen zur Eindämmung ausufernder Kracherknallerei

GRin. **Benedik** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. **Benedik**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kollegen und Kolleginnen! Im Vorfeld zur vergangenen Gemeinderatswahl haben Sie in der Kronen Zeitung geäußert, es habe sich zu Silvester ausgeknallt! In derselben Ausgabe vom 2.1.2008 waren unter anderem folgende Worte Ihrerseits zu lesen:

„Sollte ich gewählt werden, werde ich die Kracherknallerei auf den Straßen verbieten. Auch die Raketen-Abschusszeiten sollen nur noch von 22.00 bis 0.30 Uhr erlaubt sein. Kleinkinder sowie Tiere leiden jedes Jahr massiv unter dem Lärm, damit muss Schluss sein. Ab 1. Jänner wollen alle den Stadtpark-Hansi sehen, am 31. Dezember pfeift man auf ihn. Schon nächstes Jahr sollen die Regelungen in Kraft treten.“

Aus eigener Wahrnehmung kann ich diese Ausführung um folgende eigene Gedanken erweitern:

Aus Berichten betroffener Bürger konnte ich zusätzlich erfahren, dass die Knallerei und das Abfeuern von Knallkörpern leider nicht nur auf den 31.12., also den Silvestertag, reduziert sind. Besonders im Bezirk Eggenberg, der auch für seine Dichte an Krankenhäusern, Sanatorien und Pflegeheimen bekannt ist, leiden viele Menschen, insbesondere SeniorInnen, Kleinkinder und nicht zuletzt Haustiere unter dieser enormen Lärmbelastung (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*).

Die außerordentliche Belastung, die sich vor allem auf ältere Personen auswirkt, haben Sie, Herr Bürgermeister, in oben zitiertem Zeitungsbericht näher ausgeführt und ich habe diesem nichts hinzuzufügen. Dennoch vermisse ich seitens des

freiheitlichen Gemeinderatsklubs angesichts der fortgeschrittenen Jahreszeit entsprechende Maßnahmen Ihrerseits, um die ausufernde Knallerei zwischen Halloween und Jahreswechsel, besonders in der Zeit vor und nach dem 5.12., also dem Krampustag, mittlerweile auch bedauerlicher Weise in den Tagen vor, zu und nach dem Heiligen Abend, einzustellen.

Namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs stelle ich daher den

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat wolle beschließen, Herrn Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl im Sinne des obigen Motivenberichtes zu ersuchen, umgehend mit den zuständigen Stellen Kontakt aufzunehmen, um alle möglichen Schritte einzuleiten, sein oben zitiertes Wahlversprechen inhaltlich möglichst rasch umzusetzen (*Applaus FPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

11) Welcome-Paket für 600 Wiener Polizisten

GR. Mag. **Korschelt** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

Mag. **Korschelt**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat! Mein Antrag geht dahin oder der Antrag meiner Fraktion geht dahin, dass wie aus den letzten Medienberichten zu entnehmen ist, Polizistinnen und Polizisten in Wien mit ihrem Dienst nicht mehr zufrieden sind und gerne in die Bundesländer rückversetzt beziehungsweise versetzt werden wollen, weil einige sind ja auch aus Graz beziehungsweise aus der Steiermark. Mir ist eigentlich die Idee deswegen

gekommen, weil ja wir eh oft schon hier diskutiert haben und es gibt ja schon einige Anträge, dass Graz, wie auch immer, polizeimäßig unterbesetzt ist, hat sowohl von Ihrer Fraktion als auch von der SPÖ-Fraktion als auch von unserer Fraktion immer wieder Anträge geben, wo es Petitionen beziehungsweise eben Bitten an den Innenminister gegeben hat, wieder mehr Polizei nach Graz zu schicken beziehungsweise die Grazer Polizei aufzustocken.

Namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs stellt ich den

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat wolle beschließen, den Herrn Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl im Sinne des obigen Motivenberichtes zu ersuchen, umgehend mit den zuständigen Stellen des Bundes Kontakt aufzunehmen, um die Aufstockung der Polizistinnen und Polizisten in Graz zu erwirken und in diesem Zusammenhang auch darauf hinzuweisen, dass sämtliche versetzungswilligen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamter in Graz herzlich willkommen sind.

Weiters würde ich auch ersuchen und der Gemeinderat wolle weiters beschließen, den Herrn Bürgermeister zu ersuchen, gemeinsam mit seiner Stellvertreterin, die zuständigen Stellen mit der Prüfung der Möglichkeit eines Welcome-Paketes (zum Beispiel Behilflichkeit bei der Wohnungssuche, besondere Möglichkeiten der Ausbildung für schulpflichtige Kinder, Hilfestellung bei der Jobsuche für berufstätige Ehepartner usw.) für Polizistinnen und Polizisten in Graz zu beauftragen und in der Folge dem Gemeinderat zur weiteren Beratung hierüber Bericht zu erstatten. Ich bitte um Annahme (*Applaus FPÖ*).

12) Dringende Aufstockung der Grazer Exekutive um zusätzliche 400 Planstellen – Petition an die Bundesregierung

GR. **Grosz** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Grosz**: Hoher Gemeinderat, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Harry Korschelt! Ich halte deinen Antrag insofern für nicht problematisch aber einigermaßen unausgegoren, weil ich mir nicht vorstellen kann, dass 600 in Wien Dienst verstehende Polizisten freiwillig nach Graz gehen werden, weil wir wissen, dass zirka 150 bis 170 Polizisten, die derzeit in Wien ihren Dienst versehen, in der Steiermark beheimatet sind, also ich weiß nicht, ob ein Poysdorfer und ein Wiener Neustädter oder ein Innsbrucker, der gerne von Wien weggehen würde, nach acht neun Jahren seiner Dienstversetzung wieder zu seiner Familie heimkehrt, dann unbedingt in Graz seinen Job machen will. Graz wäre schön als touristischer Ort, als zweitgrößte Stadt, ich fühle mich hier auch sehr wohl, aber dass wir 600 Stück quasi dienstversetzen und nicht einmal die Planstellen haben, aber dafür muss ein Geschenkpaket erhalten, halte ich zwar für eine nette Initiative, aber ist leider nicht ausgegoren ganz im Gegenteil. Das, was es wirklich trifft und die Problematik, die wir leider in Graz haben und die ja eine Problematik ist, die wir besonders seit der Öffnung der Schengengrenze kennen, aber auch zuvor, ist, dass wir naturgemäß einen Anstieg der Kriminalität haben. Und dieser Anstieg der Kriminalität kann auch nicht durch regelmäßig veröffentlichte Studien und Expertisen des Innenministeriums darüber hinwegtäuschen, dass es ein allgemeines Unsicherheitsgefühl auch in der Bevölkerung gibt. Nur weil man zu dem Trick greift, zum kosmetischen Trick und zum Beispiel bei Bankeneinbrüchen ein und derselben Bande mit zehn Delikten es zu einem Delikt in der Statistik zusammenfasst, bedeutet noch lange nicht einen Rückgang der Kriminalität. Wer sich mit Grazer Exekutivkräften, den Polizistinnen und Polizisten unterhält und vor allem jetzt im Herbst es wieder verstärkt einsetzen wird, wird hören, dass vor allem der städtische Bereich rund um Graz, in Graz, von Dämmerungseinbrüchen, die vor allem jetzt im Herbst wieder auf uns warten werden, heimgesucht werden. Und dieses Problem einer Unsicherheit und auf der anderen Seite einer immer geringer werdenden Anzahl von Exekutivkräften hat ja nicht zuletzt auch die sozialdemokratische Fraktion schon vor zwei Jahren dazu veranlasst, mit Vizebürgermeister außer Dienst, Walter Ferk, und dem Nationalratsabgeordneten der SPÖ, Ehmman, eine Petition im Nationalrat einzubringen. Und nicht zuletzt diese Initiative hat ja auch nach sich gezogen, dass unser sehr geschätzter Herr Bürgermeister auch im November vorigen Jahres mit der Verspätung von zirka fünf

Jahren erkannt hat, dass hier vielleicht Handlungsbedarf wäre und unter pompösen Getöse ein sogenanntes Sicherheitspaket für Graz mit dem damaligen Innenminister und sich in der Zwischenzeit nach Tirol verschüssten Landeshauptmann Platter geschlossen hat. Das heißt, die politischen Parteien erkennen ja durchaus, dass die Kriminalität steigt und dass die Exekutive beziehungsweise die Planstellen zu gering sind. Und das erkennen auch die Personalvertretung innerhalb der Polizei in Graz, das erkennen die Menschen, aber vor allem es spüren die Bürgerinnen und Bürger von Graz, wenn Polizisten de facto wie bessere Versicherungsbeamte abdegradiert worden sind, die von einem Kriminalfall, von einem Deliktfall zum anderen bei Diebstählen und Einbrüchen hinterher jagen und de facto dazu vergattert worden sind, nur mehr Bestätigungen auszustellen für die Versicherung, dass eingebrochen worden ist. Und das kann es nicht sein. Die Exekutive erfüllt den wichtigen Auftrag der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und in dem Bereich ist sie auch zu unterstützen. (*Unverständlich*)...homöopathisches Handauflegen, besser bekannt als Ordnungswache, die ich, wie ich höre jetzt um Erntehelfer aufgestockt werden soll, die keinerlei Kompetenz hat, in der Gegend herumspaziert, nicht eingreifen kann,...

Zwischenruf unverständlich.

GR. **Grosz:** Höre ich Schwammerlsuchen? Bei aller Hochachtung vor den Beamtinnen und Beamten der Ordnungswache, aber wenn man ihnen nicht die Möglichkeit der Instrumente in die Hand gibt, wird man von ihnen auch niemals das Ergebnis bekommen, dass Graz sicherer wird und 20 Ordnungswächter sind halt nicht das, was Graz braucht, nämlich 400 zusätzliche Exekutivplanstellen. Und ich glaube, in dem Bereich sind wir uns einig, denn nicht zuletzt auch der grüne Gemeinderat Schneider, wo ich vor zwei Wochen in einer Tageszeitung überraschend lesen konnte, auch gesagt hat, ja das ist eine richtige, eine gute Forderung, dass wir auch uns als Grazer auf die Hinterfüße stellen und uns gegenüber dem Bund jetzt endlich dafür einsetzen, dass wir die Planstellen bekommen. Es wird auch nicht helfen, wenn der Bürgermeister in seiner lieben Not,

das er es offensichtlich bei der Legion von schwarzen Innenministern bis heute nicht zusammengebracht hat, nunmehr hergeht und sagt, die Polizei ist selbst schuld, weil sie keine Beamten hat, um die Planstellen zu besetzen. Das ist ein aufgelegter Humbug, mit Verlaub gesagt. Wir wissen, dass die Planstellen zu wenig sind und die Polizei nicht anstellen kann und wir wissen auf der anderen Seite und daher ist der Antrag des Kollegen Korschelt zwar holprig formuliert und nicht immer richtig, aber von der Grundsatzidee sehr richtig, dass wir Graz- ansässige, -beheimatete Polizistinnen und Polizisten haben, die zu Wochenpendlern geworden sind, die hier ihre Kinder haben, Familien haben, Ehefrau, Ehemann haben, die am Wochenende ständig pendeln müssen und seit sechs/sieben Jahren um ihre Dienstversetzung ansuchen und nicht in ihre Heimatstatt zurückgehen können. Und daher bringen wir einen Antrag ein, der aus zweierlei Maßnahmen besteht, 400 zusätzliche Exekutivplanstellen und auf der anderen Seite auf freiwilliger Basis die Möglichkeit der Dienstversetzung in den Heimatort für Graz- ansässige, familiär, gesellschaftlich und sozial integrierte Polizistinnen und Polizisten, die in Wien derzeit ihren Dienstort haben.

Und daher darf ich in diesem Zusammenhang folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g

einbringen. Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen:

Die Bundesregierung und hier insbesondere die Bundesministerin für Inneres, wird vom Gemeinderat der Stadt Graz aufgefordert, eine Aufstockung der Planstellen der Grazer Exekutivkräfte um zumindest 400 zusätzliche Polizeikräfte zu erwirken beziehungsweise zu veranlassen. Des weiteren wird die Bundesministerin für Inneres eindringlich ersucht, die umgehende Dienstversetzung der nach Wien beorderten, aber in Graz familiär, sozial und gesellschaftlich beheimateten Grazer Exekutivkräfte - auf freiwilliger Basis - zu ermöglichen. Ich ersuche um Ihre Zustimmung.

GR. **Eichberger** zur Dringlichkeit: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätzte Stadtsenatsmitglieder! Als Sicherheitssprecher auch unserer Fraktion, ich gehe ja nicht heute das erste Mal bei diesem Thema ans Rednerpult und darf gleich einmal vorweg kundtun, dass trotz einiger Schwachstellen und wie es der Kollege Grosz formuliert hat, Holprigkeiten, in dem einen oder anderen Antrag, wobei ich seinen auch nicht ausnehmen möchte von der einen oder anderen Holprigkeit, wir trotzdem in der Sache selber und auch der Dringlichkeit unsere Zustimmung geben wollen und zwar aus dem Grund. Insgesamt gibt es gute drei Gründe dem zuzustimmen. Das Erste, auch wenn wir zum Teil ähnliche, gleichlautende Anträge gehabt haben, es ist wieder ein Zeichen an die Grazer Bevölkerung, dass wir die Probleme, die Sorgen, das Sicherheitsbedürfnis der Grazerinnen und Grazer ernst nehmen, dass es unbestritten eines ist, dass sich mehr Leute denn je Sorgen um ihre Sicherheit machen, dass es Ängste gibt, wenn sie durch Parkanlagen gehen oder wenn sie Angst haben, hier vor Trickdieben überrascht zu werden oder jetzt heute jeder schon vorsichtig ist und seine Haustüre zusperrt, was vor vielen, vielen Jahren noch nicht notwendig war. Das heißt, das Sicherheitsbedürfnis ist da und die Sorgen und Ängste der Grazerinnen und Grazer sind ernst zu nehmen. Aus diesem Grund, wie gesagt, das eine Ja der SPÖ zu diesen Anträgen. Das zweite kommt deshalb, weil es natürlich auch eine, und der Kollege Grosz hat es, glaube ich, erwähnt in seinen Ausführungen, weil es eine logische...

Zwischenruf GR. Grosz unverständlich.

GR. **Eichberger**: Nein, es waren auch tolle Geschichten drinnen, wie du den Kollegen Nationalratsabgeordneten Michi Ehmann hier in den Mund genommen hast mit seinen Initiativanträgen, die er ja voriges Jahr eingebracht hat, unterstützt unseren Sicherheitssprecher im Nationalrat, sondern auch belegt durch tausende Unterschriften von besorgten Grazerinnen und Grazern, die diese damalige Aktion „Mehr Sicherheit für Graz“ hier mit unterschrieben hat und wo eben Forderungen

drinnen waren, Aufstockung auf mindestens 800 uniformierte BeamtInnen, mehr uniformierte Fußstreifen im Stadtgebiet, einsatzgerechte, personelle Besetzung, Verdoppelung der tätigen Drogenfahnder, Modernisierung des veralteten Fuhrparks und, und, und. Also eine Reihe von Forderungen, leider mit dem Ergebnis, dass auch diese unsere Unternehmung in Form dieser Petition auf relativ wenig Gegenliebe in Wien gestoßen ist, anscheinend wird das Ministerium hier aus Graz anders informiert, weil wenn man sich die Antwort des Bundesministeriums durchliest, dann glaubt man, sie haben irgendjemandem geschrieben aber nicht in Bezug auf die Situation in Graz. Weil wenn dann drinnen steht, es wird sowieso alles unternommen und es gibt laufend Nachjustierungen, es wird laufend evaluiert und es wird Rücksicht genommen und selbstverständlich gibt es auch genügend Personal, dann glaubt man, einen schlechten Roman zu lesen. Aber der zweite Grund, wie gesagt, war jener, weil diese beiden Anträge eine Fortsetzung, eine Unterstreichung, eine Verstärkung unserer Ambitionen, unseres Engagements in dieser Frage der Sicherheit ist. Und das Dritte, und das ist leider eher der traurige Grund, warum wir diesen beiden Anträgen zustimmen, weil es, wie gesagt, eine traurige Notwendigkeit ist, dass wir zum xten-Mal hier zu diesem Thema hier zu Wort melden und Anträge einbringen, weil ich leider in dieser Frage dem Herrn Bürgermeister Mag. Nagl eine gewisse Schuldigkeit, ein gewisses Versäumnis, ein relativ großes Versäumnis sogar in dieser Frage vorzuwerfen habe. Weil es kann ja dann bitte doch nicht eines sein, dass wir seit Jahren, und ich bin jetzt das sechste Jahr im Gemeinderat und seit Beginn meiner Tätigkeit hier im Gemeinderat diskutieren wir über mehr Personal, über Fragen der Sicherheitserhöhung für die Grazerinnen und Grazer, außer, dass es da oder dort immer wieder, speziell vor Wahlen, ich vermisse es ja, vielleicht kommt es noch in den nächsten Tagen wieder einmal ein nettes Foto mit der Innenministerin vor einer Videokamera oder vielleicht vor sonstigen Dingen oder wenn es darum geht, sich bildlich mit möglichen Fahrradcopps abbilden zu lassen oder wenn der große Parteifreund und der große Sicherheitsexperte und Personalzuwanderer/-verhinderer Landtagsabgeordneter Hamedl wieder einmal mit dem Herrn Bürgermeister hier gemeinsam auftritt und sagt, es ist eh alles so gut und es läuft ja alles bestens und wir haben kein Problem, dann bleibt es leider, und das ist die traurige Realität hier in diesem Haus, in dieser Stadt, dann bleibt es bei Ankündigungen, dann bleibt es bei Versprechungen, dann bleibt es dabei, dass es sich halt beschränkt die Frage der Sicherheit und der Erhöhung des Personals auf

die Einberufung unter Umständen eines Sicherheitsarbeitskreises oder eines Sicherheitsgipfels, der ein-, höchsten zweimal im Jahr tagt und damit glaubt der Herr Bürgermeister, seinen Beitrag zur Erhöhung der Sicherheit in der Stadt Graz geleistet zu haben, das ist zu wenig, wir brauchen, und das ist Punkt und Faktum, wir brauchen einfach mehr Polizisten und es tut mir wirklich schon Leid, alle zwei Gemeinderatssitzungen herausgehen zu müssen, hier zu plädieren für eine Notwendigkeit, wo jeder sagen müsste, jetzt habe ich es letztendlich doch verstanden und ich müsste jetzt halt wirklich mehr Gas geben, wir haben in der Zwischenzeit die dritte Innenministerin oder den dritten Innenminister und es ist bis dato nichts geschehen. Entweder gibt es keinen Kontakt zu diesen Stellen nach Wien oder die andere Möglichkeit ist einfach, dass der Herr Bürgermeister nicht mit der Vehemenz, wie er immer sagt, dass er hier dafür kämpft und eintritt und dafür sorgt, dass mehr Personal kommt, hier auftritt. In diesem Sinne, wie gesagt, noch einmal möge auch der Herr Bürgermeister diese beiden Anträge zum wiederholten Mal zum Anlass nehmen und ich nehme an, er wird es ja auch letztendlich in seiner Wortmeldung dann kundtun, seine rührigen Bemühungen um mehr Personal und sein Engagement, seine Ergebnisse, aber letztendlich müssen wir es auf den Punkt bringen. In diesem Sinne hoffe ich, dass vielleicht diese beiden Anträge im Doppelpack die Zündung sind für die Aktivitäten des Herrn Bürgermeisters und noch einmal, wir werden beiden, inhaltlich und was die Dringlichkeit betrifft, zustimmen. Danke (*Applaus SPÖ*).

GR. Mag. **Schönegger**: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie hörten eine Belangsendung der neuen österreichischen Regierungskoalition.

Zwischenruf GR. Grosz: Nur keinen Neid aufkommen lassen.

Mag. **Schönegger**: Das ist kein Neid, du hast es nicht verstanden, Gerald, aber macht nichts, ich erkläre es dir dann. Zum Kollegen Gemeinderat Korschelt in aller gebotenen Ernsthaftigkeit. Ich bedanke mich bei Ihnen, Herr Kollege, für diesen Antrag und ich erkenne das auch an. Zum einen bedanke ich mich, weil es die Sicherheitspartnerschaft für Graz, die unser Bürgermeister mit dem damaligen Innenminister im November geschlossen hat, unterstreicht und auch die Wichtigkeit dieser Partnerschaft noch einmal unterstreicht und auch zeigt, dass mehrere Fraktion dieser Partnerschaft quasi beitreten. Dafür bedanke ich mich. Anerkennung möchte ich auch aussprechen, Sie verlangen oder wollen, dass 600 Beamtinnen und Beamte aus Wien nach Graz überstellt werden und vielleicht wissen das einige nicht, deswegen sage ich es hier, der Bundesparteivorsitzende und Spitzenkandidat der FPÖ rennt in Wien herum und kämpft für mehr Polizisten in Wien und der Herr Kollege Korschelt geht da ein relativ großes Risiko, weil wer den H.C. Strache kennt, weiß, dass er zu Tobsuchtsanfällen neigt und da kann ihm schon ein Schicksal blühen, wie es dem Herrn Stadler geblüht hat. Aber vielleicht ist die Causa Stadler oder der Stadler-Weg auch ein Modell für Sie, Herr Korschelt, falls das in die Hosen geht. Ich erkenne das an. Für die ÖVP-Fraktion sage ich ganz klar, der Absatz 1 ist richtig und wichtig, wir wollen auch signalisieren, dass bei uns mehr Polizisten willkommen sind, wir treten gerne noch einmal an die zuständigen Stellen heran, mit dem dringenden Ersuchen, dass mehr Polizisten nach Graz kommen. Der Absatz 2 ist, gelinde gesagt, ausbaufähig, weil das Rundum-Sorglospaket speziell für Polizisten, wie soll ich sagen, ein Welcome-Paket wäre für alle notwendig und für alle wichtig, die ihren Hauptwohnsitz und Arbeitsplatz nach Graz verlegen wollen. Ich würde sagen, wir setzen uns zusammen, machen ein schönes Wellcome-Paket für alle, nicht nur für Polizistinnen und Polizisten, vielleicht schauen wir uns das ein bisschen genauer an. Vielleicht gelingt uns gemeinsam ein Wellcome-Paket für alle, die ihren Lebensmittelpunkt, ihren Hauptwohnsitz nach Graz verlegen wollen, die hier arbeiten wollen, das ein bisschen realitätsnäher ist, das wäre schön. Daher bitte ich um getrennte Abstimmung, Absatz 1, sehr gerne, ja, sind wir dabei, Absatz 2, reden wir noch einmal, würde ich vorschlagen (*Applaus ÖVP*). Zum Kollegen Grosz, also der Kollege Grosz ist ja frei von jedem Verdacht, seitdem er hier ist, dass er die Qualität in diesem Haus wesentlich gesteigert hätte, daher in diesem Sinne ist auch dieser realitätsferne Antrag...

Zwischenruf GR. Grosz unverständlich.

Mag. **Schönegger**: Ich habe schon viel erlebt in diesem Haus, ich bin das sechste Jahr hier und ich habe schon den einen oder anderen Antrag gesehen, der fragwürdig war, den einen oder anderen, der lustig war, den einen oder anderen der da und dort holprig war, dieser Antrag ist eine einzige Holprigkeit, wenn ich das so sagen darf, weil Gerald im Wunderland ist ein Hilfsausdruck, wenn du von 400 möglichen Planstellen sprichst, dann hast du entweder wirklich keine Ahnung von den tatsächlichen Zahlen, entweder hast du keine Ahnung oder in Kärnten scheinen die Uhren tatsächlich anders zu ticken, ich weiß es nicht, was da los ist, das richtet sich ohnehin von selbst, diese Zahlenspiele, weil die einfach wirklich nicht reell sind, Gerald. Zum Bild, habe ich auch noch nie gesehen, dass man beim dringlichen Antrag ein Foto dazu gibt, aber das verstehe ich dann wiederum, weil wenn der Herr Bürgermeister mit dem Tiroler Landeshauptmann zusammensitzt, dann zeigt das, dass der Grazer Bürgermeister Kontakt über die Pack hinaus, über Kärnten hinaus hat und da dürfte der Neid gesprochen haben, dass du dieses Bild da reingetan hast, gut, werden wir auch noch aushalten, Gerald. Also dieser Antrag ist so etwas von realitätsfern, im Übrigen kommt man bei deinen Wortmeldungen hin und wieder vor und das zieht sich, glaube ich, diese Meinung und dieses Verständnis durch sämtliche Fraktionen, dass du Ort und Zeit der heutigen und auch jedes Mal am Donnerstag, wenn wir Gemeinderat haben, Veranstaltung verwechselt, weil wir sind weder im Fasching noch in Villach. Danke (*Applaus ÖVP*).

GR. **Schneider**: Hoher Gemeinderat, liebe Damen und Herren! Der Herr Kollege Korschelt ist so wie ich am Thema Sicherheit sehr interessiert und habe auch gedacht, dass er sich ganz gut auskennt, aber in dem Fall liegt, glaube ich, ein kleiner Informationsfehler zumindest vor. Es werden trotz dieser Aufrufe die Hundertschaften an Polizistinnen und Polizisten aus Wien nicht direkt unbedingt nach Graz kommen, weil es ähnliche Probleme gibt. Graz und Wien sind für österreichische Verhältnisse relativ große Städte, wo in beiden Fällen eine

überdurchschnittliche Belastung für Polizeibeamtinnen und –beamte auftreten. Auf Grund der dichteren Bevölkerung einfach und der Zusammensetzung. Zu glauben, dass jetzt Graz die bessere Wahl als Wien sein sollte, ist leider falsch und es besteht hier tatsächlich Handlungsbedarf. Handlungsbedarf nämlich, die Arbeitssituation für PolizistInnen zu verbessern hier in Graz und dazu gehören verschiedene Sachen, dazu gehört, und das ist richtig, auch dass es mehr PolizistInnen geben muss und zwar im ersten Schritt dahingehend, dass die Dienstposten, die vorgesehen sind für Graz auch wirklich besetzt sind. Dass wir den Stress für PolizistInnen, die Arbeitsbedingungen verbessern und das Ziel muss sein, dass wir schauen, in Graz so gute Arbeitsbedingungen zu schaffen, dass PolizistInnen gerne hier bleiben, weil wir vom gleichen Problem betroffen sind, dass PolizistInnen leider aus der Stadt weg wollen. Wir werden dem ersten Teil Ihres Antrages zustimmen, wir finden, dass es wirklich wichtig ist, dass da was getan werden muss, dem zweiten Teil nicht. Warum nicht? So wie mein Kollege Bernd Schönegger gesagt hat, ist so ein Welcome-Paket eine ganz tolle Sache und das Schönste daran ist, es wird ja bereits daran gearbeitet, das wird es bald geben in Graz und zwar für alle Menschen, die hier nach Graz herziehen wollen und zwar unabhängig, ob das aus Wien ist oder aus Istanbul, ob aus Kärnten oder aus Moldawien, aus Burundi oder aus Island, aus Lunz am See oder aus Bremen, ganz egal, für alle Menschen, die hierher kommen, soll es ein Welcome-Paket geben und daran wird auch schon gearbeitet. Dass das extra nur für PolizistInnen gelten sollte, halten wir für nicht unbedingt notwendig in dem Zusammenhang. Übrigens der zweite Absatz des Antrages ist trotzdem interessant und das sollte man diskutieren im Zusammenhang mit dem Welcome-Paket, das hier in Graz entwickelt wird, nämlich dass es auch Hilfestellungen bei der Jobsuche für berufstätige EhepartnerInnen gibt, dass auf schulpflichtige Kinder, an die gedacht wird, das ist Familienzusammenführung, das wollen wir im Immigrationsbereich auch erreichen, das ist eine sehr gute Anregung, an der wir weiterarbeiten sollten. Es ist ein zweiter Antrag im Raum, den finden wir auch als sehr salopp formuliert, wir werden ihm insofern nicht unterstützen, wir glauben nämlich auch, dass das, was die Sicherheit in Graz angeht, keine Schnellschüsse und Hüftschüsse nötig sind, sondern eine gute Diskussion und ein gutes Konzept. Also lieber gut ausgebildete PolizistInnen als Cowboys, und deswegen werden wir dem Antrag nicht zustimmen. Nach langer Rede komme ich jetzt zum wichtigsten Punkt meiner Ausführungen, es ist nämlich sehr schade, dass die Sicherheitsdiskussion immer dort endet, wo es

dann heißt, wir brauchen mehr PolizistInnen und eigentlich sollte sie dort erst anfangen, weil es ist ja wohl nicht nur wichtig, sondern gerade unsere Aufgabe hier, die Ursachen für Kriminalität und die Ursachen für Unsicherheit zu beseitigen versuchen und da sind wir sehr gefordert. Und besonders im Hinblick, dass gerade soziale Unsicherheit zu Unsicherheit im weiteren Sinne führt und daran ist es wichtig weiterzuarbeiten und darüber zu diskutieren ist es einmal wichtig und nicht nur über die Anzahl von PolizistInnen und damit auch das falsche Sicherheitsgefühl zu vermitteln, dass damit die Probleme von Kriminalität, von Gewalt und von Unsicherheit...In diesem Sinne vielen Dank (*Applaus Grüne*).

GR. Mag. **Korschelt**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, lieber Kollege von der Grünen Fraktion! Ich möchte gleich mit Ihnen beginnen. Es hindert Sie niemand, eine Aktion in Burundi zu machen und dort Polizisten nach Graz zu holen. Können Sie von mir aus gerne machen, ich habe ehrlich gesagt keine Freude mit Polizisten aus Burundi, da sind mir Polizisten aus Wien lieber, aber wie gesagt, Sie wissen eh, ich bin ein toleranter freiheitsliebender, freiheitlich denkender Mensch, also es steht Ihnen jederzeit frei, Polizisten dort zu holen, ob Sie sie natürlich kriegen werden, ist eine andere Frage, weil noch muss man zumindest, um Polizist zu sein, österreichischer Staatsbürger sein und so einfach ist es nicht in Graz, in Wien ist es vielleicht leichter, aber in Graz ist es nicht so, dass man so locker die österreichische Staatsbürgerschaft kriegt. Aber wie gesagt, es steht Ihnen ja frei. Dann zu den zwei Kollegen, zu den zwei zukünftigen Nationalräten, wie gesagt, wir befinden uns ja schon in einer sehr hohen Liga, zuerst einmal zu dir, lieber Kollege. Ich bin natürlich ein bisschen enttäuscht, wenn man denkt, ihr sitzt jetzt dann im Nationalrat, seid zwei von 183...

Zwischenruf GR. Mag. Schönegger: Einer einmal.

Mag. **Korschelt**: Nein, zwei, du wirst ja auch, ich nehme schon an, dass du die 16 % schaffen wirst dann in Graz, oder? Oder hast du auch schon Angst, dass du die 16 % nicht mehr schaffen wirst, aber möglich (*Applaus FPÖ und BZÖ*). Wie gesagt, ich bin ja ein großer Optimist für euch, ihr werdet es sicher schaffen, wer die Bundesverfassung durchgelesen hat, bin ja kein Jurist, aber habe das auch irgendwann durchgelesen und wenn ich auch intellektuell überhaupt nicht in der Lage bin, wie der Kollege gesagt hat, überhaupt heute, nur holprige Anträge schreibe, aber trotzdem ein bisschen was und da in der Bundesverfassung ist auch unter anderem, und das sei mir natürlich als ehemaliger oder langjähriger oder immer noch Obmann des Milizverbandes gesagt, beschließt ihr zum Beispiel, jetzt werden natürlich alle wieder aufschreien, wenn Österreich irgendwo einen Krieg erklärt, das beschließt ihr, das beschließt nämlich der Nationalrat und da steigen mir heute schon die Grausbirnen auf, wenn ich mir denke, ihr zwei könnt nicht einmal einen Antrag lesen, wie wollt ihr denn was beschließen im Parlament dann (*Applaus FPÖ*)? Weil es steht kein Wort drinnen, dass ich von den 600 Polizisten, dass ich glaube, dass die alle nach Graz kommen oder was, steht kein Wort drinnen.

Zwischenruf unverständlich.

Mag. **Korschelt**: Warte, da komme ich schon noch dazu, das vergesse ich nicht. Also es steht kein Wort drinnen, dass ich da glaube, dass jetzt von den 600 Polizisten, 600 sofort nach Graz marschieren oder abkommandiert werden, aber wie auch immer, sondern das waren die 600 in den Medien, ich nehme ja auch an, Kollege oder beide Kollegen, ihr werdet ja auch Zeitung lesen und wenn es davon nur 10 % gelingt nach Graz zu kriegen, ist es ein schöner Erfolg. Das zum Lesen, also bitte, wenn schon Anträge kritisiert werden, dann bitteschön lest euch das genau durch im Hinblick auf eure neue Funktion, würde ich euch vorschlagen, vielleicht macht ein bisschen einen Lesekurs einmal, das können sich sowohl BZÖ- als auch die ÖVP-Fraktionskasse sicher leisten und dann macht einmal ein Lesetraining und dann wird das sicherer sein. Dann zum Problem Strache, lieber

Freund, du hast es ja so gesagt, lieber Freund, ich war mein ganzes Leben nie abhängig von der Politik und ich bin auch sicher nicht von einem Bundesparteiobermann Strache abhängig, sondern ich bin jetzt 20 Jahre bei Raiffeisen, man kann sagen, ok, ich bin von Raiffeisen abhängig, weil das mein Hauptberuf ist, ich bin bei Raiffeisen, ich bin durchaus glücklicher Kreditmanager, also beziehungsweise Risikomanager, du brauchst dir über meine Zukunft keine Sorgen machen und es ist nicht unbedingt was Schlechtes, wenn man sich, Graz ist nicht meine Heimatstadt, aber ich bin, wie gesagt, sehr lange schon in Graz da, wenn man sich für seine Stadt einsetzt. Also glaube ich, ist das nicht unbedingt schlecht, aber wie gesagt, das ist nett, wenn du dir Sorgen machst, aber du brauchst dir wirklich keine Sorgen machen. Wenn du dir Sorgen machst über meine Zukunft, kannst du gerne mit meinem Generaldirektor Mag. Maier reden, ob er mich bei Raiffeisen befördert, das kannst du jederzeit gerne machen, aber sonst brauche ich auch keine Angst haben. Und jetzt zum Kollegen Grosz. Gerald, für dich ist natürlich heute eine schlechte Stunde, jetzt sind überhaupt keine Medien, außer dem Herrn Leis sind ja fast keine Medien mehr da, jetzt hast du deine ganze Show umsonst abgezogen. Ich sitze mit dir gerne hinten, ist ja ganz lustig, aber hie und da wird es schon, entschuldige, dass ich das sage, ein bisschen blöd, ehrlich gesagt, ein bisschen blöd, ich weiß, jetzt kommt von dir der Schrei sofort ein Ordnungsruf, aber hie und da führst du dich ein bisschen auf wie ein Wurstl, muss ich ganz ehrlich sagen. Und gerade in solchen Sachen, ich meine, es gibt ja lustige Themen und ich bin einer, der einstecken kann und auch was austellt, es gibt auch lustige Themen, da gibt es viele herinnen im Gemeinderat, haben wir schon oft gehabt, aber gerade das ist natürlich schon ein Thema, das tut mir ein bisschen weh, wenn du da jetzt eine Show abziehst, also das muss nicht sein. Ehrlich gesagt, das muss nicht sein, da geht es doch um Sicherheit in Graz, wie gesagt, das ist vielleicht für dich als Neo-Grazer, du sagst, du bist auch Deutschlandsberger, wahrscheinlich kriegst du auch das Wellcome-Paket dann oder hast es noch nicht bekommen dann, aber da eine Show abziehen auf solche Sachen, habe ich ehrlich gesagt, ist mir unverständlich dann und dann gilt für dich auch das Gleiche dann, du hast kritisiert, wegen der 600, von 600 steht überhaupt gar nichts und dann möchte ich dir nur zu denken geben, ich weiß, jetzt werden wieder alle sagen, es stimmt nicht ganz, aber es gibt zumindest ein Bundesdienstrecht, das es gar nicht so einfach ist, Polizeibeamte von Wien nach Graz unter Zwang zu versetzen, das ist fast unmöglich. Es geht nur auf

Freiwilligkeit und deswegen war von mir die Bitte, wenn jemand kommen will nach Graz oder Polizeibeamte, dann soll man das ein bisschen mit einem Wellcome-Paket, wie man es auch immer nennen will, das Ganze ein bisschen schmackhaft machen, vielleicht kommen von den 600, wie gesagt, 10 %, dann würde ich es als schönen Erfolg werten. Ich würde nur bitten, wie gesagt, Herr Bürgermeister hat es eh schon öfter andiskutiert, wenn solche Themen sind, ein bisschen ernsthaft und nicht immer nur eine Show abziehen, wobei es eh heute schade ist, es ist eh niemand mehr da und für uns brauchst du, ehrlich gesagt, keine Show abziehen, weil von uns herinnen wird dich wahrscheinlich keiner wählen dann oder nur sehr wenige. Bitte im Hinblick, ich bin immer für Show zu haben, lustig soll sein, aber nur wo es um Sicherheit geht, sollte man eigentlich ernsthaft diskutieren und um das würde ich bitten. Wie gesagt, danke vielmals für die Zustimmung, mir tut natürlich Leid, dass der zweite Teil keine Zustimmung hat, aber wir können natürlich über, der Kollege ist sehr gönnerhaft und sagt, reden wir noch, reden wir noch und kein Problem, vielleicht machen wir es beim nächsten Mal, dass wir das Wellcome-Paket beim nächsten Mal beschließen können, soll es mir auch recht sein. So, jetzt bist du dran, lieber Gerald, die Bühne ist für dich frei (*Applaus FPÖ*).

Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Rüscher übernimmt um 21.20 Uhr den Vorsitz.

GR. **Grosz:** Sehr geehrte Damen und Herren, lieber Harry! Deine Rede hat mich jetzt beeindruckt und ich sage, sind wir wieder gut, ok? Jetzt vertragen wir uns so gut da hinten, jetzt habe ich schon den Eindruck gehabt, du wirst mich wählen und nicht den Strache, jetzt will ich dich da nicht, neun Tage vor der Wahl, dann so verhärmen, dass so böse auf mich bist, sind wir wieder gut, tust mich wählen und das passt schon.

Zwischenruf GR. Mag. Korschelt: Das nicht, Teil eins schon, Teil zwei nicht.

GR. **Grosz:** Zum Kollegen Schönegger. Kollege Schönegger, abgesehen davon, dass ich dir wirklich eindringlich wünsche, dass du in den Nationalrat hineinkommst und dass ich dir auch in deinem eigenen Interesse eindringlich wünsche, dass deine einzigen Worte, die du da drinnen sagst: „Ich gelobe“, ist und sonst die nächsten fünf Jahre hoffentlich nicht mehr viel. Ich möchte dir schon eines sagen, dass deine Argumentation oder zumindest wenn du was sprichst, dann vielleicht im Parlament die Kameras abgeschaltet werden, dass es nicht jeder gleich sieht, spät nach Mitternacht, Klubobmann Schüssel wird dir einen geeigneten Platz in der Rednerliste schon reservieren, aber zum Inhalt. Deine Argumentation, warum die ÖVP dem Vorschlag von 400 zusätzlichen Exekutivplanstellen nicht zustimmen kann, ist ungefähr gleich, und ich wähle bewusst holprig, weil wenn ich deppert sage, kriege ich einen Ordnungsruf...

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Zwei.

GR. **Grosz:** Zwei sogar, holprig, wie deine heutige Argumentation, warum ein schwarzer Bürgermeister und ein schwarzer Landesfinanzreferent den Finanzausgleich für Graz schlecht verhandelt, wie heute in der Kronen Zeitung. Sechs Jahre lauter Schwarze in diesen führenden Positionen und beklagt sich heute in der Kronenzeitung, dass Graz zu wenig Geld kriegt, genau die gleiche Situation. Schwarzer Bürgermeister, acht Jahre lang schwarze Innenminister und du traust dir selbst nicht einmal zu, dass du bei den eigenen Parteifreunden in Wien mehr Sicherheit für Graz durchsetzen kannst. Vielleicht solltest du dich doch nicht für den Nationalrat bewerben, sondern doch woanders bleiben.

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Hast du schon von einem Herrn Häupl gehört?

GR. **Grosz:** Ich danke der SPÖ, dass sie unserem Antrag zustimmt. Selbstverständlich, wiewohl ich durchaus anzumerken habe, ich frage mich schon, jetzt wäre ja die Chance gewesen. Die SPÖ war zwei Jahre lang in der Bundesregierung. Für die, die es vergessen haben sollten, der mit der Richtlinienkompetenz ausgestattete Bundeskanzler lebt zwar, lebt noch, er wird zwar besser versteckt als der Osama bin Laden, weil den sieht man nicht mehr seit Wochen, er ist zwar noch amtierender Bundeskanzler und daher würde ich durchaus auch bitten, dass auch ihr eure Fähigkeiten einsetzt bei der Bundesregierung, aber vor allem beim Beamtenstaatssekretär Schieder, dass wir zumindest so das Innenministerium unter Druck setzen, damit wenigstens die rote Reichshälfte in der verbleibenden Zeit eurer Regierungstätigkeit euch für diese Planstellen einsetzt. Denn das habe ich auch noch nie gehört, dass ein roter Abgeordneter bei seinem eigenen Bundeskanzler eine Petition einreicht und es nicht bekommt. Also vielleicht nutzen wir noch die Wochen und schauen, dass wir wirklich so viel als möglich Exekutivplanstellen hierher bekommen. Ich glaube, das ist wichtig und das sind wir auch den Menschen schuldig, die sich unsicher in der Stadt fühlen, die vielleicht schon Opfer von Kriminalverbrechen geworden sind und die potentielle Opfer sein könnten. Ich danke (*Applaus FPÖ und BZÖ*).

Die Dringlichkeit des FPÖ-Antrages wurde einstimmig angenommen.

Die Dringlichkeit des BZÖ-Antrages wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Bürgermeisterstellvertreterin Rucker übernimmt um 21.35 Uhr den Vorsitz.

Der Antrag der FPÖ wurde im Punkt 1) einstimmig angenommen.

Der Antrag der FPÖ wurde im Punkt 2) mit Mehrheit abgelehnt.

13) Gewährung eines neuen städtischen Heizkostenzuschusses 2008/2009 und dessen budgetäre Bedeckung durch die Beibehaltung der Reduzierung der Parteiförderungen

GR. **Grosz** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Grosz**: Hoher Gemeinderat, sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben über das Thema schon mehrmals diskutiert, über die beiden Themenbereiche, einerseits die Parteiförderung der Stadt Graz, die um einiges zu hoch ist, andererseits aber auch die derzeitige soziale Situation auch unsere Stadt und die Bürgerinnen und Bürger in Beschlag nimmt. Wenn ich mir alleine ansehen, dass Teigwaren, eigentlich Güter des öffentlichen Lebens um mehr als 42 % steigen, Heizöl um 35 % steigt, wir von einer horrenden Inflationsrate heimgesucht werden, der Treibstoffpreis de facto explodiert und sich die Menschen immer weniger das tägliche Leben leisten können, dann sage ich, dann hat die Politik auch hier die verdammte Pflicht, den Grazerinnen und Grazern ordentlich unter die Arme zu greifen. Das was besonders schlimm ist und das erleben wir, weil wir auch mittlerweile mitten im September in die kalte Jahreszeit kommen, dass viele Menschen sich wahrscheinlich diesen Winter nicht das Heizen leisten können. Und aus diesem Grund gibt es auch die Einrichtung eines Landesheizkostenzuschusses, der bis heute immer in der Höhe von 120 Euro für soziale bedürftige Menschen in unserem Bundesland Steiermark ausgezahlt worden ist. Faktum ist aber, dass der Heizölpreis um 30 % gestiegen ist und Faktum ist auch, dass die öffentliche Hand auch darauf Bedacht nehmen muss, dass vor allem alternative Energieformen in der gleichen Höhe gefördert werden müssen wie das normale Heizöl, da wir ja darauf achten müssen, dass es den Menschen ermöglicht wird, auch umzusteigen.

Die steirische Landesregierung hat am Montag den Heizkostenzuschuss von 120 auf 150 Euro erhöht und wir sind der Meinung, dass das keinesfalls ausreichend sein kann, zumal sie es bei alternativen Energieformen nur von 60 auf 70 Euro getan hat. Dieser Heizkostenzuschuss ist keinesfalls ausreichend und auch die Heizkostenmaßnahme der Stadt Graz in der Höhe von 65 Euro für Mindestpensionisten kann keinesfalls die Kosten abdecken, die viele Menschen gerade im Frühjahr, aber auch jetzt im Sommer gehabt haben, wie sie Heizöl

eingekauft haben und sich nur mehr die Hälfte der Tankfüllung leisten konnten und jeden Tag beten, dass es ein warmer Winter wird. Davon gibt es in der Steiermark mehr als 80.000 Menschen, die unter diesen Problemen zu leiden haben und in Graz mehr als 33.000 Menschen, die sich das tägliche Leben nicht mehr leisten können. Und zum täglichen Leben gehört halt auch ein warmes Eigenheim, damit man nicht im Winter erfriert.

Und unser Vorschlag ist es daher, den landesweiten Heizkostenschuss für Grazerinnen und Grazer, also für jene Anspruchsberechtigten, die seitens des Landes auf Heizkostenzuschuss anspruchsberechtigt sind, zumindest für die Grazerinnen und Grazer durch einen neuen einmaligen Heizkostenzuschuss für dieses Jahr, für den Winter 2008/2009 zu verdoppeln. Und zwar nicht nur den Heizkostenzuschuss für heizölbetriebene Heizungen zu verdoppeln, sondern selbstverständlich auf das Maß von 240 Euro anzuheben, auch für Heizungen mit alternativen Heizformen, weil ich der Meinung bin, dass wir nur dann Schritt für Schritt einen Umstieg, vor allem in der Feinstaubhochburg Graz, schaffen, wenn wir es den derzeitigen Heizöl benutzenden Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen, auch umzusteigen und die gleiche Fördersumme zu lukrieren. Das zum Thema Teuerung und zum Thema Heizölpreise.

Auf der anderen Seite haben wir in der Stadt Graz das Kuriosum, dass zumindest zwei Gemeinderatsparteien, insgesamt waren es vier, aber zwei, die offensichtlich noch immer auf dem Trip sind, zwei anderen Parteien die Parteienförderung streichen wollten, nämlich um 30 %. Das war für ÖVP und Grüne demokratiepolitisch vollkommen lupenrein und wenn ich das Nicken der Frau Klubobfrau Binder mir ansehe, finden Sie das auch nach wie vor in Ordnung und das ist auch demokratiepolitisch in Ordnung, oder? Hätten wir geklärt. Ich bin der Meinung, es ist nicht nur demokratiepolitisch ratsam, der FPÖ und dem BZÖ die 30 % zu streichen, sondern angesichts des Budgets und der Probleme, die wir haben, um einen eigenen Heizkostenzuschuss zu finanzieren, gleichsam allen Parteien 30 % zu streichen. Und mir geht es keinesfalls darum, Demokratie zu schädigen, weil ich nehme ja nicht an, dass das der Herr Piffli-Percevic und die Frau Binder wollten, indem sie 30 % für BZÖ und FPÖ vorgeschlagen haben, die Streichung, die Demokratie wollten Sie ja hoffentlich nicht schädigen. Daher kann es auch in diesem Fall keine Schädigung der

Demokratie sein, wenn wir vorschlagen, für alle Gemeinderatsparteien diese Kürzung, die wir im Juni vorgenommen haben, auch beizubehalten, zumindest für dieses Jahr. Ich glaube, das ist notwendig, ich glaube das ist fair, ich glaube, das ist auch ein wahres Zeichen des Sparens. Wir werden zwar im Gemeinderat nicht darüber aufgeklärt. Aber durch die Medien darüber aufgeklärt, dass Frau Vizebürgermeisterin Rücker und Herr Bürgermeister Nagl offensichtlich eine homöopathische Maßnahme bei der Reduzierung der Gemeinderäte planen, nicht eine Halbierung, wie es eigentlich gescheit wäre, sondern eine kleine Reduzierung um ein paar Gemeinderäte und Stadtsenatsmitglieder von neun auf fünf, um auch wirklich den Sparwillen erkennen zu lassen, auch keine Abschaffung des Proporz, wie ihn die Grünen immer gefordert haben, das ist auch kein Thema mehr, gibt es nicht mehr, Proporz machen wir weiterhin, aber auf der anderen Seite sehr wohl im Falle FPÖ, BZÖ Einsparungsmaßnahmen erkennen. Wir erkennen die Einsparungsmaßnahmen nunmehr für alle Parteien, wir schlagen vor, verzichten wir auf diese Aufstockung der 30 %, zeigen wir einen Sparwillen, aber zeigen wir vor allem in einer sehr schwierigen Zeit, in einer außergewöhnlich schwierigen Zeit mit außergewöhnlich schwierigen Herausforderungen auch eine außergewöhnliche soziale Gesinnung. Ich glaube, das ist notwendig. Wir haben allein durch die Einsparung dieser 30%-igen Einsparung der Parteiförderung 460.260,- Euro lukrieren können und die letzten vier Monate, wo die Parteien diese 30 % nicht lukrieren konnten, (*Unverständlich*) die auch funktioniert, es tut zwar dem einen oder anderen Parteisäckel zur Finanzierung der einen oder anderen Jubelbroschüre vielleicht ein bisschen weh und für den Wahlkampf kann man sich kein Feuerzeug kaufen oder keinen Kugelschreiber oder kein Inserat schalten, aber es ist keine Existenzgefährdung für die Demokratie in Graz, wenn man halt einmal auf 30 % Parteiförderung verzichtet und auf der anderen Seite in einer schwierigen Zeit einer noch nie da gewesenen Inflation und Teuerung auch beweist, dass es die Politik ernst meint. Und nachdem ich ein sehr junger Gemeinderat bin, habe ich mir auch sagen lassen, dass man dringliche Anträge, die eine Finanzierungsmöglichkeit betreffen, auch eine budgetäre Bedeckung oder es einer budgetärer Bedeckung geben muss. Und daher haben wir für die Finanzierung dieses einmaligen Heizkostenzuschusses auf insgesamt 240 Euro, das ist sozial gerecht, das ist auch fair, die budgetäre Bedeckung der Parteienförderung einmalig. Ich glaube, wir haben dann die leidige Diskussion weg über die Kürzung für zwei Parteien, auch die

Blamage, die sich die Frau Binder und der Herr Piffli-Percevic da mit den Expertisen beim Verfassungsdienst des Bundeskanzleramtes eingeholt haben, wo sie dann draufgekommen sind, dass das, was sie vorhaben, eigentlich eh ein Schlag gegen die Österreichische Bundesverfassung ist, eine Aushebelung der Verfassung, die Blamage ersparen wir uns damit auch, dass wir darüber diskutieren, das ist friedlich eingeschlafen, die 30 % bleiben für alle herunter und wir finanzieren damit wirklich einen guten Zweck, nicht nur einen guten Zweck, sondern wir finanzieren wahrscheinlich das Überleben vieler Bürgerinnen und Bürger in Graz, für die der Winter zu einem Überlebenskampf führt. Und ich glaube, das ist wirklich notwendig, da reden wir jetzt nicht von den Einzelfällen, sondern Stadträtin Kahr, die sehr oft mit Interventionen aus dem Bereich befasst ist und mit vielen BürgerInnen, wird bestätigen können, dass es sehr viele Menschen in der Stadt gibt, die sich das Heizen nicht leisten können. Ich glaube, da sollte man durchaus jetzt einmal auf unsere eigenen Leute schauen und nicht auf die eigenen Parteibrieffaschen, das ist notwendig, das hat nur Vorteile und ich bitte daher um die Zustimmung für den

d r i n g l i c h e n A n t r a g ;

den ich einbringe:

- 1.) Die am 5. Juni 2008 beschlossene Kürzung der Subvention für Parteien des Grazer Gemeinderates um 30 Prozent bleibt aufrecht. Die dafür freiwerdenden finanziellen Mittel in der Höhe von zirka Euro 460.260,- werden budgetär für die Gewährung eines neuen „Grazer Heizkostenzuschusses“ zur Verfügung gestellt.
- 2.) Die zuständige Stadträtin Elke Edlinger wird gebeten, gemeinsam mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Sozialamtes ein Modell für den neuen „Grazer Heizkostenzuschuss“ zu erstellen, wonach die Stadt Graz den anspruchsberechtigten Beziehern des Landesheizkostenzuschusses in Graz zusätzlich einen Betrag zur Verfügung stellt, um auf eine Stadt-/Landzuschusshöhe von 240 Euro insgesamt – unabhängig von der Heizungsform – zu kommen.

Ich bitte um Ihre Zustimmung. Ich danke.

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 21.45 Uhr den Vorsitz.

GR. **Herper** zur Dringlichkeit: Frau Vizebürgermeisterin, werte Kolleginnen und Kollegen! Gerald Grosz, das ist ja das Dilemma bei deiner Argumentation, da passt der linke nicht zum rechten Schuh. Der linke Schuh, meine ich, du hast das Thema richtig erfasst, weil das ist an sich ein sozialdemokratisches Thema und der Werner Faymann hat ja die fünf Punkte eingebracht und es wird am Mittwoch im Parlament stattfinden, ob das BZÖ mitstimmen wird bei unseren fünf Punkten und bei welchen fünf Punkten sie mitstimmen werden, das wird sich ja erweisen, ob ihr ja wirklich so echt und ident seid, wie ihr und wie du das jetzt vorträgst. Also da passt der linke Schuh nämlich die Sorgen der Menschen wegen Teuerung, Benzinkosten, Energiekosten, überhaupt nicht zum rechten Schuh, weil das ist das antidemokratische Paket ganz, ganz, ganz von rechts außen, das heißt einfach die Privatisierung der Demokratie, keine öffentliche Förderung, keine öffentliche Kontrolle der Parteien mehr, das heißt einfach eine Auslieferung an Lobbyismus und alle Interessensgruppen, das ist amerikanische Unkultur, das was du predigst. Nämlich das was dort im Interesse von Großkonzernen durchgeführt haben, weil sie die Spenden kassiert haben von den Ölkonzernen. Du willst sozusagen in diese Spalte, da willst du hinein, da passt der rechte Schuh nicht zum linken Schuh. Ich sage nur, es ist wirklich ein Unfug, ich meine, es sind zwei Parteien durch den Menschenrechtsbeirat und die Wahlbeobachtungsgruppe nachweislich nachgewiesen worden ob ihrer Äußerungen menschenfeindlicher Natur im Wahlkampf Graz. Das ist nachgewiesen und belegt. Das müssen wir uns erst einmal anschauen, was geht rechtlich und ich erwarte mir von der schwarz/grünen Koalition entsprechende Vorschläge, wie sie aus dem Dilemma herauskommen. Das werden wir aber jetzt nicht hier abhandeln. Deswegen ist es kompletter Unfug, wenn zwei Parteien solche Äußerungen tätigen im Grazer Wahlkampf, dass dann alle bestraft werden, das halte ich für einen Unfug. Wenn jemand ertappt wird an der Tat, dann ist er dazu zu bestrafen, wenn es rechtlich absicherbar ist, habe ich immer gesagt, aber nicht alle anderen zu bestrafen, das wäre ja widersinnig. Wenn du nur einen dringlichen Antrag gebracht hättest wegen der Sorgen, der Nöte, der berechtigten, der Leiden der Leute ob ihrer jetzigen Kostenexplosionen, hätten wir reden können,

hätten wir diskutieren können, da hätten wir uns inhaltlich alle einbringen können, da hätten wir das von mir aus auch verbessert und inhaltlich und qualitativ noch aufwerten können durch unsere gemeinsamen Vorstellungen, es ist ja die demokratischste Form auch in diesem Gemeindeparlament. Aber so vermengst du Dinge, die unzulässig sind und du bist ein schrecklicher Vereinfacher, indem du einen Topf mit dem anderen sozusagen vergleichst. Richtigerweise gibt es die Wohnbeihilfe neu, dank Flecker und dank der Beschlüsse im Land, die entsprechende Hilfen und Erleichterungen bringen über die Wohnbeihilfe, Betriebskostentangente, es gibt den Heizkostenzuschuss, der erhöht wurde im Land, es gibt den Zuschuss, der auf Gemeindeebene getätigt wird, den die Elke Edlinger aus zwei Töpfen speist, speisen kann. Jetzt habe ich mir gedacht, die Grundsatzdebatte müssen wir einmal führen, hätten wir geführt, wenn es nur dieser Teuerungsantrag gewesen wäre, dann hätten wir ihn geführt, ob es den Menschen einfach auf Dauer zumutbar ist, einfach immer nur als Bittsteller, als Almosenempfänger, Empfänger von Sozialleistungen entgegenzunehmen, sondern hätten wir diskutieren können, das ganze Sozialsystem, unser Gesellschaftsmodell auf eine neue Struktur und Basis zu stellen. Weil das halte ich einmal für die Grundsatzdebatte, die einfach da ist, weil das, was wir leisten von Land und Stadt und öffentlicher Hand, sind freiwillige Leistungsansätze und freiwillige Leistungen. Wir brauchen eine neue Sozialstruktur, ein neues Sozialmodell, eine Grundsicherung, das wäre mir wesentlich und wichtig. Und jetzt habe mir angeschaut in Kärnten, weil du Gerald Grosz, so vollmundig immer darauf Bezug nimmst, du forderst also zum Landeszuschuss wie in Kärnten, forderst du in Graz einen zusätzlichen und außerordentlichen Gemeindegzuschuss. Jetzt habe ich mir einmal angeschaut, es gibt 22 männliche und eine BZÖ-Bürgermeisterin von 132 Gemeinden in Kärnten, habe ich mir angeschaut. Tun die das auch, was du hier forderst und ich habe hier festgestellt, dass zum Beispiel dein Nationalratskandidat Josef Jury, Bürgermeister von Gmünd in Kärnten es nicht macht. Franz Mandl, Bürgermeister von Greifenburg, der tut es auch nicht. Dann habe ich den Bürgermeister von Seeboden, Ing. Egon Eder, der tut es auch nicht, dann habe ich den Bürgermeister von Gurk, den Bundesrat Ökonomierat Ing. Siegfried Kampl, der tut es auch nicht...

Zwischenruf GR. Mag. Schönegger: Ja, wer tut es denn dann?

GR. **Herper:** Ja dann habe ich den Bürgermeister von Ossiach, Johann Huber, der tut es auch nicht, dann tu ich die Bürgermeisterin, die Maria-Luise Mittermüller, Steindorf am Ossiachersee, tut es auch nicht. Also, du kennst eh alle von deiner Partie, das was du hier für Graz forderst, passiert in Kärnten schon überhaupt nicht und vor allem nicht durch die BZÖ-Bürgermeisterin und durch die BZÖ-Bürgermeister. Also, deine Worte Schall und Rauch. Das kannst du uns alles erzählen, acht/zehn Tage vor der Wahl, aber tu es einmal in Kärnten, dort wo du immer sozusagen das Modell anführst, bevor du mit solchen Vorschlägen kommst. Deswegen Nein zu dieser Vermengung, weil unglaublich und damit ist Schluss und Ende der Debatte von meiner Seite.

Zwischenruf GR. Grosz: Wie hoch ist der Landeszuschuss in Kärnten? Doppelt so hoch. Hast dir selber ins Knie geschossen.

GR. Mag. **Korschelt:** Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat! Wir werden der Dringlichkeit und diesem Antrag die Zustimmung gewähren, klingt ein bisschen blöd, aber wir werden dem Antrag zustimmen. Jetzt sind wir wieder gut, Kollege Grosz. Aber nur die Dringlichkeit, wenn es jetzt nicht dringlich ist, wann dann, weil, wie gesagt, jetzt wird es kalt dann. Nur Kollege Herper, was du gemacht hast, und jetzt ist wahrscheinlich der Nächste wieder böse auf mich, wo ich mich wahrscheinlich wieder entschuldigen muss, aber nur zwei Sachen muss ich schon sagen. Zuerst einmal, es ist sicher nicht nur die sozialdemokratische Partei, die sozusagen den kleinen Mann oder die kleine Frau verteidigt und die nur sozusagen wohlwollen über den kleinen Mann schüttet und das Zweite, und da muss ich den Kollegen Grosz verteidigen, das ist natürlich ehrlich gesagt auch nicht ganz sehr

nobel, wenn du jetzt die Kärntner Bürgermeister herausziehst und sagst, der dort und der dort und überall...

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Die waren früher fast alle bei der FPÖ.

Mag. **Korschelt:** Ja, sicher, fast alle waren bei der FPÖ, ist ja nichts Schlechtes dran. Das ist natürlich, ich weiß nicht, ob das Wort Pharisäer gefallen ist, aber dem Gerald Grosz sagt man Doppelzüngigkeit vor oder was vorgeworfen, du wolltest natürlich jetzt sagen, reden wir über den Heizkostenzuschuss, ist klar, natürlich, aber wer zahlt es denn wieder, um das geht es ja wieder und das unterscheidet uns halt auch ein bisschen vielleicht von den Sozialdemokraten, die halt immer klass sagen, hauen wir das Geld hinaus, ist eh wurscht, wer es zahlt, ist eh gleich dann, das haben wir oft genug erlebt. Wenn ihr halt soziale „Wohltaten“ dann solltet ihr halt auch fragen, wie ich es bedecke und das Einfachste ist halt, wenn ich selber, das klingt natürlich bei mir ein bisschen blöd, werden wieder alle auflachen, wenn ich selber halt den Gürtel ein bisschen enger schnallen muss. Und das spricht halt in dem Fall, spricht halt Parteien und wenn es halt diese Förderungen gibt und es wird wahrscheinlich keine einzige Partei deswegen sterben, wenn man 30 % weniger kriegen, gibt es halt weniger Kugelschreiber, hat noch kein Wahlforscher nachweisen können, bringt das überhaupt was, ob man da jetzt grüne, gelbe oder rote Feuerzeuge verteilen oder nicht.

Zwischenruf unverständlich.

Mag. **Korschelt:** Ja, das werdet ihr wahrscheinlich im Wahlergebnis eh merken, dass euch das leid tut, dass zu wenig herumgestanden seid. Das werden wir erst sehen

dann, warten wir den 28., 17.00 Uhr ab, dann werden wir sehen, wer uns da mehr vertraut. Aber wenn man so etwas machen sollte, dann soll man schon auf die eigene Tasche gehen und das ist so wie in einer Familie, die meisten sind ja von uns Familienväter oder –mütter und das ist halt dann auch in der Familie, kann auch schwer sagen, Kinder wisst eh, spart und ihr kriegt nur mehr Speck und Wasser und ich esse Wachteleier mit Mehrwertsteuer oder ohne Mehrwertsteuer dann, ich glaube, man kann das nur...

Zwischenruf GR. Mag. Schönegger: Sage ich auch dem Strache.

Mag. **Korschelt**: Ist ja wurscht, sagst es auch dem Strache, was du alles schon dem Strache sagst, ich fange schon an zu zittern, Kollege, du forderst mich wieder heraus, schau' im Gegensatz zu dir habe ich nie von der Partei gelebt (*Applaus FPÖ*). Ich habe jetzt 19 Jahre oder 20 Jahre von Raiffeisen gelebt und maximal von meiner Frau, weil sie immer mehr verdient hat als wie ich, aber ich habe Gott sei Dank nie von einer Partei gelebt und ich werde auch nie von einer Partei leben, im Gegensatz zu dir, der wie gesagt, soll ich jetzt anfangen zittern vor dem Strache, was soll ich jetzt dann?

Zwischenruf GR. Mag. Schönegger: Geht mich nichts an.

Mag. **Korschelt**. Na eh, geht dich nichts an, warum kommt es dann immer wieder. Aber das war nur ein Detail am Rande. Wir werden der Dringlichkeit zustimmen, weil wir glauben, wenn dann hat es wirklich nur einen Sinn, beim eigenen Leib zu sparen und zu sagen, ok, wir wollen das. Und jetzt noch einmal auf diese unsägliche Diskussion 30 % Parteienförderung, weil alle so grauslich waren und so böses

gesagt haben und so, nur wer ist der Menschenrechtsbeirat; der Menschenrechtsbeirat kann sich bitteschön nicht aufschwingen und über irgendjemanden richten. Sind Sie mir nicht böse, wir leben in einem Rechtsstaat und das nächste Mal gründe ich einen Verein, der sich was weiß ich, wie auch immer nennt und entscheide dann, ob sie was kriegen oder nicht kriegen. Nein, so kann es wirklich nicht gehen (*Applaus FPÖ*).

Zwischenruf GRin. Binder unverständlich.

Mag. **Korschelt**: Weil Sie fallen ja fast nieder da wieder, nur weil ich mir erlaubt habe zu sagen...

Zwischenruf GRin. Binder unverständlich.

Mag. **Korschelt**: Nein, ich habe keinen Verfolgungswahn, ich bin 1 Meter 91 groß und ich habe keinen Verfolgungswahn, ich habe keine Minderwertigkeitskomplexe, habe kein intellektuelles Defizit, wie man mir unterstellt und habe auch keinen Verfolgungswahn. Nur weil ich das Wort gesagt habe, wer ist der Menschenrechtsbeirat, sind Sie schon gleich in die Bank hineingesunken, und gedacht, ja was sagt der jetzt wieder (*Applaus FPÖ*). Und es ist ein Gremium, der Kollege Sippel ist jetzt eh wieder drinnen, ist ein Gremium, wo wir eine zeitlang rausgegangen sind, nur da schwingt sich irgendjemand auf und beschließt über demokratische Parteien, die kriegen mehr oder die kriegen weniger. So kann es nicht gehen. Wenn es jemandem nicht passt, ich bin auch nicht mit allem einverstanden, was meine Partei und was die Kollegin Winter gesagt hat, bin ich auch nicht mit allem einverstanden, nur wenn es jemandem nicht passt, dann gibt es in Österreich ordentliche Gerichte, da kann man das feststellen und wir leben in einem Rechtsstaat

bitte, aber es kann nicht so gehen, dass irgendjemand einen Verein gründet und dann sagt er, die haben jetzt beschlossen was der böse Korschelt sagt...heute hat einer gesagt, der Menschenrechtsbeirat, wer ist das, jetzt strafen wir sie gleich um 50 % und übermorgen strafen wir um 70 %, so kann es ja wirklich nicht gehen. Dann gehen sie her und gehen Sie vor ein Gericht, Kollege Grosz ist eh der große Anzeiger, der wird Ihnen helfen wahrscheinlich dann, der formuliert Ihnen wahrscheinlich eh die Anzeigen kostenlos sogar, weil er hat wahrscheinlich eh manche im Schubladl liegen, die kann er eh herausziehen und da setzt er einfach den Namen ein, aber, Kollegin Binder, er macht das, das macht er, beim gemeinsamen Essen in der Kebabbude machen wir das, vielleicht nehmen wir den Kollegen Grosz auch noch mit, dann können wir das formulieren. Aber nur so kann es nicht gehen, ich verstehe Sie ja wirklich nicht, die Kollegin, die inzwischen zur Vizebürgermeisterin aufgestiegen ist, jetzt ist alles vergessen auf einmal. Früher wart ihr immer, die gesagt haben, Demokratie und das usw. und Rechtsstaatlichkeit und jetzt auf einmal ist alles vergessen, jetzt macht man alles und wenn dann irgendjemand kommt, dann heißt es gleich, das ist derjenige und da müssen wir das machen, hat man heute auch wieder gesehen bei den Stadtwerken usw., das habt sie alles vergessen die Kollegin. Was hat die Kollegin bei mir im Kontrollausschuss, ja was war da und im Beteiligungsausschuss, wie hat sie da immer getobt usw. und hat gesagt, das ist ja ein Witz usw., jetzt ist alles vergessen, jetzt weil sie stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende ist, ist alles vergessen auf einmal. Bitteschön so kann es ja wirklich nicht gehen und deswegen werden wir dem Antrag vom Kollegen Grosz zustimmen, weil es geht darum, ein Zeichen zu setzen, ein Zeichen zu setzen, dass man auch sagt, es gibt Bürger, denen es wirklich nicht gut geht und das wissen wir alle, das brauche ich jetzt nicht sagen, es kennt jeder von uns genug Leute, denen es wirklich schlecht geht. Wir können uns alle, die da herinnen sitzen, wir können uns alle die Heizung noch leisten. Und da ist es wichtig, glaube ich, dass die Politik ein Zeichen setzt und deswegen waren wir auch immer wieder diejenigen, die gesagt haben, wir wollen haben, dass der Stadtsenat reduziert wird, wir wollen auch haben, dass der Gemeinderat reduziert wird, weil es kann nicht so gehen und wenn man das liest, die Grauslichkeiten, die vorgestern beschlossen worden sind, das ist ja noch ein Lercherl, was wir gesagt haben dagegen. Es kann wirklich nicht so gehen, dass man hergeht und sagt, wir wollen jetzt beim Bürger sparen, wir wollen die Serviceleistungen einsparen, wir wollen 20

Abteilungen schließen usw. wir wollen alles machen, nur bei uns sparen wir nicht. So kann es nicht gehen und deswegen unterstützen wir den Antrag vom Kollegen Grosz und bitten auch Sie, ein Zeichen zu setzen, dass der Bürger einmal sieht, natürlich wir werden auch die Stadt dadurch nicht sanieren und wir werden auch nicht das ganze Elend in Graz beseitigen können mit diesem Antrag oder wenn wir das übernehmen vom Kollegen Grosz, aber es wäre ein Zeichen, dass man der Bevölkerung zeigt und sagt, Freunde oder Bürger, da herinnen sitzen immerhin Männer und Frauen, ich sehe, ich sage das schon gegendert, damit sich niemand aufregt, und die haben sehr wohl ein Ohr an der Bevölkerung und wissen, wie es dem Einzelnen geht und sind auch bereit, selbst zu verzichten. Ich meine, es wäre natürlich populistisch, wenn man sagt, gehen wir her und verzichten wir auf 30 % des Gemeinderatsbezuges, können wir auch machen, überhaupt kein Problem, können wir jederzeit machen, wenn man damit eine Heizhilfe machen, ist kein Problem. Das Einfachere ist sicher, dass man hergeht und auf diese 30 % verzichtet und das dem einzelnen Bürgern in Form eines Heizkostenzuschusses zur Verfügung stellt. Danke (*Applaus FPÖ*).

StRin. **Kahr:** Sehr geehrte Damen und Herren! Ich wollte mich zuerst nicht melden, weil ich ja gesehen habe, dass meine Kollegin die Ina sich gemeldet hat, aber nachdem ich zumindest seit 1993 in dem Haus hier herinnen sitze, möchte ich irgendwie zu dem Thema Zeichen setzen. Es ist ein Unterschied, ob man vor Wahlen oder wenn man gemerkt hat mit einem bestimmten Kurs, dass man plötzlich dann halt Meinungen ändert, politische Haltungen ändert. Ich kann mich noch gut erinnern, das war schon 1997, wie wir hier im Hause gesagt haben, dass es auch darum geht, nicht dass das die großen Einsparungen im Budget wären, aber wir haben hier im Haus immer wieder betont, dass es wichtig ist, dass auch die Politiker und Politikerinnen und die Parteien ein Zeichen setzen, wenn man gleichzeitig auch immer hergeht und sozusagen, wenn es um Einnahmen geht, die Belastungen immer bei der Mehrheit der Bevölkerung sieht und deshalb haben wir damals auch die Reduzierung der Stadtsenatsmitglieder von neun auf sieben gefordert und auch eine Reduzierung der Parteiförderung immer gefordert. Auch wenn ich dem Kollegen Korschelt das jetzt glaube, dass er das aus Überzeugung meint mit der Reduzierung,

seine Partei war auch hier im Hause, die da mit Vehemenz dagegen aufgetreten ist, was die Reduzierung der Stadtsenatsmitglieder oder die Parteien...

Zwischenruf GR. Mag. Korschelt: Seitdem ich herinnen bin, nicht.

StRin. **Kahr:** Das habe ich ja vorhin gesagt, es geht um das Vergessen, auch Ihre Partei und Ihre Kollegen vergessen auch sehr schnell und das macht für mich oft die Glaubwürdigkeit in der Politik aus und das merken auch die Leute draußen. Der Antrag vom Kollegen Grosz ist natürlich sehr zweischneidig, weil eben sozusagen da nicht ganz die Ehrlichkeit, die Glaubwürdigkeit für mich da in Wirklichkeit nicht ganz dahintersteckt. Ich will uns jetzt nicht als die besseren Mandatäre jetzt da hinstellen, aber ich glaube, dass meine Fraktion tatsächlich weiß, wie es den Leuten draußen geht und bei uns sind die Türen immer für die Menschen offen und wir versuchen auch, finanziell den Leuten zu helfen. Und nicht weil wir glauben, damit langfristig etwas zu ändern oder dauerhaft was zu ändern, weil da gebe ich dem Kollegen Herper Recht, wenn er sagt, um wirklich die Probleme in der Gesellschaft und die Situation und die Lebensbedingungen der Menschen zu ändern, braucht es tatsächliche Veränderungen in der Sozialstruktur bei den Einkommen und Gehältern, bei den Pensionen und vieles andere mehr. Das ist die eine Seite, dafür machen wir uns auch stark, aber wir haben auch immer gesagt, es hilft nichts, die Menschen auf eine bessere Welt zu verträsten und wenn man sich heute die Diskussion da anschaut, dass es schon bald zehn Uhr ist, wir haben sehr viel geredet, dann weiß man auch, wie lange diese Veränderungen brauchen. Und deshalb wird meine Fraktion dem Antrag zustimmen, weil wir immer für eine Reduzierung der Parteienförderung waren. Meine Partei hat genauso die Äußerungen der FPÖ und des BZÖ vor den Wahlen, die getätigt wurden, abgelehnt, das haben wir hier im Hause auch schon gesagt, wir haben aber auch gesagt, dass wir eine Kürzung der Parteienförderung nur für zwei Parteien für undemokratisch halten würden und insofern ist sozusagen eine Kürzung dieser 30 %, die dann gebunden ist für

Menschen in unserer Stadt, denen es nicht so gut geht, durchaus ein gangbarer Weg (*Applaus KPÖ*).

GR. Dr. **Piffl-Percevic**: Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat! Die wesentlichen Argumente sind schon vorgetragen worden und seitens der Volkspartei möchte ich klar festhalten: Es geht in diesem Antrag, Gerald Grosz, nicht um die neue Systematik der Parteienförderungen. Es geht um ein ganz grausliches Ausspielen von zwei Gruppen in diesem Land, in dieser Stadt, es ist ein uraltes beliebtes Spiel, nationale Sicherheit gegen Soziales auszuspielen, in dem Fall die Demokratie gegen die Ärmsten in unserer Gesellschaft. Die haben was Besseres verdient, als solche von Populismus getragene Anträge über sich ergehen zu lassen und ich bin froh, dass heute nicht allzu viele das mitbekommen, was hier vor sich geht. Die Ärmsten unserer Gesellschaft haben es verdient, dass wir uns auch abseits von Wahlterminen ernsthaft mit ihren Nöten auseinandersetzen und da habe ich es bisher, vielleicht kann ich mich nicht ganz gut erinnern an alles, aber mir ist nicht aufgefallen, dass du dich für diese Armen in unserer Stadt, die es gibt, die es leider gibt, es gibt Wohlstandsverlierer, sich einzusetzen. Es sind Wohlstandsverlierer, es sind arme und ärmste Leute und die Sozialstadträtin Elke Edlinger, wir haben vorher mit ihr noch gesprochen, kann sich jetzt, glaube ich, leider nicht zu Wort melden, weil es nur eine Wortmeldung pro Fraktion gibt. Ich lehne es ab und wir lehnen es ab, schwarz oder weiß zu malen und die einen gegen das andere auszuspielen. Und dazu gehört auch, wir verfolgen alle unsere Fernsehabende, soweit wir Zeit haben, die erinnern zum Teil an Bazarveranstaltungen. Wir haben zu Weihnachten einen Bazar, wo es um Kleinigkeiten geht, die man sich vielleicht gegenseitig schenken kann. Hier wird am Bazar gehandelt, das sind Beträge, die man auf einmal in Vorschlag bringt und zwar keineswegs soziale Gesichtspunkte, die Kürzung der Studiengebühren oder auch die Kürzung der Mehrwertsteuer hat mit sozialen Gesichtspunkten überhaupt nichts zu tun. Denn es wird der Reiche genauso befreit wie der Arme. Das ist Vergeudung von Geld, das wir genau an dieser Stelle, wo es um gezielte Maßnahmen für die Ärmsten in unserer Gesellschaft geht, das uns dort dringend abgeht. Die Berechnungen lauten, an diesen Geschenken, die man hier vor den Kameras und im Parlament am 24. vor den Kameras dieses Landes Geschenke

verteilen, die zwischen 7,5 und 25 Milliarden Euro kosten, allein die Stadt Graz würde die Mehrwertsteuersenkung fünf Millionen Euro pro Jahr kosten, allein die Mehrwertsteuersenkung. Wir reden hier um einen Betrag von 460.000 Euro. Wir könnten zehnmal über solche Maßnahmen reden, wenn die Mehrwertsteuersenkung nicht kommt und insofern, liebe Freunde von der FPÖ, das ist eine zweizüngige Argumentation. Hier stimmt ihr zu und auf der anderen Seite verweigert ihr auch dann der Stadt das Geld, das in Wirklichkeit notwendig ist. Ich appelliere an die Vernunft, ich appelliere, in einer ruhigen Stunde und besonnen über die Zukunft der Parteienförderungen zu reden, das haben auch die demokratischen Parteien im Hause verdient und nicht in der Wahlkampfatmosphäre, aber vor allem haben es die Ärmsten in unserer Stadt verdient, sich mit ihrem Schicksal befassen. Wir lehnen daher diesen Antrag, an dem ein formaler Fehler, Gerald Grosz, im Übrigen auch noch zu bemängeln ist und mich wundert es, dass der Herr Magistratsdirektor, der sehr umsichtig ist, dass ihm das nicht aufgefallen ist, du sagst, gemäß § 18 der Geschäftsordnung stellst du diesen Antrag, aber es müsste drunter stehen im Hinblick auf den 28. Oktober. Ich hoffe, dass so eine Rechnung nicht aufgeht. Danke (*Applaus ÖVP*).

GR. **Grosz:** Hoher Gemeinderat! Da geht es nicht um Rechnungen, lieber Klubobmann Piffli-Percevic. Da geht es auch nicht um irgendeine peinliche Ausrede, die du hier verwendet hast, um eine Initiative nicht zulassen zu müssen, die wir in der Stadt wahrscheinlich notwendig haben. Und es geht auch nicht darum, die reichen Politiker gegen die armen Menschen, um das geht es nicht. Es geht darum, dass dieser Gemeinderat zu Recht erkannt hat, dass manche Parteien, denen die Parteiförderung gekürzt werden soll und nicht nur das, sondern dass offensichtlich ohnedies die Parteiförderung in dieser Stadt zu hoch ist, denn auch mit der Verminderung der Mandatszahl der Gemeinderäte senkt sich ohnedies auch die Parteiförderung. Das ist der Vorschlag eurer Partei. Mandate zu senken und Parteiförderung zu senken und ich weiß nicht, warum nicht in dem Fall, wo wir die Parteiförderung sinnvoll verwenden könnten, nämlich für die Menschen in der Stadt, dass es in dem Fall falsch ist, wenn wir das fordern, aber es in deinem Fall richtig ist, wenn du die Reduzierung der Parteiförderung mit der Senkung der Stadtsenate und

der Senkung der Mandatszahl ins Spiel bringt, das ist doppelzünftig. Nicht verlogen, weil dafür bekomme ich einen Ordnungsruf, aber es weiß jeder, was gemeint ist. Das ist eine pure und blanke Ausrede, dass ihr nicht hergeht und sagt, gut, es ist eine außergewöhnliche Zeit. Niemand will die Parteien aushebeln, aber es weiß jeder, dass 460.000 Euro, das sind 30 %, nicht hundert Prozent, notwendig wären, um einen Heizkostenzuschuss in der Höhe, wie wir ihn vorgeschlagen haben, auszusahlen. Und ich bin sehr enttäuscht von dir, Karl-Heinz Herper, wirklich enttäuscht, das was du heute geliefert hast hier, das ist nicht der Sozialdemokrat Karl-Heinz Herper, sondern das ist der pure und beinharte Parteitaktiker. Du sprichst und hast es auch hier getan, die Unwahrheit. Wenn du einmal in deinem Leben noch einmal in der Stadt die Energiepreise in den Mund nimmst, wo die SPÖ die Energiepreise per 1. Juli in der Steiermark zu einem Zeitpunkt, wo wir die Mieten schon gestiegen bekommen haben und viele andere Bereiche im Bedarf des öffentlichen Lebens, du die Energiepreise in den Mund nimmst, wo dein Landeshauptmann Voves die Energiepreise in der Steiermark in die Höhe geschulzt hat. Wenn du noch einmal die Mieten ansprichst, wo deine Justizministerin Berger erst unlängst sich mit Händen und Füßen dagegen gewehrt hat gegen einen Vorschlag, der auch von den Kommunisten mitgetragen wird, temporär den Mietpreisindex auszusetzen und nicht nur für die Gemeindewohnungen, wie Stadträtin Kahr gesagt hat, sondern für alle Wohnungen. Weil der Mietpreisindex dazu beiträgt, dass die Inflationsrate steigt und viceversa. Außergewöhnliche Zeit, außergewöhnliche Maßnahmen. Und wenn du in den Mund nimmst und einige Kärntner Bürgermeister zur Ehre des Grazer Gemeinderates führst, dann ist das schon gut und recht, aber du hast eines vergessen, in Kärnten wurde der Landesheizkostenzuschuss am Montag in der Sitzung der Kärntner Landesregierung zum gleichen Zeitpunkt erhöht wie in der Sitzung der steirischen Landesregierung. Mit dem einen Unterschied, dass der Sozialreferent der Steiermark offensichtlich Almosenpolitik macht und die Menschen mit 20 Euro abspeist, Landesheizkostenzuschuss um 40 % erhöht hat und daher die Gemeinden keine...

Zwischenruf StRin. Edlinger unverständlich.

GR. **Grosz**: Frau Stadträtin, lernen Sie rechnen, bitte tun Sie es wirklich. Um 40 % erhöht hat und auch der Bezieherkreis sich erweitert hat. Und um das geht es, da braucht man nicht irgendwelche Kärntner Bürgermeister aufzählen, sondern da geht es um die Realität und der Kärntner Landesheizkostenzuschuss ist ausreichend und dort, wo es Not am Mann gibt, steht in Kärnten im Gegensatz zur Steiermark ein Teuerungsausgleich für sozial schwache Familien von 200 Euro zur Verfügung, der seit einem Monat ausbezahlt wird. Nicht Äpfel mit Birnen vergleichen und nicht irgendetwas heranziehen, um aus der eigenen schäbigen Argumentation herauszukommen bei einer Geschichte nicht mitstimmen zu müssen, wo es wirklich darum geht, den Heizkostenzuschuss auszuzahlen. Du suchst bei mir, in meinen Augen den Dorn und siehst den eigenen Kopf nicht und das ist unsozial, das ist Kühlschrankschrank, das ist Eiskasten in einer Zeit, wo es draußen immer kälter wird und die Menschen das Heizen brauchen. Es tut mir wirklich leid, dass sind wir von der ÖVP gewohnt, dass sie junktimieren, dass sie Angriffe starten, um bei Sozialmaßnahmen nicht mit dabei zu sein, das erleben wir auf Bundesebene, das erleben wir auf Landesebene, der Schuhrabatt für den Herrn Bartenstein ist viel wichtiger als dass man anständige Vereinheitlichung der Sozialhilfe in Österreich zusammenbringt, das kennen wir alles. Aber dass die Sozialdemokraten mit ihrem neuen Vorsitzenden, neuerdings nach zwei Jahren Untätigkeit in der Bundesregierung, wenigstens ein soziales Gewissen heucheln, aber heute, am heutigen Tag einmal mehr brechen, das ist neu, das tut mir leid, ihr enttäuscht mich. Herzlichen Dank.

Bgm. Mag. **Nagl**: Du bist sicherlich einer Meinung, dass Sozialpolitik viel mit vorausschauender Politik zu tun hat.

Zwischenruf GR. Grosz: Ich war im Sozialministerium tätig.

Bgm. Mag. **Nagl**: Es ist besonders unsozial, wenn man ein Land total verschuldet und dann vielleicht irgendwann einmal fast nichts mehr hat. Die Kärnten-Bilanz, die ich da vorliegen habe, die Schulden sind hoch, nämlich mehr als doppelt so hoch pro Kopf als in der Steiermark, die Kaufkraft schwach, viele sind ohne Job, die Wirtschaft lahmt und die Babys bleiben aus. Ich gebe sie dir dann mit, deine Kärnten-Bilanz, ich glaube, du solltest nicht nur immer Kärntner Bilder hierher bringen (*Applaus ÖVP*), sondern einmal ernsthaft schauen, was Sache ist. Und es sind zwei paar Schuhe, das eine ist, was sozial ist und das andere, und auf das möchte ich da noch kurz eingehen, es ist richtig und wir haben es auch nicht getan, weil die Rechtsstaatlichkeit von uns hochgehalten wird, wir haben einen Versuch unternommen und das hat leider nicht funktioniert, aber wir wissen auch durch die Stellungnahme des Verfassungsdienstes, dass die Möglichkeit besteht, hinkünftig Regelungen zu schaffen, dass es durchaus möglich ist, Parteienförderungskürzungen vorzunehmen und darüber werden wir uns auch im heurigen Jahr noch einmal unterhalten. Es muss nur besser vorbereitet sein, aber die Intention, dass man sagt, es sollen die Bürgerinnen und Bürger, und das ist mir wichtig, weil es der Mag. Korschelt gesagt hat, von irgendeinem Verein, es sind schon Persönlichkeiten, die auch begleitet durch die Universität festgestellt haben, ob es da gut ist oder nicht. Und da werden wir uns drüber unterhalten, wie das zusammengelegt wird und sie haben nicht gesagt, es wird um 30 oder 50 % gekürzt, das wollen wir hier sagen und bestimmen, das tun sie nicht. Sie bewerten nur, ob das, was innerhalb eines Wahlkampfes passiert, was auf Wahlplakaten draufsteht, den Intentionen einer Menschenrechtsstadt entspricht oder nicht, die Bewertung wird dieses Gremium auch in der Rechtsstaatlichkeit vornehmen. Das sind die zwei paar Schuhe, um die es geht und jetzt lasse ich aber gerne abstimmen.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Bürgermeister erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

14) Längst notwendige Aufhebung des Handy-Verbotes/Gebotes in den Grazer Verkehrsbetrieben

GR. **Grosz** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Grosz**: Hoher Gemeinderat! Offensichtlich dürfte die Zeitmaschine zugeschlagen habe, ich lese in der morgigen Kleinen Zeitung, die mittlerweile online verfügbar ist, die Abstimmung hat bereits begonnen. Sie ist beendet, die ÖVP und Grünen haben dagegen gestimmt und der dringliche Antrag, der noch nicht einmal eingebracht ist, ist enderledigt. Das ist eine neue Qualität der Demokratie. Ich frage mich eigentlich, für was wir eigentlich überhaupt noch die Gemeinderatssitzungen brauchen, kommunizieren wir doch in Zukunft überhaupt über die Kleine Zeitung.

Zwischenruf StRin. Mag.^a Fluch: Jetzt kommt noch die Tagesordnung.

GR. **Grosz**: Das muss man sich einmal vorstellen. Wir haben jetzt 22.20 Uhr und einen dringlichen Antrag, der nicht einmal eingebracht worden ist, ist bereits niedergestimmt worden. Weil offensichtlich die Grünen mit ihrer Argumentation, warum sie einmal mehr in dieser Frage umfallen, lieber mit den Medien kommunizieren, anstatt diesem Gemeinderat hier Rechenschaft abzulegen, das ist unfassbar (*Applaus FPÖ*). Also ihr habt euch demokratisch in die Steinzeit entwickelt, das hat euch nicht gut getan diese Zusammenarbeit mit der ÖVP.

Zwischenruf GR. Baumann: Stellen Sie einmal den Antrag und wir werden dann schon sehen.

GR. **Grosz:** Das Handyverbot diskutieren wir heute zum dritten Mal in diesem Gemeinderat und ich versuche auch deswegen einen Antrag einzubringen, weil ich vor drei Wochen gelesen habe, dass die Vizebürgermeisterin Rücker der Meinung ist, dass es wirklich sinnlos ist und fallen soll. Nachzulesen in allen ordentlichen Tageszeitungen dieses Landes, zumindest in zwei Tageszeitungen, wo sie es kundgetan hat auf Grund einer Umfrage, ja, es ist wirklich sinnlos, es gehört eigentlich weg. Das war die Aussage der Frau Rücker. Sie hat ja eigentlich Recht gehabt, es ist sinnlos, es ist absurd, es wird nicht eingehalten, es führt hie und da zu Generationenkonflikten, es bringt de facto nichts und jene Menschen, die tatsächlich unter Lärm zu leiden haben und psychische Folgen davontragen, fühlen sich eigentlich verhöhnt durch diesen Alleingang, den Bürgermeister Nagl hier verordnet hat und in Treuseligkeit die Grünen hinterherhoppeln. Die Verfechter der Freiheit, der Mobilität, des Jungseins, des Modernseins, da sind wir es nimmer, das ist vollkommen egal, das Handy-Verbot soll offensichtlich bleiben. Und aus dem Grund haben wir uns dazu entschlossen, heute einmal mehr einen Antrag einzubringen, um diese scheinbar neue Mehrheit zu nutzen, weil durch die Zustimmung der Frau Vizebürgermeisterin Rücker war ja zumindest absehbar, dass alle Gemeinderatsparteien bis auf die ÖVP diesem Vorschlag zustimmen. Und so ist auch dieser Antrag zu verstehen. Er ist nicht zu verstehen, dass ich Gemeinderatssitzungen hinauszögern möchte oder jemanden häkeln möchte, sondern es war der Versuch, diese neue Mehrheit zu nutzen, die offensichtlich nach derzeitigem Stand, wenn man den morgigen Zeitungen glauben kann, doch wieder nicht gegeben ist. Sie sind damit einmal mehr umgefallen, wie ein Besenstiel. Aber ich gebe Ihnen die Gelegenheit, durchaus die nächsten zehn Minuten zu beweisen, dass wir auch die morgigen Tageszeitungen eines Besseren belehren können und in diesem Zusammenhang stelle ich daher folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen:

Der zuständige Beteiligungsreferent der Stadt Graz Stadtrat, Univ. Doz. Dr. Gerhard Rüschi wird aufgefordert, bei den Vorständen der Grazer Stadtwerke AG vorstellig zu werden, um die seit 17. April 2008 gültigen Tarifbestimmungen und Beförderungsbedingungen der Grazer Stadtwerke AG - Verkehrsbetriebe - auch

unter Einbeziehung der Vertreter der Stadt Graz in der Graz AG - umgehend ändern zu lassen.

Die am 17.4.2008 in Kraft getretenen Tarifbestimmungen und Beförderungsbedingungen der Graz AG - Verkehrsbetriebe werden wie folgt geändert:

Die Bestimmung im III. Teil, Punkt 3, Absatz g lautet in Zukunft: „In den Fahrzeugen ist das Lärmen und Musizieren - auch mit elektronischen Geräten - verboten.“

Die Passage „Mit Rücksicht auf andere Fahrgäste besteht in den Fahrzeugen das Gebot, mit Mobiltelefonen das Telefonieren zu unterlassen und nur die zusätzlichen Funktionen des Handys, SMS, Internet, Kalender, Spiele, etc., im Lautlos-Modus zu nutzen“ wird ersatzlos gestrichen. Ich ersuche um Ihre Zustimmung. Danke.

Bgm. Mag. **Nagl** zur Dringlichkeit: Für die Volkspartei möchte ich mich gleich zu Wort melden. Es ist der wiederholte Versuch, etwas hier im Gemeinderat lautstark zu diskutieren, man kann unterschiedlicher Meinung drüber sein, aber wir haben bei den Verkehrsbetrieben auch eine Studie in Auftrag gegeben, die durchaus auch gezeigt hat, dass es zu wesentlichen Besserungen in der Straßenbahn gekommen ist und dass es auch einen großen Prozentsatz von Benützern in den Straßenbahnen gibt, die sich darüber freuen, dass es jetzt, ich sage einmal, mehr Respekt und mehr Rücksichtnahme gibt. Ich persönlich habe mir auch mit allen Aufsichtsratsmitgliedern vorgenommen, bei unserer Graz AG die gesamten Beförderungsrichtlinien auch mit Kollegin Lisa Rücker durchzugehen und neu zu überarbeiten. Die Passage, die du verlesen hast, freut mich auch, dass sie da einmal so deutlich vorgelesen worden ist, sagt nämlich auch deutlich aus, dass es ein Gebot ist und dass man aus Rücksichtnahme darauf verzichten soll. Ich möchte noch anmerken, dass man das im heurigen Jahr auch wirklich einmal überarbeiten sollte, in einem Punkt nämlich hin und das ist das, was mich persönlich auch noch stört, weil es relativ schwer zu handeln ist für die Fahrerinnen und Fahrer unserer Busse und für die Lenkerinnen und Lenker unserer Straßenbahnen und da ist es nicht immer einfach, bei unterschiedlichem Verhalten in der Straßenbahn und auch bei manchem

Streitgespräch, das da schon stattgefunden hat, wirklich einzugreifen und ich glaube, wir müssen vor allem eine Richtlinie erarbeiten, unseren Fahrerinnen und Fahrern in die Hand drücken, wie sie mit dieser Situation umgehen, wenn es einmal eskalieren sollte. Aber ich habe eigentlich in letzter Zeit in den Straßenbahnen auch feststellen können, wenn ich mit ihr fahre, so oft kommt es nicht vor, aber wenn ich fahre, dass es stiller geworden ist und es gibt wenigstens einmal eine Pause zwischendurch, deswegen ersuche ich alle Gemeinderatsmitglieder, das nicht ad acta zu legen und dass wir als ÖVP diesem dringlichen Antrag, weder der Dringlichkeit noch dem Antrag zustimmen. Wird dich nicht überraschen, auch wenn du gerade telefonierst (*Applaus ÖVP*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Bürgermeister erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.